

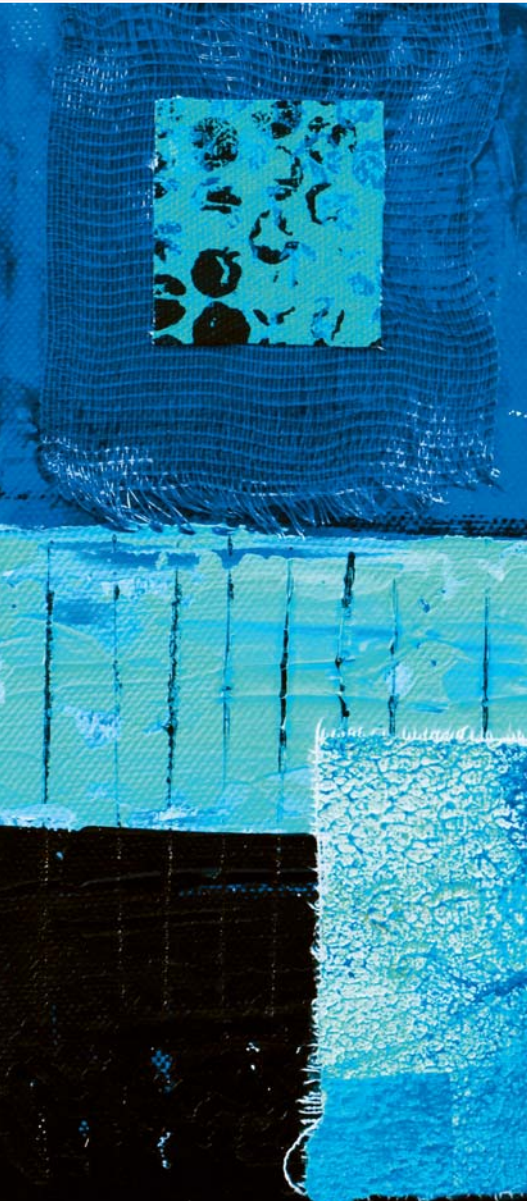
# POLITISCHE PSYCHOLOGIE

## *Journal of Political Psychology*

Offizielles Organ der Sektion Politische Psychologie im Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP)  
Offizielles Organ der Walter-Jacobsen-Gesellschaft e.V. für Politische Bildung und Politische Psychologie (WJG)

ISSN 2193-3243

1. Jahrgang, Heft 1 (1), 2011



### **Schwerpunktthema: Politisches Engagement, Teil I**

*C. Beierlein, S. Preiser & M. Steinbrecher*

Editorial: Politische Psychologie – Vorgeschichte, Ausgangspunkt und Zielsetzung einer neuen Zeitschrift

*S. Stürmer*

Soziale Repräsentationen von Bürgerprotesten: Der Wutbürger – soziale Realität, Feuilleton-Chimäre oder politischer Kampfbegriff?

*L. Otto & P. Bacherle*

Politisches Interesse Kurzsкала (PIKS) – Entwicklung und Validierung

*P. Jugert, A. Benbow, P. Noack & K. Eckstein*

Politische Partizipation und soziales Engagement unter jungen Deutschen, Türken und Spätaussiedlern: Befunde aus einer qualitativen Untersuchung mit Fokusgruppen

*H. Schöne*

Institutionenperzeption und politische Partizipation – Wie die Bürger über politische Institutionen denken und welche Schlussfolgerungen daraus für die Förderung politischer Beteiligung zu ziehen sind

*Y. Kuhn*

Legitimationsprobleme direkter Partizipation – Wie kann Bürgerbeteiligung die Demokratie verbessern?

*C. Eder*

Direkte Demokratie als Allheilmittel? Möglichkeiten und Grenzen der Volksgesetzgebung

*M. König & W. König*

Deliberative Governance Arenen als Operationalisierungsvariante politischer Partizipation und Kognition

*Herausgegeben von*

*C. Beierlein, S. Preiser, M. Steinbrecher*



PABST SCIENCE PUBLISHERS



**540 Seiten, ISBN 978-3-89967-691-4,  
Preis: 50,- Euro**



PABST SCIENCE PUBLISHERS  
Eichengrund 28  
D-49525 Lengerich  
Tel. ++ 49 (0) 5484-308  
Fax ++ 49 (0) 5484-550  
pabst.publishers@t-online.de  
www.psychologie-aktuell.com  
www.pabst-publishers.de

*Thomas Kliche, Stephanie Thiel  
(Hrsg.)*

# Korruption

Forschungsstand, Prävention,  
Probleme

Korruption und Schattenwirtschaft richten Milliarden Schäden an, stellen das Rechtsbewusstsein in Frage, zerrütten die Grundlagen rationaler, berechenbarer Entscheidungen und stellen infolgedessen ein erhebliches gesellschaftliches Problem dar – auch in Deutschland. Dennoch existiert wenig belastbare empirische Forschung zu diesem Thema. Dieser interdisziplinäre Band stellt die Erkenntnisse aller wichtigen Forschungsansätze zusammen: über Mikroprozesse der Rekrutierung in Netzwerke der Korruption, über Motive und Entscheidungsprozesse korrupter Akteure, über Muster und Formen von Korruption in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft. Die Beiträge unterziehen aber auch bisherige Erkenntnisse und Forschungsmethoden einer kritischen Sichtung. Da finden sich auch vermeintlich verlässliche Erkenntnisse mit verbrämten Vorurteilen vermischt.

Denn gerade die Verborgenheit und die hohe Gefühlsaufladung des Themas lassen allerlei spekulative oder normative Sichtweisen auf Korruption ins Kraut schießen. Diese wiederum führen zu fragwürdigen oder wirkungslosen Gegenstrategien. Tatsächlich, so zeigt der Band, steht der Gesellschaft heute jedoch eine ganze Reihe wirkungsvoller Präventions- und Bekämpfungsmaßnahmen gegen Korruption zur Verfügung. Sie müssen allerdings endlich politisch gewollt werden. Dafür stellt der Forschungsstand in diesem Band zwingende Gründe bereit.

## Schwerpunktthema: Politisches Engagement, Teil I

### Inhaltsverzeichnis

- 3 *Constanze Beierlein, Siegfried Preiser & Markus Steinbrecher*  
Editorial: Politische Psychologie – Vorgeschichte, Ausgangspunkt und Zielsetzung einer neuen Zeitschrift
- 8 Die Herausgeber
- 9 *Stefan Stürmer*  
Soziale Repräsentationen von Bürgerprotesten: Der Wutbürger – soziale Realität, Feuilleton-Chimäre oder politischer Kampfbegriff?
- 19 *Lukas Otto & Patrick Bacherle*  
Politisches Interesse Kurzsкала (PIKS) – Entwicklung und Validierung
- 36 *Philipp Jugert, Alison Benbow, Peter Noack & Katharina Eckstein*  
Politische Partizipation und soziales Engagement unter jungen Deutschen, Türken und Spätaussiedlern: Befunde aus einer qualitativen Untersuchung mit Fokusgruppen
- 54 *Helmar Schöne*  
Institutionenperzeption und politische Partizipation – Wie die Bürger über politische Institutionen denken und welche Schlussfolgerungen daraus für die Förderung politischer Beteiligung zu ziehen sind
- 67 *Yvonne Kuhn*  
Legitimationsprobleme direkter Partizipation – Wie kann Bürgerbeteiligung die Demokratie verbessern?
- 83 *Christina Eder*  
Direkte Demokratie als Allheilmittel? Möglichkeiten und Grenzen der Volksgesetzgebung
- 98 *Mathias König & Wolfgang König*  
Deliberative Governance Arenen als Operationalisierungsvariante politischer Partizipation und Kognition
- 111 Richtlinien zur Manuskriptgestaltung – Zeitschrift *Politische Psychologie*

*Offizielles Organ der*

*Sektion Politische Psychologie im Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP)*

*Offizielles Organ der*

*Walter-Jacobsen-Gesellschaft e.V. für Politische Bildung und Politische Psychologie (WJG)*

**Herausgeber:**

Dipl.-Psych. Dipl.-Pol. Constanze Beierlein  
constanze.beierlein@gesis.org

Prof. Dr. phil. habil. Dipl.-Psych.  
Siegfried Preiser  
preiser@paed.psych.uni-frankfurt.de

Dr. rer. pol. Markus Steinbrecher  
markus.steinbrecher@uni-mannheim.de

Katharina Oerder (Universität Bonn)

Prof. Dr. Harald Schoen (Universität Bamberg)

Dr. Johanna Vollhardt (Clark University, Worcester, MA, USA)

**Anschrift der Redaktion:**

Psychologische Hochschule Berlin  
Redaktion Politische Psychologie  
c/o Prof. Dr. Siegfried Preiser  
Am Köllnischen Park 2  
D-10179 Berlin  
E-Mail:  
s.preiser@psychologische-hochschule.de



PABST SCIENCE PUBLISHERS

Eichengrund 28

D-49525 Lengerich

Tel. +49 (0) 5484 / 308

Fax. +49 (0) 5484 / 550

E-Mail: pabst.publishers@t-online.de

Internet: www.pabst-publishers.de

www.psychologie-aktuell.com

Konto: 709772405

BLZ: 26580070

**Der wissenschaftliche Beirat:**

Dr. Simone Abendschön (Universität Frankfurt)

Dr. Anna Baumert (Universität Koblenz-Landau)

Dr. Christopher Cohrs (Queen's University Belfast, Northern Ireland)

Prof. Dr. Eldad Davidov (Universität Zürich)

Prof. Dr. Thorsten Faas (Universität Mannheim)

PD Dr. Rudolf Günther (Universität Tübingen)

Dr. Rainer Krieger (Universität Gießen)

Dr. Helmut Moser (Universität Hamburg)

Bettina Nock (Sektion Politische Psychologie)

Übersetzerin:

(Englisch) Erika Wiedenmann

Konvertierung:

Armin Vahrenhorst

Erscheint 2 x jährlich

Bezugspreis im Abonnement:

– pro Jahrgang €25,-

– für Studenten und Assistenten an wissenschaftlichen Instituten €20,-

– bei Einzelbezug pro Heft €15,-.

Alle Beträge incl. Versand und gesetzlicher Mehrwertsteuer.

Druck:

Printed in the EU by booksfactory.de

Bild auf der Titelseite:

© Sunnydays - Fotolia.com

## **Editorial: Politische Psychologie – Vorgeschichte, Ausgangspunkt und Zielsetzung einer neuen Zeitschrift**

*Constanze Beierlein, Siegfried Preiser & Markus Steinbrecher*

Vor Ihnen liegt das erste Heft der neu gegründeten Zeitschrift „*Politische Psychologie/Journal of Political Psychology*“. In dem Bestreben, der Politischen Psychologie im deutschsprachigen Raum ein kontinuierliches Publikationsforum zu bieten, hat der Vorstand der Sektion Politische Psychologie im Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) zusammen mit dem Verlag Pabst Science Publishers dieses Projekt vereinbart und gestartet. Es baut auf den vielfältigen Erfahrungen und Leistungen vergangener Jahrzehnte auf und will einerseits Kontinuität wahren und andererseits neue Impulse setzen.

Die Politische Psychologie hat wie die Psychologie insgesamt zwar eine relativ kurze Geschichte, aber eine lange Vergangenheit. Die Staats- und Regierungstheorien antiker griechischer, römischer, mittelalterlicher, absolutistisch orientierter und neuzeitlicher Philosophen enthalten zahlreiche implizite psychologische Annahmen, deren theoretische und empirische Prüfung auch heute noch unvollendet erscheint.

Erstmals verwendete wohl Bastian (1860) den Begriff in seinem Buchtitel „Politische Psychologie“. Mehrere französische Wissenschaftler veröffentlichten seit 1875 Studien zur Psychologie von Massenbewegungen und -phänomenen und nahmen damit weit reichenden Einfluss auf die spätere Entwicklung der Politischen Psychologie. Deutschsprachige Klassiker der Politischen Psychologie sind Sigmund Freuds „Massenpsychologie“ sowie die Projekte der gleichermaßen psychoanalytisch wie sozialwissenschaftlich orientierten „Frankfurter Schule“. Der akademischen Psychologie Deutschlands galt die Politische Psychologie nach 1945 als Randerscheinung oder gar als Fremdkörper. Möglicherweise hängt dies speziell mit der deutschen Vorgeschichte zusammen, mit den fatalen politischen Verstrickungen deutscher Psychologinnen und Psychologen in die Politik des Nationalsozialismus, die am markantesten durch die lobhudelnde Broschüre von Poppelreuther (1934) mit dem für alle Zeiten

belastenden Titel „Hitler, der politische Psychologe“ charakterisiert wird. Zwar stammen etliche Impulse für die Weiterentwicklung der Politischen Psychologie von deutschen Autoren – aber es waren Deutsche, die aus politischen und rassistischen Gründen im Exil arbeiten mussten und deren Werke erst nach 1945 in Deutschland verlegt wurden: Adorno, Fromm, Horkheimer, Lewin (vgl. Preiser, 1993; 2000).

Erst gegen Ende der 1950er-Jahre etablierte sich in Deutschland eine institutionalisierte Form der Politischen Psychologie. 1958 gründete Walter Jacobsen, der Mitbegründer und erste Vorsitzende des Berufsverbandes Deutscher Psychologen (BDP) nach dem 2. Weltkrieg, die Sektion Politische Psychologie (PP) im BDP, deren Gründungs- und späterer Ehrenvorsitzender er wurde. Nach seinem Tode wurde 1987 mit Stiftungsmitteln aus seiner Hinterlassenschaft die gemeinnützige Walter-Jacobsen-Gesellschaft gegründet, die sich der Förderung von Politischer Psychologie und politischer Bildung verpflichtet hat. In den Jahren 1963 bis 1969 gaben Walter Jacobsen, Klaus Dieter Hartmann und andere acht Bände einer *Schriftenreihe Politische Psychologie* bei der Europäischen Verlagsanstalt heraus. Seit 1981 publizierte die Sektion PP unter dem Reihenherausgeber Helmut Moser die *Fortschritte der Politischen Psychologie* mit jährlich ein bis zwei Bänden im Deutschen Studien Verlag und seit 1992 die *Reihe Politische Psychologie* im Verlag Leske+Budrich. Neuere Publikationen aus der Sektion Politische Psychologie, die vorwiegend auf Fach- und Arbeitstagen basieren, erschienen – von Thomas Kliche koordiniert – im Pabst-Verlag. Seit 1982 gab es das Informationsblatt *PP-Aktuell* der Sektion PP, das sich schrittweise zu einer Fachzeitschrift entwickelte und später in der zwischen 1992 und 2006 publizierten *Zeitschrift für Politische Psychologie* aufgegangen ist (zwei Nachzüglerhefte wurden noch 2009 und 2011 herausgegeben).

Mit der Zeitschrift *Politische Psychologie*, deren Herausgabe im Pabst-Verlag insbesondere durch das persönliche, fachliche und politische Engagement seines Inhabers, Wolfgang Pabst, ermöglicht wird, wollen wir an die Publikationsstrategien der Sektion anknüpfen. Wie zuvor die *Zeitschrift für Politische Psychologie* soll auch die neue *Politische Psychologie* offizielles Mitteilungsblatt der Sektion Politische Psychologie und der Walter-Jacobsen-Gesellschaft sein. Unser Ziel ist es, die *Politische Psychologie* zu einem unverzichtbaren Bestandteil der interdisziplinären politisch-psychologischen Forschung im deutschsprachigen Raum zu machen. So möchten wir zu einem erweiterten Verständnis der Politischen Psychologie beitragen. Ein zentrales Anliegen der Zeitschrift ist es, die Verbindung zwischen Theorie und Praxis zu stärken und neue, innovative Themen, Methoden und Forschungsvorhaben zu unterstützen. Da wir aber nicht nur den Diskurs zwischen Wissenschaftlern aus verschiedenen Disziplinen anregen, sondern auch den internationalen Austausch fördern möchten, sind ausführliche englische Zusammenfassungen der Beiträge vorgesehen. Auch englischsprachige Beiträge sind willkommen. Jeder Beitrag wurde und wird von mindestens zwei unabhängigen Gutachterinnen bzw. Gutachtern begutachtet.

Ein wissenschaftlicher Beirat wird das Herausgeberkollegium unterstützen. Er wird mit international ausgewiesenen Expertinnen und Experten besetzt, deren Forschung,

Lehre und praktisches Wirken einen besonderen Bezug zur Politischen Psychologie aufweist. Dem wissenschaftlichen Beirat sollen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen unterschiedlicher Disziplinen wie z.B. der Psychologie, der Politikwissenschaft sowie der Soziologie angehören. Die Beiratsmitglieder werden vor allem die folgenden Aufgaben haben:

- Sie machen Vorschläge für Schwerpunktthemen, weisen das Herausgeberkollegium auf neue wissenschaftliche Entwicklungen und fachliche Trends hin und sprechen potentielle Autorinnen und Autoren an.
- Sie machen Vorschläge für Gutachter und Gutachterinnen und beteiligen sich selbst am Begutachtungsprozess im peer-review-Verfahren.
- Sie tragen zur Qualitätssicherung bei, indem sie das fachliche und wissenschaftliche Niveau der Zeitschrift kritisch begleiten.
- Sie unterstützen den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Gesellschaft, indem sie Medien und Entscheidungsträger in Politik und öffentlicher Verwaltung auf ausgewählte Beiträge der Zeitschrift Politische Psychologie aufmerksam machen.

Grundsätzlich ist die *Politische Psychologie* offen für eine Vielzahl von Fragestellungen. Durch ihre Lage am Schnittpunkt mehrerer wissenschaftlicher Disziplinen, der Politikwissenschaft, der Psychologie, der Soziologie und der Erziehungswissenschaft, ist die wissenschaftliche Teildisziplin „Politische Psychologie“ ein weites Feld. Im weitesten Sinne geht es der Politischen Psychologie um die Erklärung der gesamten Bandbreite politischen Verhaltens von der Beteiligung an Wahlen und der Entscheidung für eine bestimmte Partei, über die Teilnahme an Demonstrationen und das Engagement in Bürgerinitiativen, bis hin zur Ausübung terroristischer Akte. Dabei beschränkt sie sich nicht nur auf die Aktivitäten und Interaktionen von einzelnen Bürgern, Gruppen oder Kollektiven, sondern richtet ihr Augenmerk auch auf das Verhalten von politischen Institutionen, Organisationen, Spitzenpolitikern und Staaten.

Die in der Politischen Psychologie verwendeten Erklärungsfaktoren politischen Verhaltens lassen sich grob in zwei Kategorien einteilen. Auf der einen Seite stehen, in der Tradition der Sozialpsychologie, situationale bzw. kontextuelle Charakteristika. Dazu gehören Merkmale des politischen Systems, Sozialisationsagenturen wie Bildungssystem und Familie, die verschiedenen Netzwerke, in denen sich ein Individuum bewegt sowie der kommunikative Kontext aus Massenmedien, Ereignissen und persönlicher Kommunikation. Auf der anderen Seite stehen, im Sinne der Differentiellen Psychologie, individuelle Eigenschaften, Merkmale und Prädispositionen. Dazu zählen beispielsweise Emotionen, Vorurteile, Persönlichkeitseigenschaften, kognitive Fähigkeiten und eine Vielzahl politischer Einstellungen und Orientierungen. Menschen unterscheiden sich hinsichtlich politisch-psychologischer Merkmale wie der subjektiven politischen Kompetenz, dem politischen Wissen, ihren politi-

schen Wertorientierungen sowie Gerechtigkeitsüberzeugungen. Diese Merkmale können als wichtige Voraussetzungen, Begleitphänomene und Konsequenzen politischen Handelns betrachtet werden.

Da Kontext und Individuum sich nicht eindeutig voneinander trennen lassen, sondern vielmehr in einem wechselseitigen Verhältnis zueinander stehen, ist die Politische Psychologie auch dazu angehalten, sich mit den Wechselwirkungen zwischen und innerhalb der beiden Variablengruppen auseinanderzusetzen, um so Einblicke in die Voraussetzungen politischer Aktivitäten zu gewinnen. Beispielhafte Fragestellungen sind die Rolle von Emotionen bei der Verarbeitung politischer Informationen, die Auswirkungen von Massenkommunikation auf die Herausbildung politischer Einstellungen, die Abhängigkeit von Wertorientierungen von gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen und die Analyse der Struktur von Einstellungssystemen.

Methodisch ist die *Politische Psychologie* für die ganze Vielfalt der in Politikwissenschaft, Psychologie, Soziologie und Erziehungswissenschaft gewählten empirisch-analytischen Zugänge offen. So sind sowohl die Ergebnisse qualitativer als auch quantitativer Studien willkommen. Gleiches gilt für experimentelle und quasi-experimentelle Designs. Auch der Behandlung methodischer Fragen, wie der adäquaten Messung politischer Beteiligung sowie politischer Einstellungen und Prädispositionen wird Raum gewährt. Die Beiträge müssen sich keineswegs auf Deutschland oder den deutschsprachigen Raum beschränken, auch Studien aus anderen Ländern und unterschiedlichen politischen Systemen sowie ländervergleichende Analysen sollen berücksichtigt werden.

Dieser Offenheit gegenüber der Vielgestaltigkeit des Gegenstands und der Zugänge zur Politischen Psychologie trägt auch die hier vorliegende erste Ausgabe Rechnung. Alle Beiträge sind im Kontext der interdisziplinären Fachtagung der BDP-Sektion Politische Psychologie zum Thema „Politisches Engagement heute – Voraussetzungen, Formen und Förderungsmöglichkeiten aus interdisziplinärer Perspektive“ in Mannheim im Februar 2011 entstanden. Weitere Beiträge der Fachtagung werden in Heft 2 folgen. Folgende Artikel finden Sie in dieser ersten Ausgabe:

Anhand des einflussreichen Spiegel-Artikels „Der Wutbürger“ analysiert *Stefan Stürmer* in seinem Beitrag, wie kollektive Proteste in der Gesellschaft sozial konstruiert werden. Unter Bezugnahme auf klassische Werke der Protest- und sozialen Identitätsforschung entschlüsselt er die sozialpsychologischen Grundlagen dieser Prozesse. Das politische Interesse gilt allgemein als eine wichtige Determinante politischer Partizipation. *Lukas Otto* und *Patrick Bacherle* stellen eine neue Multi-Item-Kurzskala zur Erfassung politischen Interesses vor und zeigen deren Vorteile gegenüber weit verbreiteten Ein-Item-Skalen auf. *Philip Jugert*, sein Kollege und seine Kolleginnen gehen mit Hilfe qualitativer Fokusgruppen-Interviews der Frage nach, welche Bedingungen sich förderlich oder hinderlich auf das politische Engagement bei jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund auswirken. Auch *Helmar Schöne* nutzt qualitative Methoden, um aufzuzeigen, welchen bedeutsamen Einfluss die Wahrnehmung politischer Prozesse auf das Institutionenvertrauen sowie auf die poli-



tische Beteiligung ausübt. Die weiteren drei Beiträge beschäftigen sich aus verschiedener Perspektive mit direkter Demokratie. In ihrem theoretischen Beitrag diskutiert *Yvonne Kuhn* mögliche Legitimationsprobleme direkter Demokratie im Vergleich zum repräsentativen Demokratiemodell. *Christina Eder* fasst zentrale Argumente für und wider die direktdemokratische Volksgesetzgebung zusammen und analysiert Effekte auf die politische Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. *Mathias* und *Wolfgang König* stellen erste empirische Evaluationsergebnisse eines neuen Handlungs- und Analyseansatzes vor, der größeren Partizipationsansprüchen der Bürgerinnen und Bürger gerecht werden soll.

Wir haben es unseren Autorinnen und Autoren freigestellt, wie sie mit dem Anliegen einer geschlechtergerechten Sprache umgehen wollen. Für alle Beiträge dieser Zeitschrift gilt jedoch: Sofern sich nicht aus dem Kontext oder ausdrücklichen Einschränkungen etwas anderes ergibt, sind Männer immer mitgemeint, wenn nur die weibliche Sprachform verwendet wird, und Frauen immer mit eingeschlossen, wenn nur die männliche Sprachform verwendet wird.

Wir hoffen, mit diesen Beiträgen eine gelungene Zusammenstellung gefunden zu haben und wünschen den Leserinnen und Lesern eine spannende Lektüre des ersten Hefts der Zeitschrift *Politische Psychologie!*

*Constanze Beierlein, Siegfried Preiser und Markus Steinbrecher*

## Literatur

- Bastian, A. (1860). *Politische Psychologie*. Leipzig: Wigand.
- Poppelreuther, W. (1934). *Hitler, der politische Psychologe*. Langensalza: Beyer & Mann.
- Preiser, S. (1993). Politische Psychologie. In A. Schorr (Hrsg.), *Handwörterbuch der Angewandten Psychologie. Die Angewandte Psychologie in Schlüsselbegriffen* (S. 522-529). Bonn: Deutscher Psychologen Verlag.
- Preiser, S. (2000). Politische Psychologie. In J. Straub, A. Kochinka & H. Werbik (Hrsg.), *Psychologie in der Praxis. Anwendungsfelder einer modernen Wissenschaft* (S. 630-645). München: dtv.

## Die Herausgeber



**Constanze Beierlein**, Dipl.-Psych., Dipl.-Pol., ist Referentin beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Sie arbeitet zudem als wissenschaftliche Projektmitarbeiterin bei GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim und ist Vorsitzende der BDP-Sektion Politische Psychologie. Sie promovierte an der Universität Frankfurt am Main zu Geschlechtsunterschieden beim Computerlernen. Forschungsschwerpunkte: Wertorientierungen nach Shalom Schwartz, Gerechtigkeitsüberzeugungen, politische Sozialisation, gewerkschaftliches und politisches Engagement.



**Siegfried Preiser**, Dr. phil. habil., Prof. für Pädagogische Psychologie, bis 2011 an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, Leiter der Arbeitsgruppe Lebenslanges Lernen und zweier Weiterbildungsprojekte, seit 2010 Rektor der Psychologischen Hochschule Berlin. Stellvertretender Vorsitzender der Sektion Politische Psychologie im Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen. Arbeitsschwerpunkte: Lebenslanges Lernen, Kreativitätsförderung, Politische Sozialisation.



**Markus Steinbrecher**, Dr. rer. pol., ist DAAD (Deutscher Akademischer Austauschdienst) Visiting Assistant Professor an den Abteilungen für Deutsch und Politikwissenschaft an der Northwestern University in Evanston, Illinois. Seine Arbeit konzentriert sich auf die Erforschung politischen Verhaltens (Wahlentscheidung, Wahlbeteiligung, politische Partizipation allgemein), Stabilität und Dynamik politischer Einstellungen, die Bedeutung ökonomischer Perzeptionen für das Wahlverhalten sowie die Rolle von Persönlichkeitseigenschaften bei der Erklärung politischer Einstellungen und politischer Partizipation.

# Soziale Repräsentationen von Bürgerprotesten: Der Wutbürger – soziale Realität, Feuilleton-Chimäre oder politischer Kampfbegriff?

*Stefan Stürmer*

*FernUniversität Hagen*

## **Zusammenfassung**

Das im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ erschienene Essay „Der Wutbürger“ stellt einen einflussreichen Beitrag zur sozialen Konstruktion einer sozialen Repräsentation aktueller Bürgerproteste dar. Hauptziel des vorliegenden Beitrags ist es anhand dieses Essays und seiner Rezeptionsgeschichte exemplarisch sozialpsychologische Prinzipien der Konstruktion einer sozialen Repräsentation kollektiver Proteste herauszuarbeiten. Zunächst wird aus dem Essay eine „Laientheorie“ zu den Ursachen kollektiven Protests extrahiert, die anschließend wissenschaftlichen Erkenntnissen gegenüber gestellt wird. In einem zweiten Schritt werden Merkmale identifiziert, welche die soziale Überzeugungskraft der im Essay transportierten Erklärungen begünstigen. Schließlich werden wichtige politische Funktionen einer kollektiven Erklärung von Bürgerprotesten beleuchtet und diskutiert.

Schlagnote: Kollektiver Protest , Soziale Repräsentation, Bürgerbeteiligung

## **Social representations of civil protest: „The enraged citizen“ - social reality, feuilleton-chimaera or political catch phrase?**

### **Abstract**

The essay „Der Wutbürger“, published 2010 in „Der Spiegel“ magazine, presents an influential contribution to the social construction of contemporary forms of civil protests in Germany. In the present article, the essay (and the history of its reception in the wider public) is used as a backdrop to highlight some key social psychological principles of the social construction of collective protest. In a first step, the essayist's lay theory of the causes of collective protest is extracted and compared to scientific research findings. In a second step, critical features of the

lay theory are identified that foster its social and public impact and influence. In a final step, distinct political functions of the resulting social explanation are illuminated and discussed.

Key words: Collective protest, social representation, citizen participation

## 1. Einleitung

Im Essay „Der Wutbürger“ präsentiert der Journalist Dirk Kurbjuweit eine viel beachtete Analyse aktueller Bürgerproteste in Deutschland (Der Spiegel, 41/2010). Kurbjuweit exemplifiziert seine Analyse anhand zweier aktueller politischer Ereignisse des vergangenen Jahres: Dies sind zum einen die seinerzeit anhaltenden Massenproteste gegen das Verkehrs- und Städtebauprojekt Stuttgart 21. Als zweites und flankierendes Beispiel dient Kurbjuweit die kontrovers geführte Debatte über Zuwanderung und Integration, die durch die Veröffentlichung des von Thilo Sarrazin verfassten Buchs „Deutschland schafft sich ab“ (neu) entfacht wurde (die sog. Sarrazin-Debatte“). Im Blickpunkt dieses Beitrags steht die Frage, warum Kurbjuweits Analyse derartig nachhaltigen Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung bzw. die soziale Repräsentation der Bürgerproteste hat – es sei erinnert, dass der Begriff von der Gesellschaft für deutsche Sprache aufgrund seiner breiten Resonanz zum „Wort des Jahres 2010“ gekürt wurde (Gesellschaft für deutsche Sprache, 2010). Um diese Frage zu beantworten werden folgende Schritte vollzogen: Zunächst werde ich aus dem Essay zentrale Bestimmungstücke der „Laientheorie“ Kurbjuweits zu den Ursachen kollektiven Protests extrahieren, um diese anschließend systematischen, wissenschaftlichen Erkenntnissen der psychologischen Protestforschung gegenüber zu stellen. Anschließend werde ich unter Rückgriff auf das Konzept der sozialen Repräsentationen aufzeigen, welche sozialpsychologischen und politischen Faktoren die öffentliche Rezeption und Akzeptanz der „Wutbürger-These“ besonders begünstigen. Kurbjuweits Analyse ist in der öffentlichen Debatte nicht unwidersprochen geblieben und hat die Veröffentlichung alternativer Interpretationen angeregt (siehe z.B. die Replique von Barbara Supp „Die Mutbürger“ in Der Spiegel, 42/2010). Die soziale Repräsentation von Bürgerprotesten ist damit Gegenstand eines Machtkampfs um die Deutungshoheit geworden. In einem letzten Abschnitt des Beitrags werden daher insbesondere die sozialen und politischen Funktionen sozialer Repräsentationen zu kollektivem Protest näher in den Blick genommen. Da der Fokus des Beitrags auf der Konstruktion von sozialen Repräsentationen zu kollektivem Protest liegt, werde ich mich in erster Linie auf Kurbjuweits Analyse der Massenproteste gegen das Projekt Stuttgart 21 konzentrieren.

## 2. „Laientheorie“ versus wissenschaftliche Befunde: Wer protestiert und warum?

Der Begriff „Wutbürger“ bezieht sich auf die Teilnehmer und Teilnehmerinnen an kollektiven Protesten. Aber wer ist dieser „Wutbürger“ in der Diktion Kurbjuweits

eigentlich? Im Hinblick auf sein soziodemographisches Profil sind die folgenden Zitate aufschlussreich (s. Kurbjuweit, 2010, S. 26-27): „Er [der Wutbürger] ist konservativ, wohlhabend und nicht mehr jung. Früher war er staatstragend.“ „Die Proteste gegen Stuttgart 21 werden von Bürgerlichen getragen, darunter CDU-Wähler und Rentner.“ „Die Wutbürger sind zum großen Teil ältere Menschen ...“ Warum protestieren diese konservativen, wohlhabenden und älteren Menschen? Kurbjuweits Analyse lautet: „Der Wutbürger denkt an sich, nicht an die Zukunft seiner Stadt. Deshalb beginnt sein Protest in dem Moment, als das Bauen beginnt, also die Unannehmlichkeit“. „Ihm [dem Wutbürger] bleiben noch zehn oder zwanzig Jahre, die will er angenehm verbringen, was verständlich ist. der Bau des Bahnhofs vergällt ihm das Leben, von dem neuen Bahnhof selbst wird er nicht mehr viel haben. Er ist saturiert, er hat keine großen Ziele mehr, strebt nicht, sondern erhält, verteidigt den Status quo, ihm graut vor dem Wandel.“ „Wer alt ist, hat auch mehr Angst, Angst vor Neuem, Fremden. Das Bestehende soll bleiben ... Und der Angstbürger wird leicht ein Wutbürger ... Im Hinblick auf den psychologischen Prozess, der das Protestverhalten des Wutbürgers reguliert, schreibt Kurbjuweit der Emotion „Wut“ eine zentrale handlungssteuernde Funktion zu: „... sie [die Wutbürger] treibt die nackte Wut, auch sie brüllen und hassen, Tag für Tag, Woche für Woche zieht es sie an den Bauzaun, wild entschlossen, in fanatischer Gegnerschaft.“. Fasst man diese Charakterisierungen zusammen ergibt sich folgendes Bild: Die Protestteilnehmer und -teilnehmerinnen sind überwiegend wohlhabende, saturierte und ältere Menschen, die aufgrund ihres höheren Lebensalters nur noch wenig am Gemeinwohl, sondern überwiegend am individuellen Wohl interessiert sind. Aufgrund des Alters wird Veränderung als unangenehm und frustrierend erlebt. Im Sinne einer populärpsychologischen Variante der Frustrations-Aggressions-Hypothese wird angenommen, dass diese Frustration zu Wut führt, und diese Wut wiederum zu impulsivem und irrational feindseligem Protest.

Inwieweit diese Charakterisierungen tatsächlich zutreffend sind, ist eine empirische Frage. Im Hinblick auf die soziodemographischen Charakteristika ist eine Befragung von 814 Teilnehmern an einer Demonstration gegen Stuttgart 21 aufschlussreich, die im Oktober 2010 von einer Forschungsgruppe am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung um den renommierten Soziologen und Politikwissenschaftler Dieter Rucht durchgeführt wurde (Rucht, Baumgarten & Teune, 2010). Wie die Daten dieser Befragung zeigen, handelt es sich bei den Demonstranten keineswegs, wie von Kurbjuweit suggeriert wird, überwiegend um ältere Menschen. Legt man die OECD Altergrenze von 65 Jahren zugrunde, fallen tatsächlich gerade 15% der befragten Teilnehmerinnen und Teilnehmer in diese Altersgruppe. Dieser Prozentsatz liegt unterhalb des Prozentanteils von 20% dieser Altersgruppe an der bundesdeutschen Bevölkerung (Statistisches Bundesamt, 2010). Die Selbsteinschätzungen zur politischen Verortung auf einer Rechts-Links-Skala oder Angaben zum Wahlverhalten bei der letzten Landtagswahl geben auch keinen Grund zur Annahme, dass sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Demonstrationen gegen Stuttgart 21 mehrheitlich aus dem konservativen Lager rekrutieren. Vielmehr entsprechen die Demonstrations-

teilnehmerinnen und -teilnehmer weitgehend dem Profil des kommunal engagierten Bürgers, das sich bereits in anderen Kontexten herauskristallisiert hat: mittleres Lebensalter, höherer Bildungsstand, sozio-ökonomisch abgesichert und eher links-liberal (z.B. Wandersman & Florin, 2000).

Auch im Hinblick auf die Psychodynamik des Wutbürgers geben die Daten von Rucht et al. (2010) begründeten Anlass zum Zweifel an Kurbjuweits Analyse. Wäre die Frustrations-Aggressions-Hypothese zutreffend, sollte man erwarten, dass das Engagement der Bürgerinnen und Bürger dann beginnt, wenn die Unannehmlichkeit akut wird. Tatsächlich nennen aber nur ca. 13 % der Demonstranten den offiziellen Baubeginn als erstmaligen Anlass für ihr Engagement gegen Stuttgart 21. Über 30 % (und damit die größte Gruppe der befragten Teilnehmerinnen und Teilnehmer) gibt hingegen an, ihr Engagement habe mit der Ablehnung der Zulassung eines Bürgerentscheids im November 2007 begonnen. Zwar liegen mir keine Studien vor, die sich explizit mit „Wut“ als Motivationsquelle der Proteste gegen Stuttgart 21 befassen. Forschungsbefunde aus anderen Kontexten legen allerdings nahe, dass eine derartige Erklärung übermäßig individualistisch, ja psychologisch-reduktionistisch ist, da die sozialen und strukturellen Bedingungen kollektiven Protests vernachlässigt werden (Walker & Smith, 2002). Im konkreten Fall wären insbesondere Aspekte der Interaktion zwischen Bürgern und staatlichen Autoritäten (Landesregierung Baden-Württemberg, Stuttgarter Stadtverwaltungsspitze u.a.) bzw. damit verknüpfte Wahrnehmungen von Verfahrens(un)gerechtigkeit und Entscheidungs(ill)legitimität zu berücksichtigen. Tatsächlich ergab die Befragung von Rucht et al. (2010), dass „wahrgenommene Demokratiedefizite bei der Planung des Projekts“ sowie „wahrgenommene Demokratiedefizite beim Umgang mit den Projektkritikerinnen und -kritikern“ zu den von den Befragten am häufigsten genannten Argumenten gegen das Projekt Stuttgart 21 gehörten. „Lärm- und Verkehrsbelastung“ (d.h. die persönlichen und wutauslösenden Unannehmlichkeiten) nahmen in der Liste der vorgebrachten Contra-Argumente hingegen den letzten Platz ein.

Die Annahme, dass es in erster Linie irrationale und feindselige Emotionen wie Wut und Hass sind, die Menschen zu Protesten auf die Straße treiben, wurde auch in frühen sozialwissenschaftlichen Erklärungsansätzen vertreten (z.B. bei LeBon, 1895/1947; auch Zimbardo, 1969). LeBons Einschätzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Massenprotesten wird in folgendem Zitat auf den Punkt gebracht: „Zahlreiche Charakteristika der Masse wie Impulsivität, Reizbarkeit, Unfähigkeit zur Vernunft, Abwesenheit des Urteilsvermögens oder eines kritischen Verstands, überschäumende Emotionen und Ähnliches lassen sich auch auf niedrigeren Entwicklungsstufen beobachten wie beim Wilden oder beim Kind“ (LeBon, 1895/1947, S. 23, eigene Übersetzung). Die Parallelen von Kurbjuweits Beschreibung des Protestverhaltens des „Wutbürgers“ und dieser Charakterisierung sind augenfällig – die Wutbürger gehen nicht selbst bestimmt zum Bauzaun, sondern sie werden „dorthin gezogen“; sie skandieren keine politischen Losungen, sondern sie „brüllen und hassen.“ (Kurbjuweit, 2010, S. 26). Die moderne sozialwissenschaftliche Forschung hat die Irrationalitätsannahme, die derartigen Analysen kollektiven Protestverhaltens zugrun-

de liegt, aufgrund theoretischer wie empirischer Argumente als unzutreffend und, last but not least, als politisch tendenziös zurückgewiesen (Turner, Hogg, Oakes, Reicher & Wetherell, 1987, insbesondere S. 171-202; siehe auch Klandermans, 1997; Simon & Klandermans, 2001). Dabei wird keineswegs in Abrede gestellt, dass emotionale Prozesse für die Erklärung von Protestverhalten von Bedeutung sind. So spielen Emotionen wie Verärgerung und moralische Empörung über sozial geteilte Missstände beispielsweise im Kontext sozialpsychologischer Erklärungen kollektiver Politisierungsprozesse eine wichtige Rolle (z.B. Simon & Klandermans, 2001). Allerdings werden diese Emotionen im Rahmen dieser Erklärungsansätze nicht als aus dem sozialen Kontext isolierte, individuelle Phänomene betrachtet, die auf der Erfahrung individueller Unannehmlichkeit beruhen. Sondern sie werden als kollektive Emotionen betrachtet, die durch kollektiv geteilte Erfahrungen sozialer Ungerechtigkeit ausgelöst werden (z.B. Erfahrungen kollektiver Benachteiligung oder unfairer Behandlung durch Fremdgruppen oder politische Autoritäten). Das Gefühl gruppenbasierter Ungerechtigkeit kann durchaus auch einen direkten motivierenden Einfluss auf die Entscheidungen von Personen haben, an Protestaktionen teilzunehmen (van Zomeren, Postmes & Spears, 2008). Die empirische Forschung zeigt allerdings, dass es sich beim Akt der Teilnahme an kollektivem Protest typischerweise nichtsdestotrotz um ein kollektiv-rationales (und nicht individuell-impulsives) Verhalten handelt, dem systematische Planungs- und Entscheidungsschritte vorangehen (z.B. Kosten-Nutzen-Analysen, die Berücksichtigung von Werten und Normen, die einer politisierten kollektiven Identität inhärent sind, Einschätzungen der kollektiven Wirksamkeit bei der Bekämpfung kollektiver Ungerechtigkeit; siehe z.B. Stürmer & Simon, 2004; Stürmer & Simon, 2008).

Zieht man auf der Grundlage der vorgebrachten empirischen und theoretischen Argumente ein Fazit, ist festzustellen: Der „Wutbürger“ à la Kurbjuweit ist eine Chimäre. Warum nun hat diese Fiktion derartig nachhaltigen Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung bzw. die soziale Repräsentation der Bürgerproteste ausgeübt? Dies führt mich zum Konzept der sozialen Repräsentation, dem ich mich im Folgenden widmen werde.

### **3. Soziale Repräsentationen von Bürgerprotesten und ihre sozialen und politischen Funktionen**

Das Konzept der sozialen Repräsentationen bezieht sich auf innerhalb einer Gesellschaft oder gesellschaftlichen Teilgruppen geteilte Meinungen, Interpretationen und Erklärungen über bestimmte Sachverhalte (z.B. politische Ereignisse, soziale Problemlagen), die in sozialen Diskursen innerhalb und zwischen sozialen Gruppen konstruiert werden (z.B. Deaux & Philogène, 2001; Moscovici, 1981). Zentrale individuelle Funktionen sozialer Repräsentation bestehen darin, individuellen Mitgliedern einer Gesellschaft die Orientierung in ihrer sozialen Welt zu erleichtern und die Kommunikation über Phänomene zu ermöglichen, die von ihnen nicht selbst erlebt oder

beobachtet worden sind. Soziale Repräsentationen dienen aber auch wichtigen sozialen und politischen Funktionen. Zum einen bilden die kollektiv geteilten Deutungen und Erklärungen die Grundlage für eine gesellschaftlich koordinierte Reaktion auf das relevante Phänomen oder Ereignis (Koordinations- und Handlungsfunktion). Zum zweiten liefert der kollektive Deutungsrahmen auch die moralische Grundlage für kollektive Reaktionen auf das Phänomen (Legitimationsfunktion). Soziale Repräsentationen resultieren aus komplexen sozialen Einflussprozessen innerhalb und zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und Akteuren, in denen die Beteiligten die Deutungshoheit für sich reklamieren und individuelle oder gruppenspezifische Interessen verfolgen. Welche sozialen Erklärungs- oder Interpretationsmuster sich innerhalb der weiteren Gesellschaft (oder in Teilpopulationen) verbreiten, hängt entscheidend von der Fähigkeit einzelner sozialer Akteure ab, Unbeteiligte oder Unentschlossene von der Richtigkeit der eigenen Position zu überzeugen. Eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang spielt hierbei der Zugang zu Massenmedien, der für eine effiziente Verbreitung der kollektiven Deutungen essentiell ist (z.B. Deaux, & Philogène, 2001).

Kurbjuweits Essay ist in einem der auflagen- und impactstärksten wöchentlichen Nachrichtenmagazin im deutschsprachigen Raum erschienen, was eine Beachtung in der öffentlichen Meinungsbildung garantiert (vgl. z.B. Weischenberg, Malik & Scholl, 2006). Es ist allerdings auch aus einer Reihe von sozialpsychologischen Gründen prädestiniert, in den entsprechenden Diskursen zu überzeugen: Erstens hat Kurbjuweits Analyse einen unmittelbaren Überraschungswert, der Aufmerksamkeit auf sich zieht – angeblich sind es nicht die „üblichen Verdächtigen“ die gegen Stuttgart 21 demonstrieren (Links-Alternative, Umweltschützer etc.), sondern Bevölkerungsgruppen, von denen man dieses Verhalten nicht kannte oder erwartete (konservative, ältere Menschen). Zweitens liefert die Neuschöpfung Wutbürger eine kongenial verknäppte und intuitiv verständliche Vergegenständlichung eines Erklärungsmodells für dieses unerwartete Verhalten (Frustration → Wut → Protest), was die Rezeption und Akzeptanz begünstigt. Drittens aktiviert der Begriff „Wutbürger“ Assoziationen zu bereits bestehenden und verbreiteten Repräsentationen und Stereotypen. Hervorzuheben ist hier zum einen die Anschlussfähigkeit des Begriffs an das archetypische Bild von Demonstranten als „wütender Mob“. Zum anderen werden im weiteren Erklärungszusammenhang explizit Bezüge zu Alterstereotypen und Vorurteilen hergestellt („Die Angst älterer Menschen vor Veränderung“). Durch diese Referenzen werden die neuen Vorstellungen in bereits bestehende Vorstellungssysteme (bzw. dem kulturellen Wissen, sozial geteilten Erfahrungen) verankert und damit vermeintlich empirisch überprüfbar (Snow & Benford, 1988). Beide Prozesse, Vergegenständlichung und Verankerung, stärken die Überzeugungskraft der vermeintlichen Erklärung. Schließlich ist noch auf einen weiteren rhetorischen Kunstgriff Kurbjuweits hinzuweisen – die Verknüpfung der Proteste gegen Stuttgart 21 mit der Sarrazin-Debatte. Kurbjuweit konzediert einleitend, dass diese beiden Proteste von unterschiedlichen Sympathisantengruppen getragen werden und unterschiedliche Ziele verfolgen: „Wer in Stuttgart brüllt, würde vielleicht nicht für Sarrazin schreien, und



umgekehrt.“ (Kurbjuweit, 2010, S. 26). Durch die Gleichsetzung dieser beiden Protestereignisse entzieht sich der Autor dem Verdacht, durch seine Analyse lediglich eine konkrete politische Position abwerten zu wollen. Scheinbar geht es ihm um das Herausarbeiten von allgemeinen Prinzipien des Protestverhaltens anhand unterschiedlicher Beispiele („Beide Proteste sind Ausdruck einer skeptischen Mitte, die bewahren will, was sie hat und kennt, zu Lasten einer guten Zukunft des Landes.“, ebd., S. 26). Es liegt nahe zu vermuten, dass dieser vermeintliche und quasi-wissenschaftliche Ansatz es erleichtert hat Leserinnen und Leser aus einem breiten politischen Spektrum zu erreichen und zu überzeugen.

Wendet man sich nun der Frage zu, welche sozialen und politischen Funktionen eine Deutung kollektiver Bürgerproteste im Sinne des Wutbürgers erfüllt, ist es erneut die Parallele zu Le Bons Werk, die ins Auge sticht. Le Bons Analysen entstanden unter dem Eindruck sozialistischer Massenproteste und Aufstände, die sich gegen die konservative Regierung und Eliten richteten. Wie verschiedene Sozialwissenschaftler kommentiert haben (siehe z.B. Turner et al., 1987), werden diese Proteste durch die Analyse LeBons delegitimiert, da die Demonstranten nicht als Teil einer Klasse dargestellt werden (die rationale und kollektive Interessen vertritt), sondern als Teil einer Masse (die impulsiv und irrational agiert). Diese Pathologisierung des Protests wird insbesondere dadurch erreicht, dass der Fokus der Analyse auf individuellen psychologischen Reaktionen und Empfindungen liegt, während der soziale Kontext und die Strukturen, die diese Reaktionen auslösen, ausgeblendet oder ignoriert werden. Man muss sich dieser Analyse nicht en détail anschließen, um festzustellen, dass das Bild des egoistischen, und am Gemeinwohl nicht interessierten Wutbürgers für eine soziale und politische Delegitimation von Protesten von Bürgerinnen und Bürgern gegen Stuttgart 21 gleichermaßen funktional ist. Tatsächlich liegt bei Kurbjuweit der Fokus der Ursachenanalyse noch stärker als bei Le Bon auf dem Individuum (bei Le Bon war ja die Masse der Kern des Übels). Eine Parallele zu Le Bon besteht allerdings darin, dass Kurbjuweit die strukturellen Determinanten des kollektiven Protests geflissentlich ignoriert (Stichwort: wahrgenommene Demokratiedefizite, Interaktionen mit politischen Autoritäten und Sicherheitskräften). Letztendlich dient eine soziale Repräsentation der Proteste gegen Stuttgart 21 im Sinne des Kurbjuweit'schen Wutbürgers aufgrund ihres delegitimierenden Charakters also den Interessen der Projektbefürworter inklusive der verantwortlichen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger und Eliten.

Wie schon angedeutet ist die Konstruktion sozialer Repräsentationen allerdings keineswegs ein unilateraler, sondern ein komplexer und dynamischer Prozess wechselseitiger sozialer Beeinflussungsversuche. Die Reaktionen auf den Kurbjuweit'schen Beitrag in der öffentlichen Debatte liefern ein Musterbeispiel für den Kampf um die Definitions- und Deutungsmacht eines politischen Ereignisses. Stellvertretend für die zahlreichen Kommentierungen in unterschiedlichen Medien und Publikationsorganen und zur Illustration des Bedeutungswandel, den der Begriff „Wutbürger“ im Zuge dieser Debatte erfahren hat, sei an dieser Stelle auf die Begründung der Gesellschaft für deutsche Sprache für die Wahl des Begriffs zum Wort des Jahres 2010 verwiesen:

„Diese Neubildung [der Wutbürger] wurde von zahlreichen Zeitungen und Fernsehsendern verwendet, um einer Empörung in der Bevölkerung darüber Ausdruck zu geben, dass politische Entscheidungen über ihren Kopf hinweg getroffen werden. Das Wort dokumentiert ein großes Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger, über ihre Wahlentscheidung hinaus ein Mitspracherecht bei gesellschaftlich und politisch relevanten Projekten zu haben.“ (Gesellschaft für deutsche Sprache, 2010). Mit anderen Worten: Während der Wutbürger Kurbjuweit'scher Prägung noch durch seinen Egoismus gesellschaftliche relevante Zukunftsprojekte gefährdet, wird er in alternativen Entwürfen zum „Mutbürger“, einem kommunal-verantwortlichen, im Kollektiv auftretenden Menschen mit Bürgersinn, der nach demokratischer Teilhabe strebt.

#### 4. Schlussfolgerungen und Ausblick

In einem 1970 im „American Psychologist“ veröffentlichten, programmatischen Beitrag zur Frage der Relevanz sozialpsychologischer Forschung bezog Muzafar Sherif, einer der einflussreichsten Sozialpsychologen seiner Zeit, folgende Position: „Eine relevante Sozialpsychologie sollte sich mit der Erforschung sozialer Bewegungen beschäftigen, die aus sozialen Problemen erwachsen, da es diese Bewegungen sind, die danach streben die Zukunft zu gestalten.“ (Sherif, 1970, S. 156, eigene Übersetzung). Knapp 40 Jahre nach der Veröffentlichung von Sherifs programmatischem Entwurf für die Ausrichtung der Sozialpsychologie ist die Erforschung kollektiven Handelns allerdings keineswegs zu einem identitätsstiftenden Forschungsbereich avanciert. Im Gegenteil: Nimmt man beispielsweise die in namhaften sozialpsychologischen Einführungslehrbüchern behandelten Themen als Indikatoren für das, was führende Forscherinnen und Forscher als relevant und repräsentativ für die Disziplin erachten, muss man den Eindruck gewinnen, dass kollektives Handeln, sozialer Wandel und soziale Bewegungen trotz erheblicher Erkenntnisfortschritte in diesen Bereichen randständige Themen geblieben sind (Stürmer, 2010). Die Beschäftigung mit der Konstruktion sozialer Repräsentationen ist nahezu vollständig aus dem Kanon der Lehrbücher verschwunden (vgl. z.B. Aronson, Wilson & Akert, 2004; Jonas, Stroebe, Hewstone, 2007; Smith & Mackie, 2007). Aus dem vorliegenden Beitrag sollte deutlich geworden sein, dass soziale Repräsentationen kollektiven Protests eine zentrale Rolle in der Legitimierung und Mobilisierung (bzw. Delegitimierung und Demobilisierung) spielen. Bildhafte Begriffe wie „Wutbürger“, die Erklärungen vereinfachen, vergegenständlichen und in bereits vorhandenem Wissen verankern, sind im Kampf um die Deutungshoheit schlagkräftige Waffen. Meine Hoffnung ist, dass meine in dem vorliegenden Beitrag skizzierte narrative Analyse dieser Prozesse systematische Forschungsarbeiten zu sozialen Konstruktionen politischer Wirklichkeiten inspiriert, um damit der Sherif'schen Vision einer relevanten Sozialpsychologie wieder einen Schritt näher zu kommen.

## Literatur

- Aronson, E., Wilson, T. D. & Akert, R. (2004). *Sozialpsychologie* (4. Aufl.). München: Pearson.
- Deaux, K. & Philogène, G. (Eds.). (2001). *Representations of the social*. Oxford, UK: Blackwell.
- Gesellschaft für deutsche Sprache (2010). Pressemitteilungen 17.12.10 – Wort des Jahres 2010. Zugriff am 15.05.2011. <http://www.gfds.de/presse/pressemitteilungen/171210-wort-des-jahres-2010/>
- Jonas, K., Stroebe, W. & Hewstone, M. (Hrsg.). (2007). *Sozialpsychologie. Eine Einführung* (5. Aufl.). Heidelberg: Springer.
- Klandermans, B. (1997). *The social psychology of protest*. Oxford, UK: Blackwell.
- Kurbjuweit, D. (2010). *Der Wutbürger*. *Der Spiegel*, 41, 26-27.
- Le Bon, G. (1947). *The crowd: A study of the popular mind* (orig. publication 1895). London: Ernest Benn.
- Moscovici, S. (1981). On social representations. In J. P. Forgas (Ed.), *Social cognition. Perspectives on everyday understanding* (pp. 181-209). London: Academic Press.
- Rucht, D., Baumgarten, B. & Teune, S. (2010). *Befragung von Demonstranten gegen Stuttgart 21 am 18.10.2010*. Hand-out zur Pressekonferenz am 27.10.2010, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Simon, B. & Klandermans, B. (2001). Politicized collective identity. A social psychological analysis. *American Psychologist*, 56, 319-331.
- Smith, E. R. & Mackie, D. M. (2007). *Social Psychology* (3rd edition). Hove and New York: Psychology Press.
- Snow, D. A. & Benford, R. D. (1988). Ideology, frame resonance, and participant mobilization. *International Social Movement Research*, 1, 197-217.
- Statistisches Bundesamt (2010). Zugriff am 15.05.2011. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/>
- Stürmer, S. (2010). Sozialer Wandel durch kollektives Handeln: Barrieren und Perspektiven für eine relevante Sozialpsychologie. In G. Jüttemann & W. Mack (Hrsg.), *Konkrete Psychologie: Die Gestaltungsanalyse der Handlungswelt* (S. 267-278). Lengerich: Pabst.
- Stürmer, S. & Simon, B. (2004). Collective action: Towards a dual-pathway model. In W. Stroebe & M. Hewstone (Eds.), *European Review of Social Psychology* (Vol. 15, pp. 59-99). Hove, UK: Psychology Press.
- Stürmer, S. & Simon, B. (2009). Pathways to collective protest: Calculation, identification or emotion? A critical analysis of the role of anger in social movement participation. *Journal of Social Issues*, 65, 681-705.
- Supp, B. (2010). Die Mutbürger. *Der Spiegel*, 42, 42-43.
- Turner, J. C., Hogg, M. A., Oakes, P. J., Reicher, S. D. & Wetherell, M. S. (1987). *Rediscovering the social group. A self - categorization theory*. Oxford, UK: Blackwell.

- van Zomeren, M., Postmes, T. & Spears, R. (2008). Toward an integrative social identity model of collective action: A quantitative research synthesis of three socio-psychological perspectives. *Psychological Bulletin*, 134, 504-535.
- Walker, I. & Smith, H. (2002). *Relative deprivation. Specification, development, and integration*. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Wandersman, A. & Florin, P. (2000). Citizen participation and community organizations. In J. Rappaport & E. Seidman (Eds.), *Handbook of community psychology* (pp. 247-272). New York: Kluwer / Plenum Publishers.
- Weischenberg, S., Malik, M. & Scholl, A. (2006). Journalismus in Deutschland 2005. Zentrale Befunde der aktuellen Repräsentativbefragung deutscher Journalisten. *Media Perspektiven*, 7, 346-361.
- Zimbardo, P. (1969). The human choice: individuation, reason and order versus deindividuation, impulse and chaos. In W. J. Arnold & D. Levine (Eds.), *Nebraska Symposium on Motivation* (Vol. 17, pp. 237-307). Lincoln, NB: University of Nebraska Press.



**Prof. Dr. Stefan Stürmer**  
*Lehrstuhl für Sozialpsychologie*  
*Institut für Psychologie*  
*FernUniversität Hagen*  
*Universitätsstr. 1/11*  
*D-58098 Hagen*  
*stefan.stuermer@fernuni-hagen.de*

*Univ.-Prof. Dr. Stefan Stürmer ist Inhaber des Lehrstuhls für Sozialpsychologie an der FernUniversität in Hagen. Er erforscht die Rolle von Gruppenprozessen und Intergruppenbeziehungen für prosoziales Verhalten und sozial-politische Partizipation.*

# Politisches Interesse Kurzsкала (PIKS) – Entwicklung und Validierung<sup>1</sup>

*Lukas Otto & Patrick Bacherle*

*Universität Koblenz-Landau*

## **Zusammenfassung**

Eine Kurzsкала zum politischen Interesse (PIKS) wurde entwickelt und validiert. Dabei sollten auf ökonomische Weise Probleme der bisherigen Ein-Item-Messung wie unzureichende Reliabilität und Inhaltsvalidität behoben werden und dennoch eine vergleichbare Messung zu vergangenen Studien gewährleistet sein. Ebenso sollte die Messung des Konstrukts theoretisch fundiert erfolgen. Wir berichten Ergebnisse aus fünf Studien zur Item- und Reliabilitätsanalyse sowie zur Konstruktvalidierung. Interne Konsistenz und Retest-Korrelation zeigen eine hohe Reliabilität und Stabilität, Korrelationen zu benachbarten Konstrukten und konfirmatorische Faktorenanalysen belegen eine hohe Validität.

Schlagworte: Politisches Interesse, Skala, Validität, Kulturvergleich, Politisches Involvement

## **Short Scale Political Interest (SSPI) - Development and Validation**

### **Abstract**

In this paper a short scale measuring political interest (SSPI) was developed and validated. In the field of political psychology most large-scale studies use one single item for the measurement of this important construct. However, single-item-measures suffer from poor reliability, and content validity remains questionable. The items of SSPI were developed considering the theoretical background of both political science research concerning political involvement and psychological interest-theories.

---

<sup>1</sup> Anmerkung der Autoren: Studie 1 wurde durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) im Rahmen des Teilprojektes „Televised Debates“ der German Longitudinal Election Studies (GLES) gefördert.

Wir danken Marion Rahnke, Frank Schneider und den Studierenden des Empiriepraktikums 2010 für die Bereitstellung der Daten und Hilfe bei der Datenerhebung. Wir danken außerdem Jürgen Maier und Christine Altstötter-Gleich sowie den beiden anonymen Gutachtern für die hilfreichen Anmerkungen zu früheren Versionen dieses Artikels.

In Gedenken gilt Lynda Lee Kaid ein besonderer Dank für ihre Hilfe bei der Datenerhebung und Übersetzung des Instruments.

The aim of the scale-development was to overcome the problems of one-item-measurement and build an economic short scale, which also produces comparable results to previous studies of political interest and can be used both in a German and English version. Findings from five studies are reported and show excellent item characteristics for the five items and high reliability of the instrument (study 1). Correlations with related variables and confirmatory factor analyses underline the construct validity of SSPI (study 2, 3 and 4). First results regarding cross-cultural equivalence are promising, however, further research on that topic using population samples is still necessary (study 3 and 4). The questionnaire proofed high stability in test-retest-correlations (study 5). Also, it is very economic with an average processing time of 30 seconds (study 5). As the traditional item measuring political interest is part of our scale, results are comparable with previous studies.

Using the scale instead of a single item gives researchers the opportunity to use multivariate analyses and improves the measurement of the construct. Further research needs to show if the scale can partly solve the problem of social desired responding. Moreover, studies investigating stability and reliability of the construct within the Latent-State-Trait-Approach are forthcoming.

Key words: political interest, scale, validity, cross-cultural, political involvement

## 1. Einleitung

In demokratischen Systemen ist politische Partizipation essentiell: „Democracy should be a celebration of an involved public“ (Dalton, 1996, S. 40). Politisches Interesse gilt dabei als „passiver Indikator“ für politische Partizipation: Das bedeutet, dass politisches Interesse noch keine aktive Einflussnahme beinhaltet, jedoch als wichtige Voraussetzung für politische Partizipation und Engagement gesehen wird (Brady, 1999). Das Fehlen eines solchen Interesses wird – vor allem aus normativen Gesichtspunkten – als problematisch für eine lebendige Demokratie bezeichnet (Faas, Arzheimer & Roßteutscher, 2010). Van Deth beschreibt politisches Interesse sogar als Grenze „between democratic and non-democratic citizenship“ (2004, S. 478).

Obwohl viele Einflussvariablen des politischen Interesses bekannt sind und das Konzept fester Bestandteil der Umfrage- und Wahlforschung ist, gibt es relativ wenige methodische Studien, die sich mit der *Messung* dieser Größe befassen. Die Schwächen der Messung von politischem Interesse mit einem einzelnen Item, wie sie in den meisten Studien üblich ist, werden selten hinterfragt. Einzelne Autoren schlagen die Bildung einer Ad-hoc-Skala aus bestehenden Fragebatterien vor (siehe z.B. van Deth, 1990; van Deth & Elff, 2004). Aus psychometrischer Sicht wäre es jedoch sinnvoller, ein dauerhaftes Instrument zu etablieren, welches auf Testgüte hin geprüft ist.

Dieser Thematik widmet sich der vorliegende Artikel aus zwei Perspektiven: Sowohl die politikwissenschaftliche als auch die pädagogisch-psychologische Forschung liefern theoretische und methodische Beiträge, die helfen können, die Messung des Konstrukts voranzubringen und die Forschungslücke bei der Operationalisierung dieser Variable zu schließen.

Zunächst wird Interesse daher aus Sicht der beiden Fachdisziplinen kurz definiert. Anschließend wird die routinemäßige Messung von politischem Interesse mit Hilfe eines einzelnen Items dargestellt und die methodischen Schwächen der Ein-Item-Messung diskutiert. Anhand eines psychologischen Interessensbegriffs wird die Entwicklung der neuen Skala erläutert und die Ziele der Skalenentwicklung beschrieben. Wir berichten Ergebnisse aus fünf Studien, welche die Eigenschaften der Skala bezüglich Reliabilität, Validität und Kulturäquivalenz des Instruments beleuchten. Der Beitrag endet mit einer Diskussion der Ergebnisse und einem Ausblick auf weitere Forschungsvorhaben zur Messung von politischem Interesse.

## 2. Theoretische Überlegungen

### 2.1 Interesse in der Politikwissenschaft

Die Begriffe „politisches Interesse“, „politisches Involvement“, „psychologisches Involvement“ und – negativ ausgedrückt – „politische Apathie“ werden oft synonym verwendet. Politisches Interesse wird als „degree to which politics arouses a citizen’s curiosity“ (van Deth, 1990, S. 289) beschrieben. Das Konstrukt Interesse wird also über die *Neugier* eines Bürgers für Politik erklärt; die Begriffe „Neugier“ und „Interesse“ dabei gleichgesetzt. Eine weitere bekannte Definition bezeichnet politisches Interesse als *Aufmerksamkeit* gegenüber Politik (Zaller, 2005). Die beiden Komponenten Neugier und Aufmerksamkeit spiegeln sich in der bisherigen Messung nicht wider.

Studien zu politischem Interesse konnten einige Einflussvariablen identifizieren: So steht das Interesse an Politik im Zusammenhang mit der ökonomischen Entwicklung eines Landes (van Deth & Elff, 2004), politischem Wissen und Ost-West-Sozialisati-on (Maier, 2000), sowie dem Geschlecht (Bennett & Bennett, 1989), Bildung (Hadjar & Becker, 2006) und Alter (Kroh, 2006; van Deth, 1990). Ebenso ist politisches Interesse fester Bestandteil der *kulturvergleichenden* Forschung (Martín & van Deth, 2007; van Deth & Elff, 2000, 2001).

### 2.2 Interesse in der Psychologie

Innerhalb dieses Artikels sollen nur kurz einige wichtige Begriffe der pädagogisch-psychologischen Interessensforschung genannt werden. Eine vollständige Darstellung ist an dieser Stelle nicht möglich (für einen Überblick siehe z.B. Krapp & Prenzel, 1992; Schiefele & Wild, 2000).

Interesse wird in der Psychologie als mehrdimensionales Konstrukt betrachtet (Todt, 1978) und bezeichnet ganz allgemein eine „besondere, durch bestimmte Merkmale herausgehobene Beziehung einer Person zu einem Gegenstand“ (Krapp, 2001, S. 286), wobei der Begriff „Gegenstand“ als kognitive Kategorie zu verstehen ist.

Die Person-Gegenstand-Beziehung zeichnet sich auf der konativen und kognitiven Ebene durch Informationssuche („epistemische Neugier“, Berlyne, 1974, S. 327) und durch eine in Folge zunehmende Ausdifferenzierung des Wissens den Interessensgegenstand betreffend aus. Unter dem Begriff „epistemische Neugier“ werden drei Handlungen zusammengefasst: Zunächst umfasst er das Beobachten des Interessensgegenstands, weiterhin ein intensives Nachdenken und eine längere kognitive Beschäftigung mit dem Interessensgegenstand und schließlich ein aktives Explorationsverhalten (Fragen, Lesen etc.). Auf der emotionalen Ebene wird die Interessenshandlung positiv erlebt, und der Interessensgegenstand positiv bewertet. Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass das jeweilige Interesse Teil des Selbstkonzeptes werden kann (z.B. Todt, 1990).

Eine Person, die sich stark für Politik interessiert, zeichnet sich demnach dadurch aus, dass sie Informationen über Politik z.B. per Massenmedien sucht, dass sie viel über politische Themen nachdenkt, dass sie diese Handlungen sowie Politik positiv bewertet und sich selbst als politisch interessierten Menschen begreift.

### 2.3 Die Messung von politischem Interesse

Die Operationalisierung von *subjektivem politischen Interesse* ist seit den 1950er Jahren in beinahe allen großen (Wahl-)Umfragen (z.B. ANES, GLES, ALLBUS, Eurobarometer) ähnlich und erfolgt über eine einzelne, direkte Frage: „Ganz allgemein gesprochen, wie sehr interessieren Sie sich für Politik“ (siehe z.B. DeBell, Krosnick, Lupia et al., 2009; Gabriel & van Deth, 1995). Vorteile der Ein-Item-Messung liegen in der scheinbar hohen Vergleichbarkeit über 60 Jahre politikwissenschaftlicher Forschung sowie in der hohen Testökonomie, da ein ganzes Konstrukt über ein einziges Item gemessen wird.

Die Nachteile von Ein-Item-Messungen liegen jedoch auf der Hand: Häufig ist die Reliabilität von Einzelitems unzureichend. Über eine Ergänzung weiterer inhaltshomogener Items kann die Reliabilität der Messung erhöht werden (Bühner, 2011). Ebenfalls problematisch ist die Sicherung der Inhaltsvalidität des Konstrukts: Kann das Konstrukt politisches Interesse tatsächlich mit nur einem Item in seiner gesamten Breite abgebildet werden? Die einschränkende Bezeichnung *subjektives* politisches Interesse und die gleichzeitige Betrachtung weiterer verwandter oder homogener Items (Diskussionshäufigkeit mit Freunden und Verwandten über Politik, Wichtigkeit von Politik) zeigen Versuche, die inhaltliche Validität über weitere Items zu erhöhen (Martín & van Deth, 2007; van Deth & Elff, 2004).

Ein weiterer Nachteil der Messung von politischem Interesse über das genannte Einzelitem liegt im Versuch, ein latentes Konstrukt direkt auf der Messebene zu manifestieren: Probanden ohne Vorstellung darüber, worin sich politisches Interesse zeigt, können das Item nicht beantworten (van Deth, 1990). Verhaltens- und erlebnisnahe Itemformulierungen könnten hier Abhilfe schaffen. Weitere Schwierigkeiten betreffen die Auswertung von Einzelitems: Viele statistische Verfahren, unter anderem auch



solche, die in der kulturvergleichenden Forschung eingesetzt werden, verlangen nach der Messung von latenten Konstrukten mit Skalen, z.B. zur Identifizierung von Itembias (van de Vijver & Leung, 1997). Auch andere multivariate Verfahren, wie lineare Strukturgleichungsmodelle sind mit Ein-Item-Messungen nicht durchführbar und benötigen mehrere Items zur Anwendung.

Ähnliche Kritik an der Messung mittels des Einzelitems formulierte van Deth (1990, S. 283-284). Er schlägt daher vor, eine „Skala zum politischen Interesse“ zu verwenden, in der bereits vorhandene Fragebogenitems zusammengefasst werden: die Frage zum subjektiven politischen Interesse, die Lektüre politischer Nachrichten in einer Zeitung, die Diskussion von politischen Themen mit Familie und Freunden, sowie die Frage nach der Teilnahme an politischen Treffen. Es bleibt jedoch unklar, ob die angesprochenen Reliabilitäts- und Validitätsprobleme durch das Zusammenfassen dieser Fragen gelöst werden könnten.

## 2.4 Eine neue Skala zur Messung von politischem Interesse

Das Ziel der Entwicklung der „Politisches Interesse Kurzsкала“ (PIKS) war es, die genannten Kritikpunkte aufzugreifen und eine reliable, inhaltssvalide und konstruktvalide Messung von politischem Interesse zu erreichen. Im Vordergrund stand jedoch auch eine hohe Testökonomie und damit Kürze der Skala, um einen Einsatz in großen repräsentativen Befragungen möglich zu machen. Ein weiteres Ziel der Skalenentwicklung war, die Vergleichbarkeit zur bisherigen Messung des Konstrukts zu gewährleisten, um längsschnittliche Analysen zu ermöglichen. Aus diesem Grund sollte das traditionelle Item als Teil der Skala bestehen bleiben.

Weiterhin sollte eine Verknüpfung der Skala mit dem psychologischen Interessensbegriff hergestellt werden. Daher wurde versucht, die genannten Facetten von Interesse und Neugier abzubilden. Eine Darstellung der Facetten in Subskalen bzw. Faktoren war aufgrund der geplanten Kürze der Skala jedoch nicht Ziel des Konstruktionsprozesses. Inhaltlich lassen sich die Items den Facetten epistemischer Neugier mit seinen drei Aspekten Beobachtung (Item 4), Denken (Item 3) und Exploration (Items 1 und 6) und emotionale Valenz (Item 2) zuordnen. Dem Aspekt, dass politisches Interesse zum Selbstkonzept gehören kann, kann das traditionelle Item als klassische Selbstauskunft zugeordnet werden, da es Auskunft darüber gibt, ob sich der Proband selbst als politische interessierte Person betrachtet.

Schließlich wurde eine äquivalente Messung in deutscher und englischer Sprache angestrebt, um kulturvergleichende Analysen durchführen zu können. Dazu wurden die Items sowohl in englischer als auch in deutscher Sprache entwickelt. Um von vornherein Itembias entgegenzuwirken, wurden dabei Formulierungen gewählt, die keine Anpassungen der Items nötig machen und eine leichte Übersetzbarkeit gewährleisten (Brislin, 1986).

**Tabelle 1:**  
Vollständige Itemformulierungen

Item-nummer	Deutsche Skala	Englische Skala
1	Wenn ich bemerke, dass mir Kenntnisse über ein politisches Thema fehlen, informiere ich mich.	If I notice that I am lacking knowledge on a political topic, I seek the necessary information.
2	Für mich ist Politik ein spannendes Thema.	For me politics is an exciting topic.
3	Ich denke häufig intensiv über eine politische Streitfrage nach.	I often think intensively about a political issue.
4	Politische Vorgänge verfolge ich mit großer Neugier.	I observe political events with great interest.
5	Ganz allgemein interessiere ich mich sehr für Politik.	Generally speaking I'm interested in politics.
(6)	Während der Wahlkämpfe setze ich mich intensiv mit den Positionen der verschiedenen Parteien auseinander	

Anmerkungen: ()= entferntes Item

### 3. Methode und Ergebnisse

Der Itempool<sup>2</sup> wurde innerhalb einer Studie zur Entwicklung und Validierung der Kurzskala auf insgesamt fünf Items reduziert und anschließend validiert (Studie 1). Die verbleibenden fünf Items wurden in drei weiteren Studien validiert und die Äquivalenz der deutschen und englischen Version überprüft (Studie 2, 3 und 4). In einer längsschnittlichen Studie wurde mittels Retest-Korrelation die Stabilität der Skala geprüft (Studie 5) (siehe Tabelle 2).

#### 3.1 Studie 1: Itemanalyse und Validierung

*Methode und Stichprobe.* Die erste Studie diente vor allem einer ersten Einschätzung der Itemcharakteristika, der Untersuchung der faktoriellen Struktur und der weiteren

<sup>2</sup> Auf Grundlage dieser Vorgaben wurde zunächst ein Itempool von 10 Items zuzüglich des traditionellen Items erstellt. Dieser Itempool wurde in einem ersten Schritt wegen des Ziels einer ökonomischen Skala auf Basis einer kleinen Pilotstudie mit 30 studentischen Teilnehmern und Expertenurteilen von Kollegen aus der Psychologie und Politikwissenschaft auf insgesamt sechs Items reduziert, wobei zu jeder der genannten Facetten mindestens ein Item beibehalten bleibt.

**Tabelle 2:**  
Soziodemographische Angaben aller berichteten Studien

	<b>Studie 1 (2009): Deutsche Skala</b>	<b>Studie 2 (2009): Deutsche Skala</b>	<b>Studie 3 (2010): Englische Skala</b>	<b>Studie 4 (2011): Deutsche Skala</b>	<b>Studie 5 (2011): Deutsche Skala</b>
<i>N</i>	450	176	285	142	274
Itemanzahl	6	5	5	5	5
<b><i>Geschlecht</i></b>					
Weiblich	49 %	57 %	55 %	68 %	59 %
Männlich	51 %	43 %	45 %	32 %	41 %
<b><i>Alter</i></b>					
<i>M</i>	38,6	36,5	21,8	24,0	29,9
<i>SD</i>	16,6	18,2	5,4	8,1	11,0
<b><i>Bildung</i></b>					
Hauptschule/Volks- schule bzw. POS 8./9. Klasse	10 %	3 %	-	-	2 %
Realschule, mittlere Reife bzw. POS 10. Klasse	28 %	21 %	-	-	9 %
Fachhochschulreife	11 %	6 %	-	-	89 %
Abitur bzw. POS 12. Klasse	46 %	45 %	-	-	
Anteil Studenten	13 %	-	93 %	73 %	-

Anmerkungen: M = Mittelwert, SD = Standardabweichung, fehlende Werte = nicht erfasst.

Reduktion von Items und der Konstruktvalidierung. Die Stichprobe (N=450) wurde nach Alter, Bildung, Geschlecht und politischem Interesse quotiert. Die Probanden bearbeiteten die Paper-und-Pencil-Version der Skala in einer Studie, die zwei Wochen vor der Bundestagswahl 2009 stattfand. Als Antwortformat kam dabei eine fünf-stufige Likert-Skala mit Beschriftung der Antwortmöglichkeiten „trifft voll und ganz zu“ „trifft eher zu“ „teils/teils“ „trifft eher nicht zu“ „trifft überhaupt nicht zu“ zum Einsatz. Das hier beschriebene Antwortformat wurde in allen deutschen Studien verwendet.

Zur Konstruktvalidierung wurden weitere Variablen per Fragebogen erhoben. Zum einen wurde die Häufigkeit sowohl der interpersonalen Kommunikation mit der unmittelbaren Umwelt und per Internet als auch die Nutzung von massenmedialen

Angeboten erfragt. Nach dem psychologischen Interessensbegriff steht zu erwarten, dass politisch Interessierte häufiger über Politik kommunizieren, um mehr darüber zu erfahren (epistemische Neugier, siehe oben). Aus dem gleichen Grund sollten politisch Interessierte vor allem Qualitätsmedien, die mehr politische Inhalte zeigen, im größeren Maße rezipieren. Bei Boulevardmedien und Nachrichten der privaten Sender, die weniger über politische Themen berichten (Krüger, 2011), ist dieser Zusammenhang nicht zu erwarten.

Weiterhin wurde zur Überprüfung der Konstruktvalidität die politische Efficacy erhoben. Politische Efficacy bezeichnet „an individual’s feeling that he or she has the ability to influence the political process“ (Kaid, McKinney & Tedesco, 2007, S. 1096) und ist ebenfalls ein Standardkonstrukt der politischen Wahlforschung (Vetter, 1998). Politisch Interessierte sollten sich aufgrund ihres größeren Wissens und ihrer ausgiebigen Beschäftigung mit Politik eher in der Lage sehen, an politischen Prozessen teilzunehmen (interne politische Efficacy), das politische System jedoch für nicht offener in Bezug auf Einflussnahme von außen sehen (externe politische Efficacy).

Außerdem wurde in dieser Studie die Beteiligung an der Bundestagswahl 2009 erhoben. Politisches Interesse wird in der Literatur als wichtige Voraussetzung von politischer Partizipation gesehen (Brady, 1999), hier sind also ebenfalls positive Zusammenhänge zu erwarten.

*Ergebnisse.* Erste Itemanalysen erbrachten akzeptable Werte für alle Items bezüglich Mittelwerten und Standardabweichung, Schiefe und Kurtosis, sowie dem Schwierigkeitsindex nach Fisseni und der Trennschärfe (Bühner, 2011; Fisseni, 1997). Die Itemcharakteristika differenzierten somit gut zwischen den Probanden, und es ließen sich keine Decken- oder Bodeneffekte bei einem der Items aufdecken. Daher konnten auch keine weiteren Rückschlüsse auf die Reduktion der Items gezogen werden (siehe Tabelle 3).

Mittels exploratorischer Faktorenanalyse wurde die faktorielle Struktur der sechs Items untersucht. Dazu wurde eine Hauptachsenanalyse durchgeführt. Gängige Methoden zur Ermittlung der Anzahl von Items – Parallelanalyse nach Horn (Allen & Hubbard, 1986; Horn, 1965) und Scree-Plot (Cattell, 1966) – legten die Extraktion eines Faktors nahe, welcher insgesamt 63 % der Varianz aufklären konnte. Die explorative Analyse weist damit auf Eindimensionalität der Skala hin. Die Ladungen auf diesem Faktor waren sehr hoch und betragen zwischen  $\alpha=0,63$  und  $\alpha=0,83$ . Das Item mit der geringsten Ladung wurde aus den weiteren Analysen ausgeschlossen. Auch das traditionelle Item lud hoch auf dem Faktor und kann damit – wie erwartet – als Teil der Skala gesehen werden.

Bei den Analysen zur Konstruktvalidierung wurden bei fast allen Variablen die erwarteten bivariaten Korrelationen gefunden. Die einzige Ausnahme bildete jedoch der Zusammenhang mit der Teilnahme an der Bundestagswahl, was wohl der extrem hohen Wahlbeteiligung (94 %) und damit der fehlenden Varianz dieser Variable in unserer Stichprobe geschuldet war. Die Wahlbeteiligung an der letzten Wahl wurde allerdings ebenfalls in Studie 3 erhoben. Hier konnte eine mittlere punktbiseriale Kor-

**Tabelle 3:**  
Itemcharakteristika der deutschen und englischen Skala

Deutsch	Studie 1 (N=450)						
	M	SD	Schiefe	Kurtosis	$r_{it}$	Schwierigkeit	$\alpha$
Item 1	2,58	0,92	0,33	-0,15	0,57	44	0,63
Item 2	2,57	1,02	0,26	-0,45	0,80	52	0,87
Item 3	2,68	1,04	0,14	-0,73	0,74	46	0,76
Item 4	2,58	1,02	0,19	-0,52	0,76	47	0,83
Item 5	2,50	0,85	-0,02	-0,19	0,73	51	0,81
(Item 6)	2,58	0,95	0,22	-0,51	0,61	47	0,63
Deutsch	Studie 2 (N=176)						
	M	SD	Schiefe	Kurtosis	$r_{it}$	Schwierigkeit	$\lambda$
Item 1	3,51	0,91	-0,20	-0,35	0,63	82	0,65
Item 2	3,31	1,08	-0,43	-0,68	0,81	76	0,88
Item 3	3,15	1,21	0,56	1,77	0,73	71	0,75
Item 4	3,13	1,05	0,06	-0,44	0,82	68	0,88
Item 5	3,48	1,06	-0,12	-0,77	0,81	83	0,88
Englisch	Studie 3 (N=285)						
	M	SD	Schiefe	Kurtosis	$r_{it}$	Schwierigkeit	$\lambda$
Item 1	3,44	1,14	-0,36	-0,65	0,67	82	0,68
Item 2	2,85	1,34	0,18	-1,13	0,88	62	0,92
Item 3	2,90	1,20	0,21	-0,81	0,83	62	0,86
Item 4	2,92	1,20	0,01	-0,84	0,88	64	0,91
Item 5	2,98	1,30	-0,03	-1,09	0,89	66	0,94

Anmerkungen: M= Mittelwert, SD= Standardabweichung,  $r_{it}$ =Trennschärfe,  $\alpha$ =Ladung (EFA),  $\lambda$ =Ladung (CFA), ()=entferntes Item

relation zwischen Teilnahme an der Wahl und politischem Interesse gefunden werden (siehe Tabelle 4). Insgesamt können diese Ergebnisse als Nachweis einer hohen Konstruktvalidität der Skala gedeutet werden.

Die interne Konsistenz der fünf Items ist mit  $\alpha=0,88$  hoch, die Messung kann auf dieser Grundlage als reliabel bezeichnet werden (Schermelleh-Engel & Werner, 2007).

**Tabelle 4:**  
Bivariate Korrelationen der deutschen und englischen Skala

<b>Studie 1 (N=450)</b>	<b>PIKS</b>	<b>Einzelitem</b>
Interesse Bundestagswahl	0,60**	0,55**
Interesse Bundestagswahlkampf	0,53**	0,50**
Internal political efficacy	0,58**	0,52**
External political efficacy	0,10*	0,10*
Wahlbeteiligung: Recall (punkt-biseriale Korrelation)	0,09	0,06
<i>Kommunikationshäufigkeit</i>		
Partner	0,34**	0,30**
Freunde	0,44**	0,35**
Verwandte	0,26*	0,17**
<i>Mediennutzung</i>		
Tagesschau	0,44**	0,35**
Heute	0,41**	0,37**
RTL-aktuell	0,02	0,05
Frankfurter Allgemeine Zeitung	0,23**	0,16**
BILD	0,06	0,04
<b>Studie 3 (N=285)</b>	<b>PIKS</b>	<b>Einzelitem</b>
Wahlbeteiligung: Recall (punkt-biseriale Korrelation)	0,35**	0,28**

Anmerkungen: \*= $p < 0,05$ , \*\*= $p < 0,01$

### 3.2 Studien 2, 3 und 4: Konfirmatorische Analysen und Kulturvergleich

*Methode und Stichprobe.* Zur weiteren Analyse der faktoriellen Validität und Überprüfung der Äquivalenz der deutschen und englischen Version der Skala zum politischen Interesse wurden insgesamt drei weitere Studien durchgeführt: eine weitere Paper-und-Pencil-Befragung mit einer nach Alter, Geschlecht, Bildung und Parteidentifikation quotierten deutschen Stichprobe im Jahr 2009 (Studie 2,  $N=176$ ) und eine Online-Erhebung mit einer studentischen Stichprobe an der University of Florida in Gainesville, Florida, USA, im Jahr 2010 (Studie 3,  $N=285$ ). Des Weiteren wurde im Jahr 2010 eine mit Studie 2 vergleichbare Online-Erhebung (Studie 4,  $N=142$ ) an einer deutschen überwiegend studentischen Stichprobe durchgeführt, um äquivalente Bedingungen für den Kulturvergleich zu schaffen (van de Vijver & Leung, 1997), (Stichprobencharakteristika in Tabelle 2).

*Ergebnisse.* Zur Überprüfung der faktoriellen Validität der deutschen und englischen Skala wurden konfirmatorische Faktorenanalysen mit der Maximum-Likelihood-Schätzmethode durchgeführt. In der deutschen quotierten Stichprobe der *Studie 2* bestätigen der Chi<sup>2</sup>-Test, Modellfit-Indizes und die Ladungen der fünf Items die angenommene einfaktorielle Struktur von PIKS. Der Chi<sup>2</sup>-Test wurde mit  $p=.146$  nicht signifikant, was ebenso wie die guten Modellfit-Indizes (Chi<sup>2</sup>/df = 1,63; CFI=0,994; RMSEA=0,060; GFI=0,98), für einen guten globalen Modellfit spricht (Bühner, 2011; Hu & Bentler, 1999). Auch die standardisierten Ladungen der fünf Items auf dem Faktor politisches Interesse lagen bei  $\lambda=0,88$  (Item 4),  $\lambda=0,88$  (Item 5),  $\lambda=0,88$  (Item 2),  $\lambda=0,75$  (Item 3) und  $\lambda=0,65$  (Item 1). Die Ladungen waren signifikant auf einem  $\alpha$ -Niveau von 1%, was für einen guten lokalen Modellfit spricht (Bühner, 2011). Die konfirmatorischen Analysen belegen auf Grund dieser Modellfit-Kennzahlen die Eindimensionalität von PIKS in der deutschen Version.

Trotz der studentischen Stichprobe waren die Maße der zentralen Tendenz und Dispersion in *Studie 3* akzeptabel. Das hohe Bildungsniveau der englischen Stichprobe führte jedoch zu einer rechtssteilen Verteilung und hohen Schwierigkeitsindizes, ebenso in der politisch interessierten deutschen quotierten Stichprobe (siehe Tabelle 2). Der positive Zusammenhang zwischen Bildung und politischem Interesse ist empirisch belegt (Hadjar & Becker, 2006). Daher waren die hier beobachteten Deckeneffekte wenig überraschend.

Die konfirmatorische Faktorenanalyse der englischen Fünf-Item-Skala zeigte heterogene Modellfit-Indizes: Zwar fiel der Chi<sup>2</sup>/df-Quotient mit 5,1 deutlich zu hoch aus, und auch das Gütekriterium RMSEA=0,13 spricht für eine Ablehnung des Modells, aber weitere Fit-Indizes liegen innerhalb der Grenzen für einen guten bzw. akzeptablen Modellfit (CFI=0,98; GFI=0,96), so dass dennoch von einer einfaktoriellen Skala ausgegangen werden kann. Auch die Ladungen der fünf englischen Items betragen zwischen  $\lambda=0,94$  (Item 5) und  $\lambda=0,68$  (Item 1) und wurden signifikant auf dem 1%-Niveau. Dies spricht für einen guten lokalen Modellfit (Bühner, 2011). Zusammenfassend sind die Ergebnisse der konfirmatorischen Analyse damit zwar nicht so ausgezeichnet wie in der deutschen Stichprobe, jedoch immer noch zufriedenstellend. Dies könnte auf die eher schiefe Verteilung in der studentischen Stichprobe zurückzuführen sein. Studien an repräsentativen Stichproben sind für die englische Skala daher notwendig, um die Analysen bestätigen zu können.

Anschließend wurden die englische und die deutsche Skala auf Äquivalenz getestet. Trotz größter Sorgfalt bei der Erstellung äquivalenter Skalen für verschiedene Kulturen müssen die Items auf Itembias überprüft werden. Dazu schlagen van de Vijver und Leung (1997) ein auf Varianzanalysen basierendes Verfahren vor: Dabei wird der Skalenwert als unabhängige Variable neben der Kultur in die Varianzanalyse eingebracht, die abhängige Variable ist der jeweilige Itemwert. Prinzipiell sollten Personen, unabhängig davon, aus welcher Kultur sie kommen, bei gleicher Ausprägung des latenten Konstrukts den gleichen Wert auf einem Item bekommen; Unterschiede der Itemwerte bei gleichem Skalenwert weisen auf Itembias hin.

**Tabelle 5:**  
Ergebnisse der Varianzanalyse: Studie 3 und 4

	(N=382)	p-Wert
Item 1	Kultur	0,058
	Level	0,000*
	Kultur*Level	0,427
Item 2	Kultur	0,000*
	Level	0,000*
	Kultur*Level	0,875
Item 3	Kultur	0,400
	Level	0,000*
	Kultur*Level	0,436
Item 4	Kultur	0,719
	Level	0,000*
	Kultur*Level	0,460
Item 5	Kultur	0,599
	Level	0,000*
	Kultur*Level	0,213

Anmerkungen: \*= $p < 0,05$

Die Skala wurde auf Itembias anhand der *Studien 3 und 4* überprüft. In die Analyse wurden 382 Personen einbezogen, die auf Grund der Skalenwerte in zehn ungefähr gleichgroße Gruppen eingeteilt wurden. Bei vier der fünf Items wird der Kultur-Haupteffekt sowie der Kultur-Level-Interaktionseffekt nicht signifikant. Das weist darauf hin, dass die Items ohne uniformen und non-uniformen Bias messen. Bei Item 2 wird der Kultur-Haupteffekt signifikant, was ein Zeichen für uniformen Bias ist: Die relative Itemschwierigkeit dieses Items ist für die US-amerikanische Stichprobe höher als für die deutsche. Vor dem Einsatz in kulturvergleichenden Studien sollte dieses Item erneut auf Itembias geprüft werden, die restlichen Items eignen sich nach unseren Analysen zur kulturvergleichenden Forschung mit englischsprachigen und deutschsprachigen Stichproben.

### 3.3 Studie 5: Retest-Korrelation

In der fünften und letzten Studie wurde die Retest-Korrelation berechnet, um die Stabilität des Instruments zu überprüfen. Dazu wurden die Skalenwerte zu zwei Messzeitpunkten korreliert. Der deutsche Fragebogen wurde als Online-Fragebogen mit  $N=274$  Versuchspersonen eingesetzt. Die Stichprobe war – wie bei vielen Online-



Untersuchungen – relativ jung und gut gebildet (siehe Tabelle 2). Das Test-Retest-Intervall betrug durchschnittlich 31 Tage ( $SD=6.8$ ) und war damit lang genug, um Erinnerungseffekte zu minimieren. Die Retest-Korrelation war mit  $r=0,88$  ( $p<0,001$ ) sehr hoch. Dies deutet auf eine hohe Stabilität hin<sup>3</sup>. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit der Skala betrug  $M=32$  Sekunden (Minimum=10 sek; Maximum=4 min), damit ist das Instrument sehr ökonomisch.

#### 4. Diskussion

Ziel der Entwicklung der vorliegenden Kurzska zum politischen Interesse (PIKS) war es, eine reliable, inhaltvalide Messung des Konstrukts politisches Interesse zu erreichen. Ein weiteres Ziel lag in einer hohen Testökonomie sowie der Möglichkeit zur Vergleichbarkeit zu früheren Umfragen. Diese Ziele konnten verwirklicht werden.

Zudem wurde die Skala mit dem Interessenkonzept der Psychologie verknüpft. Die Items können inhaltlich fünf Facetten des Interessensbegriffs zugeordnet werden. Diese fünf Facetten dienten als Grundlage der Skalenentwicklung und wurden aufgrund der Kürze der Skala nicht innerhalb der konfirmatorischen Analysen modelliert. Für Studien, bei denen politisches Interesse nicht nur als „Kontrollvariable“ eingesetzt wird, sondern im Kern des Forschungsinteresses steht, ist die Entwicklung einer vollständigen Skala zur Erfassung verschiedener Dimensionen des politischen Interesses in Planung. Dazu wäre allerdings eine breitere Befragung mit einem erheblich größeren Itempool notwendig<sup>4</sup>.

Zur Überprüfung der konvergenten Validität wurden bivariate Korrelationen zwischen der Skala und mehreren Konstrukten der Wahlforschung und Mediennutzung berechnet. Politisch Interessierte zeigten dabei z.B. das erwartete Mediennutzungsverhalten. Zusammen mit den theoriekonformen Korrelationen zu anderen Konstrukten der politischen Wahl- und Einstellungsforschung spricht dies für eine hohe Konstruktvalidität. Die interne Konsistenzmethode und die Retest-Methode zeigen sehr hohe Reliabilitätsschätzungen und eine hohe Stabilität.

Bei einer Skalenentwicklung müssen inhaltliche Validität, interne Konsistenz und Ökonomie gegeneinander abgewogen werden. Die Skala ist intern hoch konsistent und mit einer Bearbeitungszeit von unter einer Minute sehr ökonomisch. Sie stellt im Vergleich zum traditionellen Item aber auch eine Verbesserung der Inhaltsvalidität dar. Die Items sind keine einfache Wiederholung der ursprünglichen Frage nach politischem Interesse, sondern bilden verschiedene Aspekte des Konstrukts ab. Eine

---

<sup>3</sup> Unter der Voraussetzung konstanter wahrer Werte und konstanter Fehlervarianzen kann über dieses Verfahren die Reliabilität einer Skala geschätzt werden (Schermelleh-Engel & Werner, 2007), allerdings ist eine gleichzeitige Schätzung von Reliabilität und Stabilität des Konstrukts hier noch nicht möglich, dazu sind Analysen innerhalb der Latent-State-Trait-Ansatzes notwendig.

<sup>4</sup> Z.B. 18 Items bei drei Interessensdimensionen (Schiefele, Krapp, Wild et al., 1993).

inhaltlich noch breitere Messung (z.B. verschiedene Politikfelder oder -ebenen) würde eine Verringerung der internen Konsistenz und eine Verlängerung der Skala zur Folge haben (siehe zu dieser Problematik auch McCrae, Kurtz, Yamagata et al., 2011).

Es ist zu erwarten, dass die Überlegenheit der Skala vor allem bei der Verwendung in Längsschnittuntersuchungen und von multivariaten Verfahren deutlich zu Tage tritt. Zum einen werden bestimmte Verfahren wie die Modellierung von politischem Interesse als latente Variable in Strukturgleichungsmodellen erst durch den Einsatz einer Skala überhaupt möglich, zum anderen steigen Teststärke und Varianzaufklärung durch die Erhöhung der Reliabilität (Gollwitzer & Jäger, 2007).

Die deutsche und englische Version der Skala wurde auf Itembias überprüft. Vier Items messen ohne Bias, doch wurde bei einem der Items unformer Itembias festgestellt. Die Gründe für dieses Ergebnis können vielfältig sein. Es muss überprüft werden, ob diese Verzerrung auch in anderen, nicht-studentischen Stichproben stabil bleibt. Falls dies der Fall ist, muss eine Umformulierung des Items in der englischen Version in Betracht gezogen werden. Soll die Skala bis dahin in kulturvergleichenden Studien eingesetzt werden, sollte dieses Item zunächst erneut auf Itembias geprüft werden.

Weiterhin muss die Skala sich in Studien mit repräsentativen Stichproben bewähren. Nachfolgende Untersuchungen sollten zudem zeigen, ob die entwickelte Skala bisher nicht betrachtete Probleme bei der Messung von politischem Interesse beheben kann. Wie viele Konstrukte der Wahlforschung ist auch politisches Interesse von Verzerrung im Antwortverhalten durch soziale Erwünschtheit stark betroffen (Holbrook & Krosnick, 2010). Es ist zu erwarten, dass eine Skala wie PIKS, die auch Verhaltens- und Erlebensaspekte von politischem Interesse einschließt, nicht in solchem Maße durch soziale Erwünschtheit verfälscht wird.

Zusätzliche Analysen innerhalb der Latent-State-Trait-Theorie sollten zeigen, wie intraindividuelle Stabilität und Reliabilität von politischem Interesse ausgeprägt sind. Diese und weitere Studien sollten helfen, die methodischen Schwächen der bisherigen Operationalisierung von politischem Interesse zu überwinden. Durch die Verbesserung der Psychometrik ergeben sich auch für die inhaltliche Forschung zu politischer Partizipation neue Untersuchungs- und Analysemöglichkeiten.

## Literatur

- Allen, S. & Hubbard, R. (1986). Regression equations for the latent roots of random data correlation matrices with unities on the diagonal. *Multivariate Behavioral Res*, 21, 393-396.
- Bennett, L. L. & Bennett, S. E. (1989). Enduring gender differences in political interest: The impact of socialization and political dispositions. *American Politics Research*, 17, 105-122.
- Berlyne, D. E. (1974). *Konflikt, Erregung, Neugier: Zur Psychologie der kognitiven Motivation*. Stuttgart: Klett.

- Brady, H. E. (1999). Political participation. In J. P. Robinson, P. R. Shaver & L. S. Wrightsman (Eds.), *Measures of social psychological attitudes* (pp. 737-800). San Diego: Academic Press.
- Brislin, R. (1986). The wording and translation of research instruments. In W. Lonner & J. Berry (Eds.), *Field methods in cross cultural research* (pp. 137-164). Beverly Hills: Sage.
- Bühner, M. (2011). *Einführung in die Test- und Fragebogenkonstruktion*. München: Pearson Studium.
- Cattell, R. B. (1966). The scree test for the number of factors. *Multivariate Behavioral Research*, 1, 245-276.
- Dalton, R. J. (1996). *Citizen politics*. Chatham: Chatham House.
- DeBell, M., Krosnick, J. A., Lupia, A. & Roberts, C. (2009). *User's Guide to the advance release of the 2008-2009 ANES panel study* (Stanford University and the University of Michigan, Hrsg.). Palo Alto, CA and Ann Arbor, MI
- Faas, T., Arzheimer, K. & Roßteutscher, S. (2010). Information - Wahrnehmung - Emotion. In T. Faas, K. Arzheimer & S. Roßteutscher (Hrsg.), *Information - Wahrnehmung - Emotion. Politische Psychologie in der Wahl- und Einstellungsforschung*. (S. 7-12). Wiesbaden: VS Verlag.
- Fisseni, H.-J. (1997). *Lehrbuch der psychologischen Diagnostik: Mit Hinweisen zur Intervention*. Göttingen: Hogrefe.
- Gabriel, O. W. & van Deth, J. W. (1995). Political interest. In J. W. van Deth & E. Scarbrough (Eds.), *The impact of values* (pp. 390-411). Oxford: Oxford University Press.
- Gollwitzer, M. & Jäger, R. S. (2007). *Evaluation* (1. Aufl.). Weinheim: Beltz.
- Hadjar, A. & Becker, R. (2006). Bildungsexpansion und Wandel des politischen Interesses in Westdeutschland zwischen 1980 und 2002. *Politische Vierteljahresschrift*, 47, 12-34.
- Holbrook, A. L. & Krosnick, J. A. (2010). Social desirability bias in voter turnout reports: Tests using the item count technique. *Public Opinion Quarterly*, 74, 37-67.
- Horn, J. L. (1965). A rational and test for the number of factors in factor analyses. *Psychometrika*, 30, 179-185.
- Hu, L.-T. & Bentler, P. (1999). Cutoff criteria for fit indexes in covariance structure analysis: Conventional criteria versus new alternatives. *Structural Equation Modeling: A Multidisciplinary Journal*, 6, 1-55.
- Kaid, L. L., McKinney, M. S. & Tedesco, J. C. (2007). Introduction: Political information efficacy and young voters. *American Behavioral Scientist*, 50, 1093-1111.
- Krapp, A. (2001). Interesse. In D. H. Rost (Hrsg.), *Handwörterbuch Pädagogische Psychologie*. 2., überarb. Aufl. (S. 286-294). Weinheim: Beltz.
- Krapp, A. & Prenzel, M. (Hrsg.). (1992). *Interesse, Lernen, Leistung. Neuere Ansätze einer pädagogisch-psychologischen Interessensforschung*. München: Aschendorff.
- Kroh, M. (2006). Das politische Interesse Jugendlicher: Stabilität oder Wandel? In E. Roller, F. Brettschneider & J. W. van Deth (Hrsg.), *Jugend und Politik: „Voll normal!“* (S. 185-208). Wiesbaden: VS Verlag.

- Krüger, U. M. (2011). InfoMonitor 2010: Fernsehnachrichten bei ARD, ZDF, RTL und Sat.1. *MediaPerpektiven* (2), 91-114.
- Maier, J. (2000). Politisches Interesse und politisches Wissen in Ost- und Westdeutschland. In J. Falter, O. Gabriel & H. Rattinger (Hrsg.), *Wirklich ein Volk?: die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich* (S. 141-208). Opladen: Leske + Budrich.
- Martín, I. & van Deth, J. W. (2007). Political involvement. In J. W. van Deth, J. R. Montero & A. Westholm (Eds.), *Citizenship and involvement in European democracies. A comparative analysis* (pp. 303-333). London; New York: Routledge.
- McCrae, R. R., Kurtz, J. E., Yamagata, S. & Terracciano, A. (2011). Internal consistency, retest reliability, and their implications for personality scale validity. *Personality and Social Psychology Review*, 15, 28-50.
- Moosbrugger, H. (2007). Klassische Testtheorie (KTT). In H. Moosbrugger & A. Kelava (Hrsg.), *Testtheorie und Fragebogenkonstruktion* (S. 100-112). Heidelberg: Springer.
- Schermelleh-Engel, K. & Werner, C. (2007). Methoden der Reliabilitätsbestimmung. In H. Moosbrugger & A. Kelava (Hrsg.), *Testtheorie und Fragebogenkonstruktion* (S. 114-133). Heidelberg: Springer.
- Schiefele, U. & Wild, K.-P. (Hrsg.). (2000). *Interesse und Lernmotivation: Untersuchungen zu Entwicklung, Förderung und Wirkung*. Münster: Waxmann.
- Schiefele, U., Krapp, A., Wild, K.-P. & Winteler, A. (1993). Der „Fragebogen zum Studieninteresse“ (FSI). *Diagnostica*, 39, 335-351.
- Todt, E. (1978). *Das Interesse: Empirische Untersuchungen zu einem Motivationskonzept*. Bern: H. Huber.
- Todt, E. (1990). Entwicklung des Interesses. In H. Hetzer & R. Arbingler (Hrsg.), *Angewandte Entwicklungspsychologie des Kindes- und Jugendalters*. 2., überarb. Auflage (S. 213-264). Heidelberg: Quelle & Meyer.
- van Deth, J. W. (1990). Interest in politics. In M. K. Jennings & J. W. van Deth (Eds.), *Continuities in political action. A longitudinal study of political orientations in three western democracies* (pp. 275-312). Berlin, New York: De Gruyter.
- van Deth, J. W. & Elff, M. (2004). Politicisation, economic development and political interest in Europe. *European Journal of political research*, 43, 477-508.
- van Deth, J. W. & Elff, M. (2001). *Politicisation and political interest in Europe; A multi-level approach* (Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung, Hrsg.) (MZES Working Paper Nr. 36). Mannheim
- van Deth, J. W. & Elff, M. (2000). *Political involvement and apathy in Europe, 1973-1998* (Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung, Hrsg.) (MZES Working Paper Nr. 33). Mannheim
- Vetter, A. (1998). *Political efficacy - Reliabilität und Validität: Alte und neue Messmodelle im Vergleich*. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- van de Vijver, F. & Leung, K. (1997). *Methods and data analysis for cross-cultural research*. Sage Publications.

Zaller, J. R. (2005). *The nature and origins of mass opinion*. Cambridge: Cambridge University Press.



**Dipl.-Psych. Lukas Otto**

*Institut für Kommunikationspsychologie,  
Medienpädagogik und Sprechwissenschaft (IKMS)  
Universität Koblenz-Landau  
Fortstr. 7  
D-76829 Landau  
otto@uni-landau.de*

*Dipl.-Psych. Lukas Otto, geboren 1985. Studium der Psychologie an der Universität Koblenz-Landau. Seit 2011 Stipendiat und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsschwerpunkt „Kommunikation, Medien und Politik“ an der Institutsabteilung Kommunikationspsychologie und Medienpädagogik der Universität Koblenz-Landau. Aktuelle Forschungsinteressen: Medienwirkungsforschung von TV-Duellen, Wahrnehmung von Spitzenpolitikern und Personalisierung in der Politik.*



**Dipl.-Psych. Patrick Bacherle**

*Institut für Kommunikationspsychologie,  
Medienpädagogik und Sprechwissenschaft (IKMS)  
Universität Koblenz-Landau  
Fortstr. 7  
D-76829 Landau*

*Dipl.-Psych. Patrick Bacherle, geboren 1980. Studium der Psychologie an der Universität Koblenz-Landau. Seit 2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Institutsabteilung Kommunikationspsychologie und Medienpädagogik der Universität Koblenz-Landau. Mitarbeit an verschiedenen medienpsychologischen Forschungsprojekten der Universität Koblenz-Landau und der Mid Sweden University, Sundsvall, Schweden, mit den Schwerpunkten „Politische Kommunikation“ und „Interne Unternehmenskommunikation“, u.a. bei der GLES 2009. Weitere Arbeitsgebiete: empirische Forschungsmethoden, Medienrezeptions- und Medienwirkungsforschung, narrative Medieninhalte.*

# Politische Partizipation und soziales Engagement unter jungen Deutschen, Türken und Spätaussiedlern: Befunde aus einer qualitativen Untersuchung mit Fokusgruppen

*Philipp Jugert<sup>1</sup>, Alison Benbow<sup>2</sup>,  
Peter Noack<sup>3</sup> & Katharina Eckstein<sup>3</sup>*

*<sup>1</sup>Universität Leipzig; <sup>2</sup>Fernuniversität Hagen; <sup>3</sup>Friedrich-Schiller-Universität Jena*

## **Zusammenfassung**

Viele Befunde sprechen dafür, dass konventionelle Formen politischer Partizipation unter jungen Menschen abnehmen und politische Apathie und Entfremdung zunehmen. Ziel dieser Studie war, mittels Fokusgruppen-Interviews, die Wahrnehmungen und Praktiken zu erörtern, die Partizipation fördern oder hindern. Dazu wurden insgesamt 103 junge Menschen (Deutsche, Türken und Spätaussiedler) aus zwei Altersgruppen befragt. Die Ergebnisse zeigen, dass das Ausmaß sowohl konventioneller als auch unkonventioneller Formen von Partizipation bei den Teilnehmern tatsächlich gering ausgeprägt war. Allerdings gab es bedeutende Unterschiede abhängig von Alter und Migrationshintergrund der Befragten bezüglich ihres Verständnisses von Bürgerrechten, der Themen, die für sie relevant waren und der wahrgenommenen Partizipations-Hindernisse.

Schlagworte: Politische Partizipation, soziales Engagement, Jugendliche, junge Erwachsene, Fokusgruppen

## **Political participation and civic engagement among native German, ethnic German Diaspora, and Turkish migrant youth: Findings from a qualitative study using focus groups**

### **Abstract**

A lot of research shows that conventional forms of political participation among young people are declining and that political apathy and alienation is increasing. Current theories about polit-

ical participation take into account historical, institutional, political and demographic factors on the macro level as well as psychological and social factors (e.g., self-efficacy, trust). However, the (social) psychological processes that mediate the influence of these factors on young people's motivations, attitudes, and behavior are not well understood. The goal of this study was to shed light on young people's understanding of citizenship, environmental and human rights by using qualitative focus groups and in-depth interviews. We interviewed 103 young people (Native German, ethnic German Diaspora, and Turkish migrants) from two age groups (16-18 and 20-26). The results show that the extent of conventional as well as new forms (e.g., social networks) of participation was low. But there were important differences across age and ethnic groups regarding participants' understanding of citizenship, the topics that were relevant for them and the barriers for participation they perceived.

Key words: Political participation, civic engagement, adolescents, young adults, focus groups

## 1. Einleitung

Was motiviert junge Menschen dazu, sich politisch oder sozial zu beteiligen? Dieser Frage sind wir im Rahmen einer qualitativen Fokusgruppenerhebung nachgegangen<sup>1</sup>. Viele Befunde sprechen dafür, dass konventionelle Formen politischer Partizipation unter jungen Menschen abnehmen (Torney-Purta, Lehmann, Oswald & Schulz, 2001) und politische Apathie und Entfremdung zunehmen (Shell, 2006). Zudem wirken sich Unterschiede im Bildungsniveau und im sozialen Status auf das Partizipationsverhalten von jungen Menschen aus. So ist das Engagement von Gymnasiasten und Jugendlichen ohne Migrationshintergrund stärker ausgeprägt als bei Schülern anderer Schultypen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund (Bertelsmann-Stiftung, 2008). Darüber hinaus wird postuliert, dass wir momentan einen Wandel von traditionellen Formen der Partizipation zu bürgerschaftlichem und sozialem Engagement und neuen Formen der Online-Partizipation erleben (Zukin, Keeter, Andolina, Jenkins & Delli Carpini, 2006). Diese Befunde stützen sich größtenteils auf große quantitative Surveys. Wie aber stellt sich die Situation den Jugendlichen selbst und in ihren Worten dar? Wir wollten wissen, wie junge Menschen ihre Partizipationsmöglichkeiten wahrnehmen und dadurch die Prozesse beleuchten, durch die junge Menschen ihr politisches Bewusstsein aufbauen. In diesem Beitrag setzen wir uns im ersten Kapitel mit den Begriffen Partizipation und Engagement auseinander und beleuchten dann kurz den aktuellen Stand zur Ursachenforschung

---

<sup>1</sup> Die empirische Untersuchung, auf der dieser Artikel basiert, wurde durch eine Forschungsförderung des 7. Rahmenprogramms der Europäischen Kommission, FP7-SSH-2007-1, Grant Agreement no: 225282, Processes Influencing Democratic Ownership and Participation (PIDOP) an die Universitäten von Surrey (England), Liège (Belgien), Masaryk (Tschechien), Jena (Deutschland), Bologna (Italien), Porto (Portugal), Örebro (Schweden), Ankara (Türkei) und Queen's (Nordirland) ermöglicht. Siehe auch: <http://www.fahs.surrey.ac.uk/pidop>.

von Partizipation und Engagement. Nach Vorstellung der Untersuchungsziele wird in Kapitel 2 die methodische Herangehensweise und Analysestrategie vorgestellt. In Kapitel 3 werden die Ergebnisse beschrieben und in Kapitel 4 werden die Ergebnisse vor dem Hintergrund bestehender Theorien diskutiert und theoretisch eingeordnet. Das Kapitel schließt mit einer Beschreibung der Grenzen der Studie und einem Ausblick für zukünftige Forschung ab.

## 2. Theorie

Unter *politischer Partizipation* verstehen wir Aktivitäten, die das Ziel oder die Wirkung haben, regionale, nationale oder internationale Regierungen entweder direkt durch die Beeinflussung der Erstellung oder Durchsetzung politischer Vorhaben oder indirekt durch die Wahl von Personen, die diese Politik machen, zu beeinflussen (vgl. Verba, Schlozman & Brady, 1995). Diese Aktivitäten lassen sich in konventionelle (Wählen, für ein politisches Amt kandidieren, einer Partei beitreten) und unkonventionelle Formen (demonstrieren, streiken) untergliedern (vgl. Amna, 2010). Im Gegensatz dazu bezieht sich der Begriff *soziale Partizipation* (manchmal auch bürgerschaftliches Engagement genannt) auf freiwillige Aktivitäten, die darauf abzielen, entweder alleine oder in Kooperation, anderen zu helfen oder dem Gemeinwohl zu dienen, um einen Wandel herbeizuführen (vgl. Zukin et al., 2006). Von Partizipation abzugrenzen ist *Engagement*, dass wir wie folgt definieren: ein Interesse an, Aufmerksamkeit auf, Wissen oder Meinungen über entweder politische oder soziale Themen. In dieser Untersuchung sollten sowohl Engagement als auch Partizipation in der politischen und sozialen Sphäre erforscht werden.

Die Frage nach den Ursachen politischer und sozialer Partizipation von Jugendlichen ist nicht zuletzt deshalb relevant, weil gut belegt erscheint, dass sich vor allem die Personen als Erwachsene engagieren, die dies schon in ihrer Jugend getan haben (Hart, Donnelly, Youniss & Atkins, 2007; Oesterle, Johnson & Mortimer, 2004; Sherrod, Flanagan & Youniss, 2002). Darüber hinaus hat Partizipation vielfältige positive Konsequenzen für den Partizipierenden und die Gesellschaft. Auf individueller Ebene führt Partizipation zu mehr Vertrauen, Toleranz, sozialer Kompetenz, Empowerment, und dem Gefühl, einer Gemeinschaft anzugehören (Morgan & Streb, 2001; Putnam, 2000; Schmidt, Shumow & Kackar, 2007; Stewart & Weinstein, 1997; Sullivan & Transue, 1999; Zimmerman, 1995). Auf gesellschaftlicher Ebene ist Partizipation für eine demokratische Gesellschaft unerlässlich, da Sie zum Aufbau einer Zivilgesellschaft, sozialem Kapital und Wertepluralismus beiträgt (Almond & Verba, 1963; Putnam, 2000).

Eine Reihe von Faktoren auf unterschiedlichen Analyseebenen hat die Ursachenforschung zu politischer Partizipation und sozialem Engagement bereits identifiziert. Zum einen sind dies Makrofaktoren historischer, politischer und institutioneller Natur. Dazu gehören beispielsweise die Art des Wahlsystems, die politische Vergangenheit und das Bruttoinlandsprodukt eines Landes (Kriesi, 2004). Zum anderen sind



es soziodemographische Faktoren auf der individuellen Ebene wie Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund, Bildung und allgemeiner sozioökonomischer Status. Generell zeigt sich, dass wohlhabende, mittelalte, gut gebildete, religiöse und verheiratete Männer eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, sich politisch zu engagieren als andere, wobei alle diese Merkmale für sich wirksam sind (Armingeon, 2007; Verba et al., 1995). Auf der individuellen Ebene spielen aber auch genuin psychologische Faktoren wie Prädispositionen, Einstellungen und Motivation eine Rolle. Hierzu zählen politisches Interesse, Vertrauen in politische Institutionen und Selbstwirksamkeitserwartungen (Dalton, 2004; Rosenstone & Hansen, 2003). Außer Faktoren auf individueller Ebene spielen auch soziale Netzwerke eine Rolle, wie sich am Zusammenhang zwischen Mitgliedschaft in Freiwilligenorganisationen und Partizipation zeigen lässt. Vertreter der Theorie des sozialen Kapitals wie Putnam (2000) nehmen an, dass soziale Netzwerke zu Vertrauen und Reziprozität führen und dadurch Partizipation attraktiver machen. Zu den sozialen Einflüssen gehören außerdem verschiedene Sozialisationsinstanzen. Zu diesen Instanzen gehören Familie (Gniewosz & Noack, 2006), Peergruppe (Kuhn, 2004), Schule (Torney-Purta et al., 2001), Freiwilligenorganisationen (Sherrod et al., 2002), Medien (Zukin et al., 2006) und politische Institutionen (Green & Gerber, 2004).

Auch wenn einiges über die einzelnen Faktoren bekannt ist, die sich förderlich auf Partizipation und Engagement auswirken, so sind die Prozesse, über die diese Faktoren miteinander verbunden sind, wenig erforscht. Dies liegt auch daran, dass die überwiegende Mehrheit der bisherigen Studien zu diesem Thema quantitative Survey-Methoden verwendet hat (vgl. Torney-Purta, Amadeo & Andolina, 2010). Um aktive Beteiligung zu verstehen und zu fördern, ist es notwendig, dass man untersucht, wie Menschen ihre Rolle als Bürger verstehen, wie sie ein Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gemeinschaft entwickeln und wie sie diese Rolle und dieses Zugehörigkeitsgefühl subjektiv erleben. Wenig ist auch über die Ansichten und Aktivitäten von Migrantengruppen bekannt. Wie nehmen Migranten<sup>2</sup> mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft ihre Beteiligungsmöglichkeiten wahr? Über das Ausmaß politischer Partizipation und sozialen Engagements von Migranten ist wenig bekannt, obwohl Partizipation allgemein als wichtiger Indikator für die Integration von Migranten innerhalb der Aufnahmegesellschaft gesehen wird (Glatzer, 2004; Haug, 2007). Diskussionen über „Parallelgesellschaften“ von Migranten in Deutschland werden leider allzu oft ohne fundierte empirische Belege und ohne Einbezug der Perspektive von Migranten geführt. Wir wollten von den Teilnehmern selbst wissen, welchen Einfluss Migrationshintergrund und Staatsbürgerschaft auf ihre Bereitschaft zur Partizipation hat.

---

<sup>2</sup> Aufgrund von Zeichenbeschränkungen wurde auf eine konsistente geschlechtsneutrale Formulierungsweise verzichtet. Es sind aber, falls nicht ausdrücklich anders beschrieben, immer beide Geschlechter gemeint.

## Untersuchungsziele

In der vorliegenden Studie sollten daher die Prozesse beleuchtet werden, die junge Menschen dazu motiviert oder daran hindert, sich politisch oder sozial zu engagieren. Dabei wurde ein qualitativer Ansatz gewählt, um zu explorieren, wie diese Gruppe über Partizipation denkt und gegebenenfalls Gründe für ihre oft behauptete „Politikverdrossenheit“ zu erörtern. Frühere Forschung hat die Rolle von verschiedenen Sozialisationsinstanzen für die Förderung von Engagement und Partizipation aufgezeigt. Daher sollten die Lebenskontexte Familie, Peers, Schule und Medien und ihr möglicher Einfluss auf das Partizipationsverhalten unserer Teilnehmer berücksichtigt werden. Als Zielgruppen für dieses Vorhaben wurden einerseits junge Menschen und andererseits Migranten gewählt, da bei beiden Gruppen die Gefahr einer politischen Entfremdung besteht (Glatzer, 2004; Shell, 2006). Genauer haben wir uns auf Personen mit deutschem, türkischem und Spätaussiedler-Hintergrund aus West- und Ostdeutschland konzentriert. Diese Differenzierung erschien interessant, da die politische Sozialisation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus historischen Gründen in Ostdeutschland möglicherweise von der ihrer westdeutschen Altersgenossen abweicht (vgl. Silbereisen & von Eye, 1999). Bei den zwei Migrantengruppen handelt es sich um die zwei größten Deutschlands (Statistisches Bundesamt, 2009). Während beide Gruppen unter Diskriminierung leiden und schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben als ihre deutschen Altersgenossen (Bundesagentur für Arbeit, 2007; Bundesministerium des Inneren, 2009; Skrobanek, 2007), ergeben sich für die vorliegende Studie interessante Unterschiede dadurch, dass Spätaussiedler im Gegensatz zu türkischen Mitbürgern nicht ohne weiteres als Migranten erkennbar sind und in der überwiegenden Mehrzahl die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Es wurden sowohl 16- bis 18-Jährige als auch 20- bis 26-Jährige befragt, um einen Vergleich zwischen Personen mit und ohne Wahlberechtigung zu ermöglichen. Als qualitative Methode wurden Fokusgruppen (Puchta & Potter, 2004) eingesetzt. Eine Fokusgruppe ist ein moderiertes halbstrukturiertes Gruppengespräch. In den Fokusgruppen sollten mit den Teilnehmern die Wahrnehmungen und Praktiken erörtert werden, die für Partizipation förderlich oder hinderlich sind. Wir wollten wissen, welches Verständnis von Bürger-/Staats-/Umwelt- und Menschenrechten die Teilnehmer haben, mit wem sie über diese Themen reden und wo sie ihre Informationen herbekommen, wie sie diese Informationen bewerten, was andere von ihnen erwarten und welche Möglichkeiten bzw. Hindernisse sie wahrnehmen.

## 3. Methode

### 3.1 Stichprobe, Ablauf und Interviewinhalt

Unsere Stichprobe bestand aus 103 Jugendlichen und jungen Erwachsenen (65% männlich), darunter 29 Westdeutsche, 28 Ostdeutsche, 28 Menschen mit türkischem Migrationshintergrund und 18 Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion. Die

Teilnehmer waren 16 bis 29 Jahre alt ( $M = 19.57$ ,  $SD = 3.16$ ). Wir haben die Studienteilnehmer überwiegend über Berufsschulen und Migrantenvereine rekrutiert. Da unter den türkischen Berufsschülern nur wenige weibliche Teilnehmer waren, wurde eine Fokusgruppe mit türkischen Studentinnen durchgeführt. Insgesamt wurden 17 Fokusgruppen mit jeweils 4 bis 8 Teilnehmern durchgeführt. Die Altersgruppen (16-18 und 20-26) und die ethnisch-nationalen Gruppen (Deutsche, Türken und Spätaussiedler) wurden jeweils getrennt befragt. Die Teilnahme an der Untersuchung war freiwillig. Als Anreiz zur Teilnahme wurden MP3-Player im Wert von 55,- € und Amazon-Gutscheine im Wert von 20,- € verlost. Ausgangspunkt jeder Fokusgruppe war eine so genannte „Ice Breaker“-Aufgabe, bei der den Teilnehmern eine Serie von Fotos gezeigt wurde, auf denen junge Menschen bei der Partizipation an verschiedenen Themen und Situationen gezeigt wurden (konventionell vs. unkonventionelle Formen, Umwelt-, Menschen-, Frauen-, oder Migrantenrechte). Jede/r Teilnehmer sollte ein Bild auswählen und danach wurden sie gebeten über diese Bilder zu diskutieren. Es folgte eine Diskussion, in der folgende Punkte erörtert wurden: Das Verständnis der Teilnehmer von Bürger-, Menschen- und Umweltrechten; woher sie ihre Informationen über politische und soziale Themen beziehen und welche Art von Engagement diese von ihnen erwarten; ihre Wahrnehmung zu der Vertrauenswürdigkeit und der Effektivität verschiedener Formen politischen und sozialen Engagements<sup>3</sup>. Die Fokusgruppen dauerten im Schnitt 30-60 Minuten und wurden auf Video aufgezeichnet.

### 3.2 Analysestrategie

Anschließend wurden die Gespräche transkribiert und anhand eines deduktiven Schemas entsprechend einer thematischen Inhaltsanalyse (vgl. Braun & Clarke, 2006) mit Hilfe der Software ATLAS.ti kodiert und analysiert. Aufgrund theoretischer Überlegungen konzentrierte sich die Analyse auf folgende Kategorien, für die in den Daten nach entsprechenden Referenzen gesucht wurde: a) Verständnis von Staatsbürgerschaft und Menschenrechten, b) Wahrnehmung zu Beteiligungsmöglichkeiten, c) Wahrnehmung der Repräsentierung eigener Interessen, d) Quellen des Einflusses, e) Erfahrungen aus vorausgehender Partizipation, f) Beteiligungshindernisse und g) Vorschläge, wie man die Beteiligung junger Menschen verbessern könnte. Die Analyseeinheit war ein vollständiger, sinnvoller Satz. Das bedeutet, dass, wenn in der Ergebnisdarstellung Informationen über die Relevanz in Form von Anzahl von Nennungen gegeben werden, die Anzahl sinnvoller Sätze für ein bestimmtes Thema gemeint ist. Wir haben sinnvolle Sätze einzelnen Teilnehmeraussagen vorgezogen, da eine Aussage bzw. Teilnehmerantwort Referenzen zu verschiedenen Themen beinhalten kann. Lediglich bei der Analyse von Quellen des Einflusses haben wir die absolute Anzahl der Nennungen spezifischer Quellen verwendet.

---

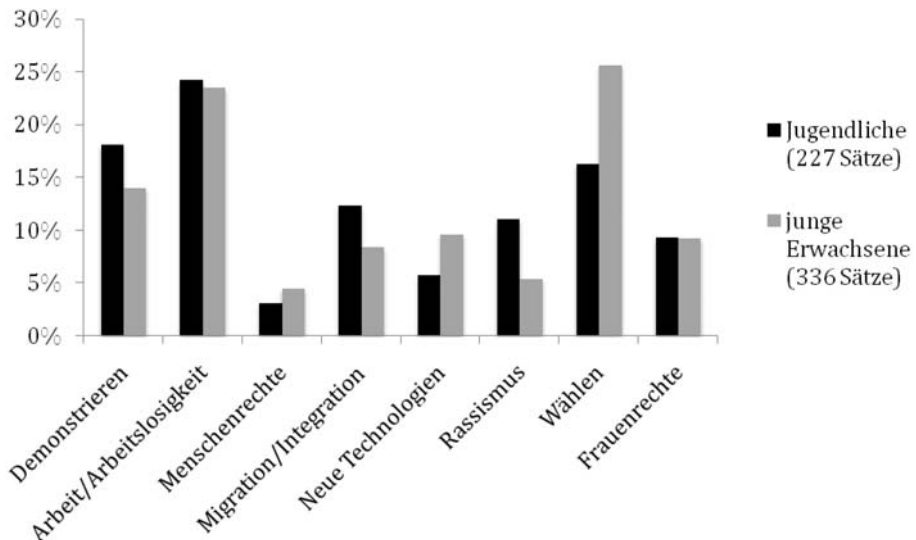
<sup>3</sup> Das Skript ist auf Anfrage von den Autoren erhältlich.

## 4. Ergebnisse<sup>4</sup>

### 4.1 Verständnis von Staatsbürgerschaft und Menschenrechten

Das Verständnis der Teilnehmer von Bürger-, Menschen-, und Umweltrechten unterschied sich deutlich abhängig von der Altersgruppe und der ethnischen Zugehörigkeit. Das kann schon anhand der Häufigkeit, der von den Teilnehmern genannten Themen, illustriert werden. Die Themen Demonstrieren, Migration/Integration und Rassismus wurden von den Jugendlichen häufiger genannt, während die jungen Erwachsenen häufiger auf neue Technologien und Wahlen zu sprechen kamen (siehe Abbildung 1).

Beim Vergleich ethnisch-nationaler Gruppen fällt zunächst auf, dass sich Ost- und Westdeutsche kaum im Verständnis von Bürgerrechten oder dem Level des Engagements und der Partizipation unterschieden. Daher wird im Folgenden auf eine Differenzierung zwischen Ost- und Westdeutschen verzichtet. Das Thema Demonstrationen wurde wesentlich häufiger von Aussiedlern als von den anderen beiden Gruppen



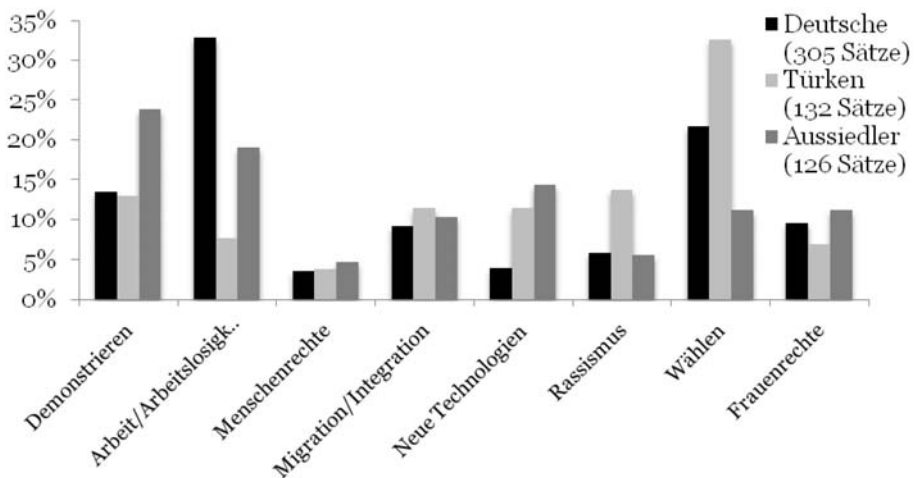
**Abbildung 1:**  
Themenrelevanz nach Altersgruppe (% kodierter Text)

<sup>4</sup> Die hier vorgestellten Ergebnisse decken sich im Wesentlichen mit Befunden aus den bei den Projektpartnern durchgeführten Fokusgruppen. Eine Kurzzusammenfassung der Gesamtbefunde aller Projektpartner findet sich unter: <http://www.fahs.surrey.ac.uk/pidop/documents/Briefings/PIDOP%20Policy%20Briefing%20Paper%20No.%202%202011.pdf>.

genannt (siehe Abbildung 2). Beim Thema Zugang zum Arbeitsmarkt bzw. Arbeitslosigkeit fällt auf, dass dieses Thema vor allem für deutsche Teilnehmer besonders häufig genannt wurde, gefolgt von den Aussiedlern, während es von den Türken nicht besonders häufig erwähnt wurde. Menschenrechte wurde von allen drei Gruppen relativ wenig angeführt. Das Thema Migration/Integration wurde zwar häufiger genannt, allerdings ergaben sich hier keine nennenswerten Gruppenunterschiede. Neue Technologien wurden von Aussiedlern am häufigsten, danach von Türken und am wenigsten von deutschen Teilnehmern aufgezählt. Türkische Teilnehmer berichteten am häufigsten von Rassismus, während sich Deutsche und Spätaussiedler hier nicht unterschieden. Auch das Thema Wahlen und Wahlrecht wurde sehr oft von türkischen und deutschen Personen genannt. Bezüglich der Frauenrechte unterschieden sich die Gruppen nicht in der Häufigkeit der Nennung.

Betrachtet man das Verständnis der Teilnehmer von Staatsbürgerschaft und Menschenrechten im Detail, so fällt auf, dass türkische Teilnehmer vor allem über die Themen doppelte Staatsbürgerschaft, Behandlung von Terrorverdächtigen, Religionsfreiheit, Diskriminierung/Integrationsdruck und Zwangsheirat diskutiert haben. Die umstrittene Frage nach der deutschen Staatsbürgerschaft, die es ermöglicht als aktiver Bürger an Wahlen teilzunehmen, war sehr wichtig und wurde von allen türkischen Gruppen erwähnt.

„Aber ich verstehe den Sinn nicht, was es mir nutzen würde, wenn ich in Deutschland lebe, hier aufgewachsen bin und zum Beispiel nie in der Türkei gewesen bin, aber das Recht habe in der Türkei zu wählen. Ich habe nichts davon, wenn sich in der Türkei etwas verbessert oder verschlechtert.“ (*türkische junge Erwachsene*)



**Abbildung 2:**  
Themenrelevanz nach ethnischer Gruppe (% kodierter Text)

Bei den Aussiedlern wurde offensichtlich, dass viele von ihnen eine konfliktbeladene Identität haben. Einerseits fühlen sie sich als Deutsche und wurden als solche ja auch in Deutschland aufgenommen, andererseits fühlen sich dennoch von der deutschen Gesellschaft nicht vollständig als Deutsche akzeptiert.

„Wenn wir nach Deutschland kommen, sind wir Russen, jeder sagt uns. Fragt keiner, wer sind Großeltern, wo die geboren sind, wie z. B. bei mir, meine Großeltern hier in Deutschland geboren, in Krieg und dann in Kasachstan geblieben. Jetzt sagt jeder zu mir: „Du bist Russe.“ Man muss viel machen, damit die Deutschen akzeptieren und so.“ (*jugendlicher Aussiedler*)

Deutsche (einheimische) Teilnehmer hingegen, diskutierten oft über ihre Erwartungen an die Integration von Migranten in die deutsche Gesellschaft. Häufig wurde dabei der Vorwurf laut, dass Migranten nicht genug tun, um sich in Deutschland zu integrieren, in dem sie beispielsweise Gesetze und Normen (nicht ausreichend) befolgen.

„Vpn 4: Ich find's allgemein schlimm, dass die Kopftücher aufhaben, also da, ist auch, das ist halt die rechte Seite, ich fand das schrecklich, wenn die in Deutschland sind, sollen die halt –

Vpn 5: dass die wenigstens sich hier –

Vpn 2: dass die sich dem anpassen“ (*Gruppe deutscher Jugendlicher*)

Auch wurde verschiedentlich der Standpunkt vertreten, dass es zu wenig Meinungsfreiheit für rechte politische Ansichten in Deutschland gäbe. Ein immer wiederkehrendes Thema war außerdem die Frage, ob es sich lohne, für wenig Geld zu arbeiten oder ob man lieber Hartz IV beziehen sollte.

## 4.2 Wahrnehmung zu Beteiligungsmöglichkeiten und der Repräsentierung eigener Interessen

Die Teilnehmer unterschieden sich stark darin, wie sie die Möglichkeiten von jungen Menschen einschätzen, sich politisch oder sozial zu engagieren. Ältere Teilnehmer sahen grundsätzlich mehr Beteiligungsmöglichkeiten als Jüngere. Dies mag sicherlich mit der Zäsur des 18. Lebensjahres und dem damit verbundenen Wahlrecht (für deutsche Staatsbürger) zusammenhängen. Jüngere Teilnehmer fühlten sich zudem oft von Erwachsenen in ihren Anliegen nicht ernstgenommen und hatten das Gefühl, dass dies ihre Beteiligungsmöglichkeiten einschränken würde. Ein weiterer zentraler Befund war, dass von allen Gruppen Bildung immer wieder als Grundvoraussetzung für Beteiligung genannt wurde.

„Ja, aber ohne, was ich jetzt z. B. gerade gesagt habe, ohne diese Bildung können die sich auch gar nicht in solche politischen Themen einsetzen, das ist die Sache. Das ist so. Wenn ein (Macker) da ist und hat sein Hauptschule oder nicht mal seine Hauptschule gemacht, was weiß ich nicht was, bricht die Schule ab, hat nur Mist im Kopf, dann

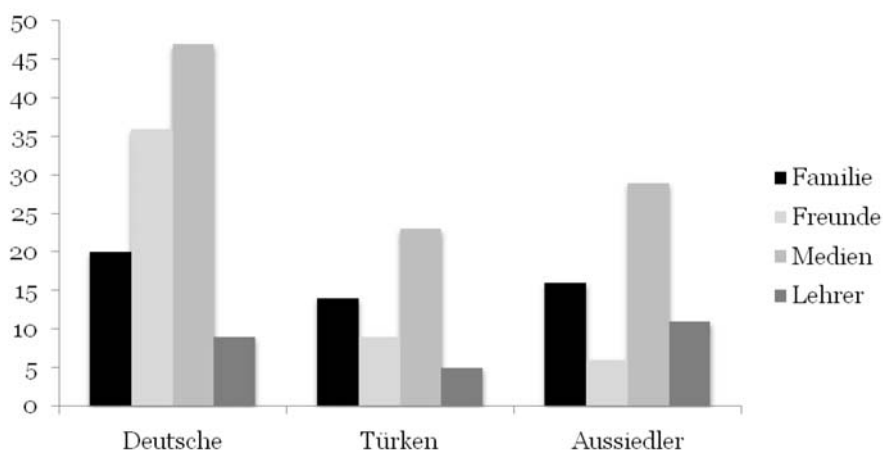
wird der sich auch niemals für politische Sachen interessieren, wird sich niemals für CO<sup>2</sup> interessieren, der würde sich niemals interessieren, Sprachen zu lernen, der würde gar nichts machen, der würde sich auch nicht interessieren, wählen zu gehen. Wie gesagt, Bildung ist auch eins der Sachen, die wichtig sind.“ (*deutscher junger Erwachsener*)

Allgemein war die Meinung vorherrschend, dass Politiker sich nicht um die Interessen von jungen Menschen kümmern. Darüber hinaus wurde moniert, dass Politiker zu wenig Identifikationspotential für junge Menschen und insbesondere Migranten bieten. Außerdem hätten Politiker zu wenig Wissen darüber, was junge Menschen bewegt. Viele Teilnehmer sahen Politiker als korrupte, von Eigeninteressen geleitete Menschen an, von denen sie nicht viel erwarten können. Dieser Grundtenor kann am besten unter politischer Entfremdung zusammengefasst werden.

„Es muss mehr Leute geben, mit denen sich junge Menschen in der Politik identifizieren können und ich persönlich kann mich nicht mit Angela Merkel identifizieren oder mit einem Typen der 60 ist oder so und da steht und etwas faselt, was mich sowieso nicht interessiert.“ (*türkische junge Erwachsene*)

### 4.3 Quellen des Einflusses

Wir hatten die Teilnehmer gefragt, wer sie beim Thema politische Beteiligung und soziales Engagement beeinflusst. Hier ergaben sich keine bedeutsamen Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Die Medien wurden als wichtigste Einflussquelle genannt, gefolgt von Familie und Freunden. Lehrer, hingegen, wurden eher selten angeführt. Da wir die Summe der Nennungen und nicht den Prozentsatz kodierten



**Abbildung 3:**  
Quellen des Einflusses nach ethnischer Gruppe ( $\Sigma$  Nennungen)

Textes betrachtet haben, schließt sich ein Vergleich über die ethnischen Gruppen hinweg aufgrund der unterschiedlichen Anzahl von Fokusgruppen pro ethnischer Gruppe aus. Was sich aber sagen lässt, ist, dass die Medien in allen drei Gruppen am häufigsten genannt wurden und dass bei den Migranten die Familie häufiger genannt wurde als Freunde, während dies bei den Deutschen umgekehrt war. Lehrer oder Schule wurde von allen drei Gruppen selten erwähnt (siehe Abbildung 3).

#### 4.4 Beteiligungserfahrungen, Beteiligungshindernisse und Verbesserungsvorschläge

Das berichtete Beteiligungsniveau war unter allen Teilnehmern eher gering. Häufig genannt wurden sporadische Beteiligungsformen wie Demonstrieren, Unterschriften sammeln oder Streiken. Überaus selten wurden Mitgliedschaften in politischen oder sozialen Organisationen und Vereinigungen genannt. Wir haben die Teilnehmer auch gefragt, für wie effektiv sie bestimmte Formen der Partizipation halten, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Dabei wurde die Effektivität von Demonstrationen und Wahlen als sehr niedrig eingeschätzt. Allerdings wurde offensichtlich, dass Personen, die bereits positive Beteiligungserlebnisse hatten, die Effektivität oft wesentlich höher einschätzten. Auch wurde deutlich, dass für türkische Teilnehmer religiöse Organisationen wie z. B. Milli Görüs eine sehr wichtige Rolle spielen, wie auch für die Aussiedler Migrantenvereine, die sich um die spezifischen Belange von Migranten kümmern. Das heißt, die von uns befragten Migranten haben sich – wenn überhaupt – vor allem in dieser Art von ethnisch-religiösen Organisationen engagiert und erlebten diese Art der Partizipation auch als für sich am effektivsten.

Als hemmender Faktor wurde von den türkischen Teilnehmern häufig das restriktive Wahlrecht in Deutschland, das Ausländern, die nicht aus der EU stammen, außerhalb der EU keinerlei Wahlrecht, auch nicht auf lokaler Ebene, zugesteht, genannt. Von allen Gruppen wurden Angst vor Gewalt und Polizei (auf Demonstrationen), Mangel an Informationen, Zeitmangel, fehlendes Interesse und politische Entfremdung als Gründe für fehlendes Engagement aufgeführt. Dazu kam bei einigen die Wahrnehmung, dass soziale Normen in ihrem Umfeld (Freunde, Familie) dagegen sprechen würden.

„Also bei mir ist es vielleicht, ich wohn auf ‘m Dorf, denk ich mal, und wenn ich da irgendwie gegen Rassismus wäre oder so, jetzt, sag ich mal, da gibt’s wirklich sehr viele, die so (rassistisch) sind oder so was. Das können die gar nicht verstehen, weil’s das da so nicht gibt. Das ist auch bei meinen Verwandten so, also Ausländer und Schwule können die einfach nicht verstehen. Und ich denk mal, wenn ich da jetzt in so was rein-gehe, was gegen die wäre, würden die schon ziemlich komisch gucken, das ist so halt.“  
(*jugendlicher Deutscher*)

Wir hatten die Teilnehmer gefragt, was sie tun würden, wenn sie in Deutschland konkrete Maßnahmen einführen/umsetzen könnten, um die Beteiligung von jungen Men-



schen zu erhöhen. Die türkischen Migranten schlugen vor, dass es mehr aufsuchende Stadtteilarbeit mit gleich-ethnischen Mitarbeitern, mehr Migranten in öffentlichen Positionen und ein geändertes Wahlrecht geben müsse. Von allen Gruppen wurde der Wunsch geäußert, dass mehr Geld in Bildung investiert wird, das Wahlalter möglicherweise gesenkt und dass so etwas wie „Bürgerkunde“ als Schulfach etabliert werden sollte.

## 5. Diskussion

Hauptziel dieser Untersuchung war es, von den jungen Menschen zu erfahren, wie sie ihre Beteiligungsmöglichkeiten in politischer und sozialer Hinsicht wahrnehmen und ob es dabei Unterschiede zwischen ethnischen Gruppen und Altersgruppen gibt. Ein zentrales Ergebnis dabei war, dass sich die ethnischen Gruppen in der Art, aber nicht unbedingt im Ausmaß der Partizipation unterschieden. Weitere diskussionswürdige Ergebnisse waren der hohe subjektive Stellenwert, den die Teilnehmer den Medien zuschrieben; die Tatsache, dass wir keine Anzeichen für eine Verlagerung auf neue Formen der Online-Beteiligung finden konnten; dass erfolgreiche Beteiligungserlebnisse die politische Selbstwirksamkeit zu erhöhen scheinen und dass wir keine bedeutsamen Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Teilnehmern feststellen konnten. Im Folgenden werden diese zentralen Ergebnisse kurz diskutiert.

Der Mangel an nennenswerten Unterschieden im Beteiligungsniveau zwischen deutschen Teilnehmern und Migranten in unserer Studie ist interessant. Bisherige Forschungsergebnisse hierzu ließen erwarten, dass Migranten sich weniger politisch und sozial engagieren als einheimische Deutsche (vgl. Bertelsmann-Stiftung, 2008). Allerdings sollte man bei der Betrachtung dieses Ergebnisses beachten, dass wir gewissermaßen für Unterschiede im Bildungsniveau der Teilnehmer dadurch kontrolliert haben, dass ein Großteil aus berufsbildenden Schulen rekrutiert wurde. Aber auch nach statistischer Kontrolle des Bildungsniveaus zeigen quantitative Studien meist noch einen negativen Effekt des Migrationshintergrunds (Bertelsmann-Stiftung, 2008). Nun sind unsere Daten nicht direkt vergleichbar, weil sie erstens qualitativer Natur sind, und weil wir zweitens bewusst eine sehr breite Definition von Partizipation und Engagement gewählt haben. Es kann also sein, dass die von uns befragten Migranten sich zwar weniger an konventionellen Formen der Partizipation beteiligen (zum Teil sind diese ja auch gesetzlich ausgeschlossen), aber wenn man ihr religiöses Engagement oder das Engagement in Migrantenvereinen mitzählt, dann ergeben sich eben keine bedeutenden Unterschiede mehr zu den von uns befragten einheimischen Deutschen (vgl. Diehl, 2004).

Die Teilnehmer der Fokusgruppen berichteten häufiger, dass sie in ihren Meinungen und Einstellungen von Medien beeinflusst werden als von Freunden, Familie oder Lehrern. Nun muss hierbei berücksichtigt werden, dass es sich um subjektive Eindrücke der Befragten handelt, die sich nicht mit dem tatsächlichen Einfluss decken müssen. Bei der Frage des Einflusses muss weiterhin berücksichtigt werden, dass der Ein-

fluss verschiedener Sozialisationsagenten über die Lebensspanne wechselt. So mögen die Eltern als Bezugspersonen für Kinder wichtiger sein als für Jugendliche, während es mit den Freunden genau umgekehrt ist. Genauso sind manche Einflüsse eher indirekt, beispielsweise die unterschiedliche Qualität von Schulen, Lehrern und Lehrinhalten. Der hohe wahrgenommene Einfluss der Medien deckt sich jedoch mit Ergebnissen quantitativer Forschung zu subjektiven Einflüssen, nach denen ebenfalls die Medien als wichtigste Einflussquelle im Jugendalter genannt wurden (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest, 2010; Torney-Purta et al., 2001).

Neuere Forschungen legen den Schluss nahe, dass sich momentan ein Wandel unter jungen Menschen vollzieht, von traditionellen Formen des politischen Engagements zu mehr sozialem Engagement, insbesondere unter Verwendung neuer Medien wie sozialer Netzwerke (Marsh, O'Toole & Jones, 2007; Zukin et al., 2006). Für diese Annahme konnten wir in den Berichten der Teilnehmer keine Belege erkennen. Auch hier spielt sicherlich das eher niedrige Bildungsniveau unserer Stichprobe eine Rolle. Einige neuere Studien haben bereits gezeigt, dass sich Unterschiede im Bildungsniveau auch in der Benutzung moderner Medien für Partizipation reproduzieren (Krueger, 2006; Marien, Hooghe & Quintelier, 2010). Es ist denkbar, dass sich ein anderes Bild ergeben hätte, wenn die Stichprobe ausschließlich aus Studenten bestanden hätte. Zukünftige Studien mit quantitativen Daten müssen zeigen, ob dieser Wandel tatsächlich erfolgt und ob er möglicherweise für höher gebildete Subgruppen spezifisch ist.

Ein zentrales Ergebnis war, dass Personen, die bereits erfolgreiche Partizipationserlebnisse hatten, optimistischer bezüglich der Effektivität sozialer und politischer Partizipation waren, eine höhere politische Selbstwirksamkeit hatten und weniger politische Entfremdung zeigten als Teilnehmer, die nur theoretisch über diese Themen spekulierten. Dieses Ergebnis korrespondiert mit gut etablierten Ergebnissen aus der Einstellungs-Verhaltens-Forschung, die zeigen, dass direkte Erfahrung mit einem Einstellungsobjekt zu stärkeren Einstellungen führen als solche, die auf indirekter Erfahrung beruhen (Fazio, 1990). Eine ähnlich prominente Rolle wird früheren Erfahrungen in dem Freiwilligen-Prozess-Modell (Omoto & Snyder, 1990) und bei der Entstehung von kollektiver Selbstwirksamkeit (Bandura, 2000) eingeräumt. Bandura (2000) betont dabei die Wichtigkeit sogenannter mastery experiences, also nachhaltiger Erfolgserlebnisse für den Aufbau von Selbstwirksamkeitserwartungen. Ebenso kam eine groß angelegte Studie der Bertelsmann-Stiftung mit über 12.000 Befragten zu dem Schluss, dass einer der zentralen Prädiktoren für Partizipation positive Partizipationserfahrungen aus der Vergangenheit sind (Bertelsmann-Stiftung, 2008). Die Frage, was junge Menschen dazu bewegt, sich politisch und sozial zu engagieren, ist damit allerdings noch nicht zufriedenstellend beantwortet. Eine Implikation wäre allerdings, dass man versuchen sollte, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass junge Menschen solche mastery experiences erhalten. So ist denkbar, soziales Engagement in Schulen stärker zu fördern und möglicherweise auch curricular zu verankern, wie es im angelsächsischen Raum auch bereits geschieht (vgl. Torney-Purta et al., 2001). Nur ein einziger Teilnehmer berichtete uns von einer Art Partizi-

pationserfahrungskurs aus seiner Schule. Aber diese Erfahrung hatte einen sehr positiven Einfluss auf die politische Selbstwirksamkeit dieser Person und seine Motivation, in Zukunft ein aktiver Bürger zu sein.

Die Tatsache, dass wir keine nennenswerten Unterschiede - weder im Verständnis der Themen noch im Beteiligungsniveau oder in den wahrgenommenen Möglichkeiten zwischen Ost- und Westdeutschen gefunden haben - ist bemerkenswert. Wir hatten angenommen, dass sich hier aufgrund der unterschiedlichen Geschichte beider Landesteile und der möglicherweise sich daraus ergebenden unterschiedlichen Sozialisation der Jugendlichen, Unterschiede derart ergeben könnten, dass Ostdeutsche weniger Beteiligungsmöglichkeiten sehen als Westdeutsche. Dies wäre plausibel, wenn man zugrunde legt, dass die Beteiligungsmöglichkeiten zu Vorwendezeiten sehr eingeschränkt waren und diese Erfahrungen der Eltern möglicherweise einen Einfluss auf ihre Kinder gehabt haben könnten. Allerdings ist es natürlich so, dass unsere Teilnehmer in der überwiegenden Mehrzahl zu Nachwendezeiten aufgewachsen sind und darüber hinaus sollte man den Einfluss der Eltern auf die politische Sozialisation der Kinder auch nicht überschätzen (vgl. Amna, Ekstrom, Kerr & Stattin, 2007).

### Grenzen der Studie und Ausblick

Wir möchten noch hinzufügen, dass aufgrund der qualitativen Natur der Studie, die Ergebnisse nicht ohne weiteres auf die Bevölkerung der 16- bis 26-Jährigen generalisiert werden können. Eine weitere Einschränkung ergab sich aus dem Umstand, dass wir keine ethnisch gemischten Fokusgruppengespräche durchgeführt haben. Gemischte Gruppen hätten die Diskussionen in andere Richtungen lenken können und zukünftige Studien sollten dies versuchen. Die Methode der Fokusgruppen selbst hat auch gewisse Nachteile. So fiel es den jüngeren Teilnehmer deutlich schwerer, sich an den Gruppendiskussionen zu beteiligen als den Älteren und von daher mag diese Methode für Jugendliche weniger geeignet sein als für junge Erwachsene. Zuletzt ist es möglich, dass die vorgegebenen Themen der Ice-Breaker, die von den Teilnehmern angesprochenen Themen relativ stark beeinflusst haben. Allerdings wird dieser Umstand in der Fokusgruppenforschung als legitim betrachtet, da man ja gezielt auf bestimmte Themen hinlenken möchte (Puchta & Potter, 2004).

Zukünftige Studien sollten mit quantitativen Daten prüfen, ob es tatsächlich keine Unterschiede im Ausmaß der Partizipation und des Engagements zwischen jungen Einheimischen und Migranten gibt, wenn man eine ähnliche breite Definition von Partizipation und Engagement zugrunde legt, wie wir das getan haben. Eine sich daraus ergebende wichtige Frage ist, ob Migrationshintergrund oder ethnische Zugehörigkeit tatsächlich genuine Effekte auf das Partizipationsverhalten hat, die über den Bildungs- und Sozioökonomischen Hintergrund hinausgehen. Eine weitere interessante Frage für zukünftige Forschung ist, welchen Einfluss der Besitz der Staatsbürgerschaft auf das Partizipationsverhalten hat. Dazu sind idealerweise ländervergleichende Studien notwendig, in denen verschiedene Einbürgerungspraktiken vergli-

chen werden können. Zukünftige Forschung sollte auch betrachten, in wie fern die hauptsächliche Beteiligung von Migranten in ethnisch-kulturell-religiösen Gruppierungen integrierende oder segregierende Konsequenzen hat (vgl. Diehl, 2004).

## Literatur

- Almond, G. & Verba, S. (1963). *The civic culture: Political attitudes and democracy in five nations*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Amna, E. (2010). Active, passive, or standby citizens? Latent and manifest political participation. In E. Amna (Ed.), *New forms of citizen participation: Normative implications* (pp. 191-204). Baden-Baden: Nomos.
- Amna, E., Ekstrom, M., Kerr, D. & Stattin, H. (2007). *Political socialization: State-of-the-Art*. Unveröffentlichtes Manuskript, Universität Örebro, Schweden.
- Armingeon, K. (2007). Political participation and associational involvement. In J. W. Van Deth, J. R. Montero & A. Westholm (Eds.), *Citizenship and involvement in European democracies* (pp. 358-384). London: Routledge.
- Bandura, A. (2000). Exercise of human agency through collective efficacy. *Current Directions in Psychological Science*, 9(3), 75-78.
- Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.). (2008). *Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Konzeptionelle Grundlagen und empirische Befunde zur Mitwirkung junger Menschen in Familie, Schule und Kommune*. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.
- Braun, V. & Clarke, V. (2006). Using thematic analysis in psychology. *Qualitative Research in Psychology*, 3(2), 77-101.
- Bundesagentur für Arbeit (2007). *Verkehrte Welt. Spätaussiedler mit höherer Bildung sind öfter arbeitslos*. IAB Kurzbericht – Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit.
- Bundesministerium des Inneren (2009). *Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung: Migrationsbericht 2007*. Nürnberg.
- Dalton, R. A. (2004). *Democratic challenges, democratic choices: The erosion of political support in advanced industrial democracies*. New York: Oxford University Press.
- Diehl, C. (2004). Fördert die Partizipation in ethnischen Vereinen die politische Integration im Aufnahmeland? Theoretische Perspektiven und empirische Evidenzen. In A. Klein, K. Kern, B. Geißel & M. Berger (Hrsg.), *Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration* (S. 231-250). Wiesbaden: VS Verlag.
- Fazio, R. H. (1990). Multiple processes by which attitudes guide behaviour: The MODE model as an integrative framework. In M. P. Zanna (Ed.), *Advances in experimental social psychology* (Bd. 23, pp. 75-109). Orlando, FL: Academic Press.
- Glatzer, W. (2004). Integration und Partizipation junger Ausländer vor dem Hintergrund ethnischer und kultureller Identifikation: Ergebnisse des Integrations surveys des BiB. *Materialien zur Bevölkerungswissenschaft* (105c ed.). Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

- Gniewosz, B. & Noack, P. (2006). Intergenerationale Transmissions- und Projektionsprozesse intoleranter Einstellungen zu Ausländern in der Familie. *Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie*, 38(1), 33-42.
- Green, D. P. & Gerber, A. S. (2004). *Get out the vote! How to increase voter turnout*. Washington, D. C.: Brookings Institution Press.
- Hart, D., Donnelly, T. M., Youniss, J. & Atkins, R. (2007). High school community service as a predictor of adult voting and volunteering. *American Educational Research Journal*, 44(1), 197-219.
- Haug, S. (2007). Soziales Kapital als Ressource im Kontext von Migration und Integration. In J. Lüdicke & M. Diewald (Hrsg.), *Soziale Netzwerke und soziale Ungleichheit* (S. 85-111): VS Verlag.
- Kriesi, H. (2004). Political context and opportunity. In D. Snow, S. Soule & H. Kriesi (Eds.), *The Blackwell companion to social movements* (pp. 67-90). Malden: Blackwell.
- Krueger, B. S. (2006). A comparison of conventional and internet political mobilization. *American Politics Research*, 34(6), 759-776.
- Kuhn, H. P. (2004). Adolescent voting for right-wing extremist parties and readiness to use violence in political action: Parent and peer contexts. *Journal of Adolescence*, 27(5), 561-581.
- Marien, S., Hooghe, M. & Quintelier, E. (2010). Inequalities in non-institutionalised forms of political participation: A multi-level analysis of 25 countries. *Political Studies*, 58(1), 187-213.
- Marsh, S., O'Toole, T. & Jones, S. (2007). *Young people and politics in the UK: Apathy or alienation?* London: Palgrave.
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (Hrsg.). (2010). *JIM 2010. Jugend, Information, (Multi-) Media. Basisstudie zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland*. Stuttgart: Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK).
- Morgan, W. & Streb, M. (2001). Building citizenship: How student voice in service-learning develops civic values. *Social Science Quarterly*, 82(1), 154-169.
- Oesterle, S., Johnson, M. K. & Mortimer, J. T. (2004). Volunteerism during the transition to adulthood: A life course perspective. *Social Forces*, 82(3), 1123-1149.
- Omoto, A. M. & Snyder, M. (1990). Basic research in action: Volunteerism and society's response to AIDS. *Personality and Social Psychology Bulletin*, 16(1), 152-165.
- Puchta, C. & Potter, J. (2004). *Focus group practice*. London: Sage.
- Putnam, R. D. (2000). *Bowling alone: The collapse and revival of American community*. New York: Simon & Schuster.
- Rosenstone, S. J. & Hansen, J. M. (2003). *Mobilization, participation, and democracy in America*. New York: Longman.
- Schmidt, J. A., Shumow, L. & Kackar, H. (2007). Adolescents' participation in service activities and its impact on academic, behavioral, and civic outcomes. *Journal of Youth and Adolescence*, 36(2), 127-140.
- Shell, D. (Hrsg.). (2006). *Jugend 2006. 15. Shell Jugendstudie. Eine pragmatische Generation unter Druck*. Frankfurt/Main: Fischer.

- Sherrod, L. R., Flanagan, C. & Youniss, J. (2002). Dimensions of citizenship and opportunities for youth development: The what, why, when, where, and who of citizenship development. *Applied Developmental Science*, 6(4), 264-272.
- Silbereisen, R. K. & von Eye, A. (1999). *Growing up in times of social change*. New York: de Gruyter.
- Skrobanek, J. (2007). *Wahrgenommene Diskriminierung und (Re)Ethnisierung bei jugendlichen Zuwanderern. Second Report*. Halle: Deutsches Jugendinstitut.
- Statistisches Bundesamt (2009). *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus 2007*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Stewart, E. & Weinstein, R. S. (1997). Volunteer participation in context: Motivations and political efficacy within three AIDS organizations. *American Journal of Community Psychology*, 25(6), 809-837.
- Sullivan, J. L. & Transue, J. E. (1999). The psychological underpinnings of democracy: A selective review of research on political tolerance, interpersonal trust, and social capital. *Annual Review of Psychology*, 50, 625-650.
- Torney-Purta, J., Amadeo, J.-A. & Andolina, M. W. (2010). A conceptual framework and multi-method approach for research on political socialization and civic engagement. In L. R. Sherrod, J. Torney-Purta & C. Flanagan (Eds.), *Handbook of research on civic engagement in youth* (pp. 497-524). New York: Wiley.
- Torney-Purta, J., Lehmann, R., Oswald, H. & Schulz, W. (2001). *Citizenship and education in twenty-eight countries: Civic knowledge and engagement at age fourteen*. International Association for the Evaluation of Educational Achievement.
- Verba, S., Schlozman, K. L. & Brady, H. (1995). *Voice and equality: Civic voluntarism in American politics*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Zimmerman, M. A. (1995). Psychological empowerment: Issues and illustrations. *American Journal of Community Psychology*, 23(5), 581-599.
- Zukin, C., Keeter, S., Andolina, M., Jenkins, K. & Delli Carpini, M. X. (2006). *A new engagement?: Political participation, civic life, and the changing American citizen*. New York: Oxford University Press.



**Dr. Philipp Jugert**  
 Universität Leipzig  
 Institut für Psychologie I  
 Professur für Sozialpsychologie  
 Seeburgstr. 14-20  
 D-04103 Leipzig  
 philipp.jugert@uni-leipzig.de

*Dr. Philipp Jugert, Universität Leipzig, Institut für Psychologie I, Professur für Sozialpsychologie, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Forschungsschwerpunkte: Intergruppenbeziehungen, Autoritarismus, politische Partizipation und soziales Engagement.*



**Dr. Alison Benbow**, Fernuniversität Hagen, Institut für Psychologie, Lehrgebiet Sozialpsychologie, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Forschungsschwerpunkte: Integrations- und Minderheitenforschung, Schwerpunkt auf Jugend und (sozialen) Entwicklungsprozessen, Heterogenität im Bildungsbereich.



**Prof. Dr. Peter Noack**, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Psychologie, Abteilung Pädagogische Psychologie, Professor für Pädagogische Psychologie, Forschungsschwerpunkte: Jugendforschung; Entwicklung und Sozialisation in Familie und Freundschaftsbeziehungen; Einstellungen, Lernen und Leistungen in der Schule; politische Sozialisation.



**Dr. Katharina Eckstein**, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Psychologie, Abteilung Pädagogische Psychologie, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Forschungsschwerpunkte: Politische Entwicklung/Sozialisation.

# Institutionenperzeption und politische Partizipation – Wie die Bürger über politische Institutionen denken und welche Schlussfolgerungen daraus für die Förderung politischer Beteiligung zu ziehen sind

*Helmar Schöne*

*Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd*

## **Zusammenfassung**

Trifft die Annahme der US-amerikanischen Politikwissenschaftler John Hibbing und Elizabeth Theiss-Morse, nach der die Wahrnehmung des politischen Prozesses ein entscheidender Einflussfaktor ist, der das Vertrauen in Institutionen beeinflusst, auch für den deutschen Fall zu? Basierend auf der Rekonstruktion von Gruppendiskussionen stellt der Beitrag Orientierungen gegenüber den Institutionen des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland vor. Es zeigt sich eine ausgeprägte Distanz gegenüber dem professionalisierten politischen Entscheidungsprozess und seinen zentralen Akteuren: Parteien, Interessengruppen und Berufspolitikern. Daher bedarf es einerseits einer besseren Aufklärung über die Funktionsbedingungen moderner Demokratien in der politischen Bildungsarbeit und andererseits vermehrter Möglichkeiten, demokratische Entscheidungsprozesse im Alltagsleben durch eigene Erfahrungen nachvollziehen zu können.

Schlagwörter: Politische Beteiligung, Politische Institutionen, Fokusgruppen, politische Bildung

## **Attitudes toward political institutions and political participation. How citizens think about political institutions and what it means for the promotion of civic participation**

### **Abstract**

John Hibbing and Elizabeth Theiss-Morse, two U.S. political scientists, argue in numerous empirical studies that the perception of the political process is an important factor that influences people's support for the political system. They criticize the theoretical approach of Easton who focuses on outputs of the political system and neglects the processes employed with-



in that system. From Hibbing and Theiss-Morse, the public's satisfaction with political processes depends on two components: procedural efficiency and procedural equity. Is their theory also true for the German case? The article presents attitudes, gained from different focus groups, toward the institutions of Germany's political system. The focus group discussions give insights into participants' assumptions about the German political system. There appeared a distinct distance between people and the professionalized political decision making process and its agents: parties, interest groups, and politicians. Accordingly two consequences are discussed: On one hand civic education, which instructs people about modern democracy and its processes, shaped by debates, negotiations and compromises, has to be enhanced. On the other hand people need more opportunities to experience the complexity of democratic decision making processes in their every day lives.

Key words: civic participation, political institutions, focus groups, civic education

## 1. Einleitung

In der empirischen Forschung zu Orientierungen gegenüber politischen Institutionen fällt die Dominanz eines methodischen und theoretischen Ansatzes auf: Häufig steht die Messung so genannter evaluativer Orientierungen, insbesondere von affektivwertbezogenen Urteilen im Vordergrund. Als Indikator wird das Vertrauen in Institutionen verwendet. Diese Vorgehensweise dominiert, weil sie sich auf eingeführte Modelle der empirischen Analyse beziehen kann, die auf das Konzept politischer Unterstützung von David Easton aus den 1960er Jahren zurückgehen. Nach Easton (1965) hängt die Unterstützung der politischen Institutionen und des politischen Personals wesentlich vom „output“, also den Leistungen, des politischen Systems ab. Jüngere Forschungsansätze kritisieren diese output-Orientierung und halten eine andere Größe, nämlich die Wahrnehmung des politischen Prozesses, für einen entscheidenden Einflussfaktor, der das Vertrauen in Institutionen beeinflusst. Für diese Perspektive stehen vor allem die beiden US-amerikanischen Politikwissenschaftler John Hibbing und Elizabeth Theiss-Morse (1995, 2002). Ihre These, dass es vor allem die beiden Determinanten prozedurale Effizienz und prozedurale Fairness sind, welche die Akzeptanz politischer Prozesse bestimmen, ist in der deutschen Forschung zu politischen Orientierungen bislang nur selten rezipiert worden.

Bestätigt sich die Auffassung von Hibbing und Theiss-Morse, so hätte das auch Konsequenzen für die Debatte um politische Beteiligungsformen und politisches Engagement. Dann hätte in der Diskussion um die Verbesserung der Legitimation politischer Entscheidungen nicht die Erweiterung politischer Partizipationsmöglichkeiten im Vordergrund zu stehen, sondern die Aufmerksamkeit müsste sich auf den politischen Prozess in den etablierten Institutionen des politischen Systems richten – sowohl auf die Erklärung dieser Prozesse als auch auf eine Verbesserung ihrer Effizienz.

Anknüpfend an die Arbeiten von Hibbing und Theiss-Morse stellt der vorliegende Beitrag die Ergebnisse von Gruppendiskussionen zur Perzeption politischer Institu-

tionen in Deutschland vor. Die Rekonstruktion der Fokusgruppen-Interviews zeigt die Kritik der Bürger am politischen Entscheidungsprozess und welche Alternativen bzw. Verbesserungen seitens der Befragten gesehen werden. Die Befunde ermöglichen Schlussfolgerungen zur - insbesondere in der politischen Bildungsarbeit - geführten Debatte um den richtigen Weg der Förderung politischer Handlungsfähigkeit.

Dafür wird wie folgt vorgegangen: Erstens wird ein Überblick über die Forschungsansätze zur Untersuchung von Einstellungen gegenüber politischen Institutionen gegeben. Zweitens wird die Fokusgruppen-Studie zur Institutionenperzeption vorgestellt, um dann, drittens, deren Ergebnisse mit dem Blick auf Fördermöglichkeiten politischen Engagements zu diskutieren.

## 2. Untersuchungsansätze zu Einstellungen gegenüber politischen Institutionen

### 2.1 Institutionenvertrauen

Die Forschung zum Institutionenvertrauen geht auf David Easton (1965) und sein „Concept of Political Support“ zurück. Easton argumentiert, dass es zwei unterschiedliche Formen politischer Unterstützung gibt: Einerseits eine diffuse, affektivwertbezogene Unterstützung der politischen Ordnung insgesamt. Hierzu zählt auch das Vertrauen in die politischen Institutionen. Andererseits gibt es eine spezifische Unterstützung des amtierenden Führungspersonals. Diese beruht auf einer Bewertung der von den Herrschaftsträgern erbrachten Leistungen. Für die Stabilität eines politischen Systems ist die diffuse Unterstützung wichtiger, weil die sich nur langsam verändert und als Puffer gegen kurzfristige Schwankungen bei der spezifischen Unterstützung dient. Umfragen zum Institutionenvertrauen in Deutschland zeigen vor allem zweierlei: Einesteils unterscheiden sich Institutionen darin, wie hoch bzw. niedrig das Vertrauen in sie ist. Den unmittelbar in den politischen Wettbewerb einbezogenen Institutionen, den so genannten parteienstaatlichen Institutionen (Parlament und Regierung), wird weniger vertraut als den rechtsstaatlichen Institutionen (Justiz, Polizei). Anderenteils unterscheidet sich das Institutionenvertrauen in West- und Ostdeutschland. In den ostdeutschen Ländern ist es bis heute niedriger (Gabriel & Schöllhammer, 2009, S. 420). Dieser Befund und die Tatsache, dass auch in der alten Bundesrepublik die Herausbildung eines stabilen Vertrauensniveaus mehrere Jahrzehnte gedauert hat und erst durch die ökonomische Entwicklung befördert wurde, wird oft als Beweis für den Einfluss sozio-ökonomischer Faktoren auf die Unterstützung politischer Institutionen angeführt. Auch der Einbruch der Vertrauenswerte Mitte der 1990er Jahre lässt sich mit der wohlfahrtsstaatlichen Leistungsfähigkeit erklären (Niedermayer, 2005, S. 76). In diesen Zeitraum brachten die Folgen der Globalisierung, der demographische Wandel und die Vereinigungslasten eine Fülle an (finanziellen) Anforderungen für die Bürger mit sich. Zu Determinanten von Institutionen-

vertrauen, die in der Forschung weitgehend unstrittig sind, zählen neben der soziökonomischen Lage die Parteiidentifikation, das Politikervertrauen und die Ost-West-Herkunft (Gabriel & Zmerli, 2006, Niedermayer, 2005, S. 76). Die Effekte anderer Determinanten, etwa von soziodemographischen Faktoren oder vom so genannten Sozialkapital sind ungeklärt. Die Forschung zum Institutionenvertrauen ermöglicht Vergleiche im Zeitverlauf sowie Vergleiche zwischen Institutionen und Ländern. Sie lässt aber viele Fragen auch offen, etwa ob niedriges Vertrauen ein Krisensymptom oder Ausdruck einer reifen Demokratie ist oder wie viel Vertrauen in ihre Institutionen funktionierende Demokratien benötigen. Crouch etwa meint, dass der aufgeklärte, mündige Bürger der Gegenwart per se kritischer sei als der Untertan früherer Generationen (2008, S. 8).

## 2.2 Politisches Wissen

Neben auf das Institutionenvertrauen bezogenen Untersuchungen finden sich Arbeiten, die sich mit dem Wissen der Bevölkerung über politische Institutionen beschäftigen. Sie zeigen, dass deutliche Mehrheiten der Bürger wenig über ihr Regierungssystem wissen. Der Befund ist unabhängig von der Operationalisierung politischen Wissens in verschiedenen Studien (Maier, 2000) und er gilt auch im internationalen Vergleich (Delli Carpini & Keeter, 1996). Aufmerksamkeit hat in diesem Kontext der Dresdner Politikwissenschaftler Patzelt mit seiner These vom „latenten Verfassungskonflikt“ erregt, der das Wissen der Deutschen speziell über Parlamente und Abgeordnete untersucht hat (Patzelt, 1998). Er argumentiert, dass die Bürger erstens wenig über das politische System wissen und zweitens ihre Normvorstellungen der realen Funktionsweise einer parlamentarischen Demokratie entgegenstehen. Ein beachtlicher Anteil der Bürger wünscht ein anderes Regierungssystem als das des Grundgesetzes. Der Beurteilungsmaßstab vieler Bürger für das moderne parlamentarische Regierungssystem sei der Konstitutionalismus des 19. Jahrhunderts, in dem ein Gegeneinander von Regierung und Parlament bestand, das die Bürger heutzutage vermissen. Patzelt folgert: Die Institutionen der parlamentarischen Demokratie geraten in Misskredit, nicht weil sie schlecht arbeiten, sondern weil sie von falschen Grundannahmen aus beurteilt werden (vgl. kritisch hierzu Welzel, 2000).

## 2.3 Wahrnehmung politischer Prozesse

„We argue that people’s support for the political system is influenced at least as much by the processes employed in the political system as by particular outputs emanating from the process. Policy is important, but the public’s perception of how that policy was arrived also matters” (Hibbing & Theiss-Morse, 1995, S. 14). Mit dieser Argumentation wenden sich Hibbing und Theiss-Morse explizit gegen die oben skizzierte output-Orientierung von Easton und rücken stattdessen den politischen Prozess als eine wichtige Größe, die das Institutionenvertrauen beeinflusst, in den Mittelpunkt

des Forschungsinteresses. Die beiden Autoren identifizieren zwei Determinanten, welche die Akzeptanz politischer Prozesse bestimmen: einerseits prozedurale Effizienz (procedural efficiency) und andererseits prozedurale Gerechtigkeit (procedural equity). Prozedurale Effizienz liegt vor, wenn politische Entscheidungen schnell und direkt getroffen werden, ohne dass der Entscheidungsprozess überhastet ist. Die Entscheidungsebenen sind überschaubar und leicht nachzuvollziehen. Es sind möglichst wenige Beratungsschritte vonnöten. Die Entscheider haben die Wahl zwischen wenigen überschaubaren Alternativen und es sind keine unnötigen Akteure an der Entscheidungsfindung beteiligt. Prozedurale Gerechtigkeit dagegen ist erreicht, wenn die Interessen aller Betroffenen im Entscheidungsprozess berücksichtigt werden. Die Entscheidungen bevorzugen nicht einzelne. Verfahrensgerechtigkeit ist geprägt durch Neutralität, Ehrlichkeit, Fairness und Respekt für die Interessen der Bürger (Hibbing & Theiss-Morse, 1995, S. 14). Nun bedeutet, wie Hibbing und Theiss-Morse hervorheben, die Forderung nach prozeduraler Fairness aber nicht, dass die Bürger sich selbst aktiv am politischen Prozess beteiligen wollen. Im Gegenteil: „They do not want to make political decisions themselves; they do not want to provide much input to those who are assigned to make these decisions; and they would rather not know all the details of the decision-making-process (Hibbing & Theiss-Morse, 2002, S. 1). Die Bürger möchten sich als Wähler und ihre Interessen ernst genommen wissen und sie wünschen die prinzipielle Möglichkeit der Einflussnahme. Sich tatsächlich engagieren zu müssen, ist aber nicht erwünscht. Die abstrakte Idee der Demokratie trifft auf uneingeschränkte Unterstützung, mit ihren praktischen Erscheinungsformen - Konflikten, Debatten, Interessenwettbewerb, Kompromissen - aber möchten sich die Bürger nicht plagen. Die Bürger der Vereinigten Staaten mögen die Demokratie, aber ihre immanenten Prozesse sollen im Verborgenen stattfinden. Entsprechend lautet der Titel eines Buches der beiden Autoren: „Stealth Democracy“ (2002).

Mit der Unterscheidung zwischen der Idee der Demokratie und demokratischen Prozessen erklären Hibbing und Theiss-Morse, warum der Supreme Court und der Präsident in Umfragen immer höhere Vertrauenswerte erreichen als der Kongress. Nur die Entscheidungsprozesse des Parlaments vollziehen sich für alle Öffentlichkeit sichtbar. Die Verfassungsrichter tagen hinter geschlossenen Türen, und zu den typischen Handlungsformen US-amerikanischer Präsidenten gehört, dass sie sich öffentlich als Führungspersonen initiieren. Die Schlussfolgerung lautet daher: Das Vertrauen in politische Institutionen ist umso geringer, desto öffentlicher ihre Entscheidungsprozesse sichtbar sind.

### 3. Fokusgruppen zur Institutionenperzeption in Deutschland

Bestätigt sich diese „Prozessverdrossenheit“ auch für den deutschen Fall? Auf der Grundlage von Daten aus einer deutschlandweit repräsentativen Interviewstudie zum Ansehen von Bundestag und Bundesverfassungsgericht argumentiert Patzelt in diese Richtung: „Gerade wenn das Parlament seine von legitimen Auseinandersetzungen

geprägte Arbeit tut, wird es Einbußen an Leistungsbeurteilung und Vertrauensbereitschaft erleiden, während das über den politischen Streit erhobene Gericht spiegelbildliche Nebengewinne an Ansehen und Zuneigung einstreichen kann“ (Patzelt, 2005, S. 537). Für die vorliegende Untersuchung zur Perzeption des politischen Systems und seiner zentralen Institutionen, vor allem des Parlaments und der Regierung, wurde ein anderes methodisches Instrumentarium gewählt: das Gruppendiskussionsverfahren. Es kann helfen, die von der empirischen Umfrageforschung konstatierten Vertrauensdefizite gegenüber politischen Institutionen besser zu verstehen. Im Gegensatz zu anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen ist der Einsatz von Gruppendiskussionen trotz der zunehmenden Professionalisierung bei der Anwendung von Methoden der rekonstruktiven Sozialforschung in der politikwissenschaftlichen Forschungspraxis bis heute selten geblieben (vgl. Bohnsack, 2000). Arbeiten, die sich dieser Methode bedienen, jüngst etwa eine Studie zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen (Decker, Rothe, Weißmann et al., 2008), finden sich nur vereinzelt. Ein Anliegen des vorliegenden Beitrags ist es daher auch, das Potenzial der Methode der Gruppendiskussion für die politikwissenschaftliche Forschung aufzuzeigen. Mit Hilfe des Gruppendiskussionsverfahrens erfahren wir, wie die politische Welt in den Augen der befragten Personen strukturiert ist. Es eröffnet uns Einblicke in kollektiv geteilte Vorstellungen und Wissensbestände über das Politische (Rohe, 1996) und ermöglicht es uns, Vorstellungen und Wissensbestände über das politische System zu rekonstruieren. Welche - kollektiven - Orientierungsmuster existieren gegenüber politischen Institutionen? Ausgehend von welchen Grundannahmen über die politische Welt werden die Vorstellungen vom Parlament und der Regierung konstruiert? Wie sind die Institutionenvorstellungen in die Wahrnehmung der politischen Welt insgesamt eingebettet?

Zur Beantwortung dieser Fragen wurden insgesamt acht Gruppendiskussionen geführt. Weil die Daten ursprünglich für eine Studie zum Professionswissen von Lehrkräften erhoben wurden (vgl. Schöne, 2010), bestanden die meisten Gruppen aus Lehramtsstudierenden und -referendaren, ergänzt um Kontrollgruppen mit einer anderen Berufs- und Alterszusammensetzung. Wir haben es also mit einem von jungen Erwachsenen dominierten Sample zu tun, die westdeutscher Herkunft sind und über einen höheren Bildungsabschluss verfügen. Nähere Informationen zur Befragungsgruppe enthält Tabelle 1.

Die Rekonstruktion der Interviews bestätigt zunächst aus der Umfrageforschung bekannte Ergebnisse: Es existiert ein Gegensatz zwischen der positiven Beurteilung der Grundprinzipien der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland (u. a. Wahlen, Grundrechte wie Meinungs- und Pressefreiheit, Sozialstaatlichkeit) und der negativen Performanz-Beurteilung des politischen Systems (vgl. z. B. Niedermayer, 2005). Aufschlussreich ist der vertiefende Blick auf die negativen Urteile: Kritisiert werden die Dauer und die Konflikthaftigkeit politischer Entscheidungsprozesse, die wahrgenommene Interessenpolitik von Parteien sowie die Einflussnahme von Interessengruppen auf den politischen Prozess, die fehlende Responsivität der Politik und die Privilegien der politischen Klasse. Mit Blick auf die oben skizzierten Forschungsergebnisse von

**Tabelle 1:**  
Übersicht über die Gruppendiskussionen\*

Nr. der Gruppe	Teilnehmende	Anzahl der Teilnehmenden	Datum
Gruppe I	Studierende (1. Semester)	6	08.12.2003
Gruppe II	Studierende Gemeinschaftskunde (2.-5. Semester)	11	21.10.2003
Gruppe III	Studierende Gemeinschaftskunde (1. Semester)	7	29.10.2003
Gruppe IV	Studierende Gemeinschaftskunde (1. Semester)	7	29.10.2003
Gruppe V	Referendare Gemeinschaftskunde	7	16.06.2004
Gruppe VI	Referendare	9	16.06.2004
Gruppe VII	Senioren	8	27.01.2004
Gruppe VIII	Senioren	10	03.02.2004

\* Von den acht Gruppen bestanden vier aus Studierenden, die für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen bzw. Realschulen in Baden-Württemberg studieren. Die Zusammensetzung dieser Gruppen unterschied sich nach den von den Teilnehmenden studierten Fächern. Es gab Gruppen, die ausschließlich aus Studierenden des Fachs Politikwissenschaft ("Politik-Experten") bestanden und andere mit Studierenden, die nicht Politikwissenschaft studieren ("Politik-Laien"). Außerdem wurden zwei Gruppen von Lehramtsanwärtern befragt, wiederum differenziert nach Teilnehmenden mit und ohne Schwerpunkt in Politikwissenschaft. Zusätzlich wurden als Kontrastgruppen zwei Gruppen mit Senioren befragt. Die Ergebnisdarstellung im Beitrag konzentriert sich auf generelle Trends, für Differenzen zwischen den Gruppen vgl. Schöne (2010, S. 101).

Hibbing und Theiss-Morse konzentriert sich die Darstellung auf die beiden erst genannten Aspekte (vgl. ausführlicher Schöne, 2010): Prinzipiell wird in den Gruppendiskussionen die Möglichkeit zur Wahl zwischen verschiedenen politischen Positionen und zur Artikulation individueller Meinungen und Interessen wertgeschätzt, aber die Konflikthaftigkeit des politischen Entscheidungsprozesses wird abgelehnt. Als Ursachen für die lange Dauer politischer Entscheidungsprozesse werden politischer Streit, mangelnde Einigkeit und der fehlende Wille zum Konsens betrachtet. Eine größere Bereitschaft zur Zusammenarbeit der politischen Akteure würde Gremien wie den Vermittlungsausschuss oder Kommissionen zur Kompromissfindung, die das politische Entscheidungsverfahren nur unnötig verlängern, überflüssig machen. Hier wird die Forderung nach „prozeduraler Effizienz“ deutlich.

„Ich habe ein negatives Gefühl gegenüber der Länge der Entscheidungsfindung in Deutschland teilweise. Also, dass es teilweise Entscheidungen gibt, die sich echt über einen langen Zeitraum aufbauen. Diese Entscheidungsfindung ist mir persönlich in manchen Dingen einfach zu lang. Wenn es dann in den Bundestag kommt, dann blo-

ckiert ein Bundesrat, dann kommen irgendwelche Ausschüsse, die es noch einmal verhandeln und so. Wenn es um wichtige Dinge geht, dann finde ich persönlich, dauert es teilweise zu lang.“ (*Gruppe II, 10*)

„Davor müssen sie erst die Opposition davon überzeugen und eventuell Kompromisse eingehen oder dann wieder so Kommissionen bilden oder Vermittlungsausschuss bis das endlich funktioniert. Also das dauert immer, die können nicht einfach ein Gesetz machen, sondern die ändern sind sowieso grundsätzlich dagegen und kritisieren wieder alles und dann fängt es wieder von vorne an.“ (*Gruppe I, 53*)

Aus dieser Perspektive dient das politische System der Mehrheitsbildung und Entscheidungsfindung und die Erfüllung dieser Aufgabe bildet die Grundlage für seine Bewertung. Dagegen fehlen für die konfliktregulierenden Funktionen politischer Institutionen Blick und Verständnis.

In der Klage über die verbreitete Interessenpolitik wird die Forderung nach „prozeduraler Gerechtigkeit“ deutlich – der zweiten Prozess-Komponente von Hibbing und Theiss-Morse (1995, S. 14). Misstrauisch wird wahrgenommen, dass einige gesellschaftliche Gruppen auf den politischen Prozess einen größeren Einfluss haben als andere. Zum einen wird der Einfluss von Interessengruppen kritisiert, wobei die Diskutanten sowohl die „innere Lobby“ des Bundestages, also die Tatsache, dass Abgeordnete zugleich Verbands- oder Wirtschaftsvertreter sind, als auch die „äußere Lobby“, die Einflussversuche von Lobbyisten auf politische Entscheidungsträger negativ bewerten und ablehnen. Zum anderen wird kritisiert, dass die Parteien vorrangig eigene Interessen vertreten würden und zu wenig Rücksicht auf die der Wähler nähmen.

„Da kommen wir jetzt wieder auf das zurück mit der Lobby (...), das da so erschwert die Gesetzgebung. Die Lobby, die wir vorher erwähnt haben, dass es meinetwegen jetzt heißt (...) in der Pharmaindustrie muss irgendwie, die muss mehr kontrolliert werden. Dann werden auf jeden Fall die Lobbyisten, auf jeden Fall einmal sagen ‚Nein‘. Und das ist die Schwierigkeit und dann (...) geben die Druck auf die Abgeordneten und der Abgeordnete, der wieder gewählt werden will, der vielfach gar keinen Beruf hatte, der ist ja nur Berufspolitiker, der ist natürlich ..., der braucht im Grunde wieder seinen Arbeitsplatz und dadurch ist das immer blöd.“ (*Gruppe VII, 55*)

C: „(...) Und hintenrum, wenn mal nicht zugeguckt wird, dann sind die sich relativ einig, weil der eine pinkelt dem anderen nicht ans Bein, weil sie nämlich alle da glücklich sind, dass sie da oben hocken, so sehe ich das halt (...).

B: Ich stimme da eigentlich voll und ganz zu. Weil ich denke mal so, (...) alle Parteien sind eigentlich irgendwie die gleiche Richtung, so über den Kamm geschert alles das Gleiche. Ja, und sie müssen halt immer um Macht kämpfen und ich finde, das sind reine Machtkämpfe oben, (...) da wird taktiert, da wird hin und her gemobbt, aber...“ (*Gruppe I, 31*)

Zusammengenommen zeigt sich, dass die Kritik am politischen Entscheidungsprozess auch in Deutschland einen nicht unerheblichen Teil der Unzufriedenheit mit den politischen Institutionen ausmacht. „Prozessverdrossenheit“ ist nicht allein eine Fol-

ge des Institutionengefüges im präsidentiellen Regierungssystem der USA. Vorbehalte gegen Konflikte und Streit und die Unzufriedenheit mit langwierigen, schwer durchschaubaren Entscheidungsprozessen, in denen die Interessen mannigfacher Akteure berücksichtigt werden müssen, einerseits sowie das Bild eines von Interessengruppen und Eigeninteressen der gewählten politischen Akteure okkupierten politischen Entscheidungsprozesses andererseits, finden sich auch in der Bundesrepublik Deutschland. Das entstandene Bild legt die Existenz eines grundlegenden Widerspruchs zwischen Verhandlungsprozessen und Kompromisslösungen, die demokratischem Regieren nun einmal inhärent sind, und dem Wunsch der Bürger nach Konsens, Interessenidentität und effizienten Entscheidungen nahe. Wertschätzung für das Wechselspiel von politischem Streit und Kompromissuche findet sich in den Gruppendiskussionen nur an wenigen Stellen. Ebenso fehlen die Einsicht in die intermediäre Funktion von Interessengruppen und Parteien, eine Differenzierung zwischen unterschiedlichen Interessengruppen und Verständnis für die Rolle von Berufspolitikern in modernen repräsentativen Massendemokratien. Stattdessen zeigt sich eine ausgeprägte Distanz gegenüber dem professionalisierten politischen Entscheidungsprozess und seinen Akteuren: Parteien, Interessengruppen und Berufspolitikern.

#### 4. Reformperspektiven

Die Bürgerinnen und Bürger wünschen einen effizienten politischen Prozess und sie wünschen, dass in diesem Prozess nicht die Interessen einzelner, einflussreicher Akteure ausschlaggebend sind. Die, auch in vielen Bevölkerungsumfragen immer wieder festgestellte, Unterstützung für mehr direkte politische Beteiligungsmöglichkeiten (Bertelsmann-Stiftung, 2011) erscheint in den Gruppendiskussionen in erster Linie als eine Reaktion auf die mangelnde Responsivität der Politik und nicht durch das Interesse nach eigener politischer Einmischung motiviert (vgl. Edinger, 2003). Selbst bei den Diskussionsteilnehmern, die eine Ergänzung der repräsentativen Verfassung durch plebiszitäre Elemente befürworten, schwingt nur allzu oft Misstrauen gegenüber den eigenen Mitbürgern als politischen Subjekten mit. Das Problem der Prozessverdrossenheit würde auch durch die Verwirklichung der populären Forderung nach stärkerer, direkter Beteiligung der Bürger an wichtigen politischen Entscheidungen nicht gelöst werden. Volksbegehren und Volksentscheide sind kein Allheilmittel gegen die Distanz der Bürger gegenüber dem politischen Prozess.

Wenn der Prozess die Ursache politischen Verdrusses ist, warum nicht den Prozess im Sinne der Bürger verändern? Die Reformulierung der Befunde aus den Gruppendiskussionen als normative Erwartungen zeigt, dass viele Vorstellungen im Gegensatz zur institutionellen Realität moderner Demokratien stehen: Gewünscht sind Politiker, die sich der Interessen der „einfachen Leute“ im direkten Kontakt mit den Bürgern vergewissern. Parteien und Interessengruppen würden die Beziehung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten nur unnötig stören. Schließlich hätten sie vor allem Eigeninteressen, die sachlichen Lösungen im Wege stünden, den politischen



Prozess verkompliziert und intransparent machten. Obendrein wäre es doch viel leichter, die Interessen der Bürger zu vertreten, wenn die Abgeordneten aus derselben sozialen Schicht kämen wie die zu Repräsentierenden. Im Bundestag schließlich sollte gemeinsam und fraktionsübergreifend an der Lösung von Problemen gearbeitet werden. Nicht der Streit politischer Positionen dürfe im Vordergrund stehen, sondern Kooperation und Konsensfindung. Dabei zeigte sich, dass sich die einzelnen Fokusgruppen hinsichtlich dieser normativen Orientierungen kaum unterscheiden: Zwar verfügen Studierende mit dem Fach Politikwissenschaft über größeres politisches Interesse und über größeres objektives politisches Wissen, operationalisiert u. a. über die Kenntnis von Parlamentsfunktionen, aber die Widersprüche zwischen normativen Erwartungen und institutioneller Realität finden sich auch in diesen Gruppen. An den beschriebenen Erwartungen orientierte Reformprozesse wären nur um den Preis der Beeinträchtigung der Systemfunktionalität der parlamentarischen Demokratie zu haben.

Einige Schlussfolgerungen für institutionelle Reformen, die sich aus den Daten ergeben, liegen aber dennoch nahe: Mit Blick auf den Wunsch der Bürger nach nachvollziehbaren und schnelle Ergebnisse produzierende politische Prozesse, ist fraglich, ob die Einführung zusätzlicher Gremien, wie beispielsweise die Einrichtung von Kommissionen und Konsensrunden, die vor allem unter der rot-grünen Bundesregierung einen Boom erlebten (Blumenthal, 2003, Siefken, 2006), die Legitimation politischer Entscheidungen verbessern kann. Eher sind sie geeignet, den politischen Prozess noch weiter zu verkomplizieren, Zuständigkeiten zu verwischen und Interessengruppen zusätzliche Einflussmöglichkeiten zu eröffnen – alles Entwicklungen, die der prozessverdrossene Bürger nicht goutiert.

Notwendig ist auch, dass die politische Klasse ihrer Verantwortung für das Ansehen der politischen Institutionen besser gerecht wird. Die Gruppendiskussionen haben einmal mehr gezeigt, wie sehr einerseits Privilegien und andererseits das Fehlverhalten von Politikern der Legitimation der politischen Institutionen schaden. Daher sollten Reformen dort, wo die Besoldung und Ausstattung von Politikern Anlass für öffentliche Kritik gibt, etwa bei der Altersversorgung, die Abgeordnete gegenüber anderen Rentenzahlern besser stellt, oder bei der steuerfreien Kostenpauschale, über die Parlamentarier frei verfügen können, zügig umgesetzt werden.

Am wichtigsten aber sind bildungsseitige Bemühungen. Für eine bessere politische Bildung in der Schule gibt es verschiedene konkrete Ansatzpunkte: der geringe Anteil politischer Bildung an der Stundentafel, die Tatsache, dass Politik vielfach fachfremd unterrichtet wird (Immerfall, Benk, Erb et al., 2008) sowie der fortschreitende Ersatz politischer durch ökonomische Bildung. Um den in den Gruppendiskussionen sichtbar gewordenen Fehlperzeptionen und populären Vorstellungen zur Funktionsweise moderner Demokratien entgegenwirken zu können, bedarf es vor allem zweierlei: Erstens einen eigenen, ausreichend bemessenen, Ort für die Aufklärung über die Funktionsbedingungen unseres politischen Systems. Politische Bildung benötigt eine moderne Institutionenkunde, die nicht im Rahmen einer in den letzten Jahren en vogue

gewordenen Demokratiepädagogik, die „auf das Ganze der Schule“ statt auf den Fachunterricht zielt (Fauser, 2004, S. 47), vermittelt werden kann. Jene ermöglicht nicht die Auseinandersetzung mit institutionalisierter Politik als einem zentralen „Kristallisationskern des Politischen“ (Sarcinelli, 1991). Politische Bildung muss vermehrt aktive Erfahrungen in den politischen Institutionen selbst ermöglichen, sie muss sich vor Ort begeben, sie muss Einsichten in das schwierige Geschäft des politischen Entscheidens anbieten. Der Erfolg solcher Bildungsangebote bestätigte sich auch in den Gruppendiskussionen. Ein Themenbereich nämlich widmete sich den eigenen Erfahrungen als Lernende im Politikunterricht und hier stellten sich - in der retrospektiven Beurteilung - die während Institutionenerkundungen gemachten Lernerfolge als besonders nachhaltig heraus. Wo die Möglichkeiten dafür fehlen, können wenigstens - gut vorbereitete - Begegnungen mit politischen Praktikern einen Ersatz schaffen. Eine andere Möglichkeit, Einsichten in die Entscheidungsprozesse politischer Institutionen herzustellen, bieten Planspiele. Sie sind eine geeignete Methode, um darüber aufzuklären, wie schwierig es ist, wenn verschiedene Akteure und Gremien an der Lösung eines Problems arbeiten und gezwungen sind, individuelle Präferenzen für Kompromisse aufzugeben.

Zweitens ist es erforderlich, den Erwerb solcher grundlegender politischer Kompetenzen zu ermöglichen, deren Mangel in der Auswertung der Gruppendiskussionen deutlich geworden ist:

- die Kompetenz, Streit und Konflikte als Antriebskräfte gesellschaftlichen Fortschritts wertzuschätzen, wie Dahrendorf (1965) bereits in den 1960er Jahren formuliert hat,
- die Fähigkeit, eigene Positionen zu formulieren, argumentativ abzusichern und sie in die Auseinandersetzung mit anderen Interessen einzubringen,
- die Fähigkeit und Bereitschaft zur Kompromissbildung,
- die Anerkennung pluraler Interessen und die Einsicht in die Notwendigkeit ihrer Organisation und
- die Kenntnis über die Komplexität und Langwierigkeit demokratischer Aushandlungsprozesse und Entscheidungsverfahren.

Dabei nun können demokratiepädagogische Ansätze (vgl. z. B. Beutel & Fauser, 2007) unterstützen, denn auch die gelungenste Lehrinheit zur politischen Bildung kann Mängel an demokratischen Erfahrungen im Alltagsleben und an Möglichkeiten, sich als politisch handelnde Subjekte zu erfahren, nicht ausgleichen. Es sind die Erfahrungen in der Alltagswelt - in Schulen, Hochschulen, Vereinen, religiösen Organisationen und bei der Arbeit - die helfen können, demokratische Entscheidungsprozesse besser zu verstehen (ähnlich Loewenberg, 2007).

## Literatur

- Bertelsmann-Stiftung (2011). *Bürger fordern direkte Beteiligung. Umfrage bestätigt Wunsch nach Volks- und Bürgerentscheiden*. Zugriff am 15.06.2011. [http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-957EF8F8-2ED09DE2/bst/hs.xml/nachrichten\\_107591.htm](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-957EF8F8-2ED09DE2/bst/hs.xml/nachrichten_107591.htm)
- Beutel, W. & Fauser, P. (Hrsg.). (2007). *Demokratiepädagogik. Lernen für die Zivilgesellschaft*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Blumenthal, J. v. (2003). Auswanderung aus den Verfassungsinstitutionen. Kommissionen und Konsensrunden. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B43, 9-15.
- Bohnsack, R. (2003). Gruppendiskussion. In U. Flick, E. v. Kardorff & I. Steinke (Hrsg.), *Qualitative Forschung. Ein Handbuch* (S. 369-384). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Crouch, C. (2008). *Postdemokratie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Dahrendorf, R. (1965). *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*. München: Piper.
- Decker, O., Rothe, K., Weißmann, M., Geißler, N. & Brähler, E. (2008). *Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Delli Carpini, M. X. & Keeter, S. (1996). *What Americans know about politics and why it matters*. New Haven: Yale Univ. Press.
- Easton, D. (1965). *A system analysis of political life*. New York: Wiley.
- Edinger, M. (2003). Die Herausforderung der repräsentativen Demokratie in Thüringen. Hintergründe, Verlauf und Wirkungen der Kontroverse um das Volksbegehren. In K. Schmitt (Hrsg.), *Herausforderungen der repräsentativen Demokratie* (S. 121-156). Baden-Baden: Nomos.
- Fauser, P. (2004). Demokratiepädagogik oder politische Bildung? *Kursiv. Journal für politische Bildung*, H. 1, 44-48.
- Gabriel, O. W. & Schöllhammer, L. (2009). Warum die Deutschen ihrem Abgeordneten nicht mehr vertrauen als dem Bundestag. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, H. 2, 414-430.
- Gabriel, O. W. & Zmerli, S. (2006). Politisches Vertrauen in Deutschland und Europa. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B30/32, 8-15.
- Hibbing, J. R. & Theiss-Morse, E. (1995). *Congress as public enemy. Political attitudes toward American political institutions*. New York: Cambridge Univ. Press.
- Hibbing, J. R. & Theiss-Morse, E. (2002). *Stealth Democracy. Americans' beliefs about how government should work*. New York: Cambridge Univ. Press.
- Immerfall, S., Benk, A., Erb, R. & Quesel, C. (2008): Gemeinschaftskunde im Fächerverbund. Zum Stellenwert des Schulfaches im Lichte einer Befragung von Lehrkräften in Baden-Württemberg. *Kursiv. Journal für politische Bildung*, H. 4, 66-74.
- Loewenberg, G. (2007). Paradoxien des Parlamentarismus. Historische und aktuelle Gründe für Fehlverständnisse in Wissenschaft und Öffentlichkeit. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, H. 4, 816-827.

- Maier, J. (2000): Politisches Interesse und politisches Wissen in Ost- und Westdeutschland. In J. Falter, O. W. Gabriel & H. Rattinger (Hrsg.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich* (S. 141-171). Opladen: Leske + Budrich.
- Niedermayer, O. (2005). *Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen* (2. Auflage). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Patzelt, W. J. (1998). Ein latenter Verfassungskonflikt? Die Deutschen und ihr parlamentarisches Regierungssystem. *Politische Vierteljahresschrift, H. 4*, 725-457.
- Patzelt, W. J. (2005). Warum verachten die Deutschen ihr Parlament und lieben ihr Verfassungsgericht? *Ergebnisse einer vergleichenden demoskopischen Studie Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 3*, 517-538.
- Rohe, K. (1996). Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts. In O. Niedermayer & K. v. Beyme (Hrsg.), *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland* (S. 1-21). Opladen: Leske + Budrich.
- Sarcinelli, U. (1991). Politische Institutionen, Politikwissenschaft und politische Bildung. Überlegungen zu einem „aufgeklärten Institutionalismus“. *Aus Politik und Zeitgeschichte, B50*, 41-53.
- Schöne, H. (2010). Politische Institutionen im Urteil von Lehramtsstudierenden und Lehramtsanwärtern. *Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, H. 1*, 91-104.
- Siefken, S. T. (2006). Regierten die Kommissionen? Eine Bilanz der rot-grünen Bundesregierungen 1998 bis 2005. *Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 3*, 559-581.
- Welzel, C. (2000). Volkserziehung oder Institutionenreform? Ein Kommentar zu Werner Patzelt's Bürgerschelte in der PVS 4/1998. *Politische Vierteljahresschrift, H. 2*, 316-326.



**Prof. Dr. Helmar Schöne**

*Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd*

*Abteilung Politikwissenschaft*

*Oberbettringer Str. 200*

*D-73525 Schwäbisch Gmünd*

*Helmar.schoene@ph-gmuend.de*

*Prof. Dr. Helmar Schöne, Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd, Professor für Politikwissenschaft und ihre Didaktik. Arbeitsschwerpunkte: Parlamentarismusforschung, Politische-Kultur-Forschung, Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Politische Bildung.*

# Legitimationsprobleme direkter Partizipation – Wie kann Bürgerbeteiligung die Demokratie verbessern?

*Yvonne Kuhn*

*Helmut-Schmidt-Universität Hamburg*

## **Zusammenfassung**

Direkte Formen von Bürgerbeteiligung werden nicht nur von der Politikwissenschaft gefordert, sondern ebenso von einem mehrheitlichen Anteil der Bevölkerung als Alternative zu den herkömmlichen Verfahren gewünscht. Vielen politisch interessierten Bürgern reicht Wählen als Methode politischer Teilhabe nicht mehr aus. Allerdings stehen neue Partizipationsansätze in einem legitimatorischen Spannungsverhältnis zum bisher praktizierten repräsentativen Demokratiemodell.

Neben der Anerkennung der Potenziale (verbesserte Problemorientierung und damit Qualität der politischen Entscheidungen, höhere Verantwortlichkeit der politischen Eliten) ist daher eine Analyse der Legitimationsproblematik notwendig, die direkte Beteiligungsverfahren beinhaltet. Die Voraussetzungen sind anspruchsvoll und schwer erfüllbar; dazu zählen vor allem Entscheidungs- und Beteiligungskompetenzen, die Gemeinwohlorientierung und die Einhaltung demokratischer Grundsätze.

Schlagworte: Bürgerbeteiligung, Partizipation, Legitimität, Demokratiemodelle, Politische Kultur

## **Direct forms of participation: problems of legitimacy and democratic potential**

### **Abstract**

The possibility and necessity of direct forms of political participation have become an important topic in political theory as well as in public discussion. As empirical studies reveal, a changing image of democracy causes a new consciousness and willingness of participation in expectation of an improved political output and a higher responsiveness of politicians. Despite this development the structure of democratic political systems has not changed and a complex stress ratio between traditional and unconventional forms of participation is to be stated.

Mainly the incompatibility of direct and representative elements of democracy causes problems of (competing) legitimacy. The descending belief in the legitimacy of the established order provokes new kinds of political behaviour, demands and support while the system formally remains. Due to the very different assumptions about the citizen's capacities theories of democracy cannot yet answer the legitimacy questions, but give some hints of the complexity of requests, with priority to abilities of processing information and orientation on democratic values or public interest. Against this background, this article evaluates forms of direct participation with regard to their premises, limitations and potentials.

Key words: participation, legitimacy, models of democracy, political culture

## 1. Direkte Partizipation als Heilmittel?

In der politikwissenschaftlichen Diskussion über die Problematik der politischen Steuerbarkeit der komplexen Gegenwartsgesellschaften und abnehmenden Problemlösungsfähigkeit des Staates spielen neben Effizienz- und Effektivitätsproblemen auch Legitimitätsfragen eine zunehmend beachtete Rolle: Je mehr faktisch nicht die Legislative, sondern die Exekutive steuert, umso wichtiger sind Formen der öffentlichen Beteiligung am Entscheidungsprozess. Theorien zur Neugestaltung der Teilhabe des Bürgers resultieren aus den Klagen über die Defizite der Demokratie: mangelnde Responsivität, wachsende Distanz des Bürgers zum Staat, schwindende Bindungen, Parteienkrise, insgesamt Abnahme des Vertrauens in die Handlungsfähigkeit des Staates (vgl. Lauth, 2004, S. 15-16). Nicht zuletzt ist die Kontingenz politischer Entscheidungen ein Faktor, der eine stärkere Einbindung des Bürgers fordert. Immer mehr muss politisch entschieden und verhandelt werden, ohne dass diese Entscheidungen auf Basis von traditionell akzeptierten Gründen, beispielsweise religiöser oder kultureller Art, herleitbar sind (vgl. Greven, 1997, S. 236). Der grundlegende Unterschied zwischen der aktiven Teilnahme an Wahlen und weiterer direkter, unkonventioneller Partizipation, die im Folgenden ausschließlich gemeint sein wird, ist: Im ersten Fall entscheidet der Bürger darüber, wer entscheidet, im zweiten trifft er selbst eine politische Entscheidung und versucht, seine Präferenz über verschiedene Kanäle und Mittel in den politischen Prozess einzubringen. Während die Wahl wenig Information über politische Präferenzen der Bürger vermittelt, enthalten andere Partizipationsformen spezifischere Informationen und Möglichkeiten der Interessenartikulation. Die in den letzten Jahren zunehmende Beanspruchung der unkonventionellen Partizipationsformen korreliert mit einem erhöhten politischen Interesse und gewandelten Vorstellungen vom Verhältnis zwischen Bürger und Staat.

Mit einem hohen Maß an Partizipation des Bürgers an politischen Entscheidungsfindungsprozessen soll idealerweise ein Schutz vor Ausdehnung des staatlichen Handelns, eine verbesserte Problemorientierung und damit Outputqualität<sup>1</sup>, eine höhere

<sup>1</sup> Outputqualität beinhaltet Wirksamkeit, Effizienz und Gemeinwohlorientierung politischer Entscheidungen.

Responsivität<sup>2</sup> der politischen Eliten und Inputlegitimation erreicht werden. Das Bestreben nach neuen direktdemokratischen Instrumenten und einer Intensivierung der Partizipation, das sich vorrangig in dem beliebten Schlagwort vom zivilgesellschaftlichen Demokratiemodell ausdrückt, ist jedoch gerade aus demokratietheoretischer Sicht nicht unproblematisch. Die Ausweitung des Instruments direktdemokratischer Teilhabe deutet auf einen Fortschritt der Demokratie hin. Die Bereitwilligkeit, sich politisch zu artikulieren und zu engagieren, muss im politischen Willensbildungsprozess entsprechend eingebunden werden. Andererseits bedeutet eine quantitative Zunahme an Beteiligung nicht zwangsläufig eine erhöhte demokratische Qualität (vgl. Abromeit, 2002, S. 177-179), schließlich hängt die Legitimation eines politischen Systems und seiner Entscheidungen nicht allein von politischer Partizipation ab. Nach liberalem Demokratieverständnis ist dies nur ein Wert neben anderen; Transparenz, Entscheidungseffizienz, Schutz von Rechten, Gemeinwohlorientierung zählen ebenfalls. Zur liberalen Demokratie gehört außerdem die Freiheit, nicht zu partizipieren, und das System ist nicht instabil, wenn ein Großteil seiner Mitglieder teilnahmslos bleibt; das betrifft sogar die erste Stufe der Partizipation, das Wählen. Kritisch wird es erst, wenn der Demos nicht mehr zum Regime und seinen institutionalisierten Regeln passt, das heißt, wenn die Eckpunkte des „magischen Dreiecks der Demokratie“ Bürgerrechte, Bürgerqualifikationen und institutionelle Arrangements (Buchstein, 1996) nicht mehr in einem gegenseitigen Reproduktionsverhältnis stehen, sondern legitimatorisch miteinander konkurrieren oder sich gegenseitig behindern.

Das Ideal legitimer Partizipation erfüllt die Qualitätskriterien Offenheit, politische Gleichheit, Machtkontrolle, Legitimität, Rationalität, Transparenz, Effizienz und Effektivität (Kersting, 2008, S. 33-36). Zu den Gründen für eine Restriktion der direkten Demokratieformen werden vorrangig der Mangel an Entscheidungskompetenz sowie die Komplexität der Materien gezählt (Lauth, 2004, S. 57). Außerdem gelten ähnliche Nachteile und Restriktionen wie für die Mehrheitsregel (siehe hierzu Offe, 2003, S. 62-101; Abromeit, 2002, S. 141-146), die ausschließlich revidierbare und reversible Entscheidungen hervorbringen darf. Kritisch wird insbesondere die Zeitpunktbezogenheit, die Inkongruenz von Beteiligten und Betroffenen, und der gleiche Stimmeneinfluss bei verschiedener Betroffenheit bewertet (vgl. Offe, 2003). Die Voraussetzungen sind anspruchsvoll und schwer erfüllbar, dies betrifft vor allem eine Gemeinwohlorientierung, Beteiligungskompetenzen und die Einhaltung demokratischer Grundsätze. Das soll die Ausweitung der Beteiligungsoptionen allerdings nicht als unerwünscht zurückweisen, denn gerade hier sind Potenziale zur Behebung von Demokratiedefiziten zu erkennen; der Wandel des Staatsbürgerverständnisses hin zu fordernden und intervenierenden Bürgern, die „selbstbewusst ihre Rechte und Interessen wahrnehmen“ (Rucht, 2003) ist als ein entscheidender Beitrag zur Weiterentwicklung der Demokratie zu sehen. Die herausfordernde Aufgabe ist es jedoch,

<sup>2</sup> Responsivität meint die Berücksichtigung und Umsetzung der maßgeblichen Präferenzen der Bürger durch die Politik.

einerseits die Legitimationspotenziale direkter Partizipationsformen anzuerkennen und andererseits ihre aus theoretischen Überlegungen wie empirischen Gegebenheiten resultierenden Legitimationsprobleme zu berücksichtigen.

Im Folgenden wird zunächst das angedeutete Problem der Legitimationskonkurrenz konkretisiert, um anschließend die Einordnung von Partizipation und Legitimation demokratietheoretisch auszuloten. Mit einer Analyse der Potenziale, Grenzen und Voraussetzungen eines verstärkt auf Teilhabe und Teilnahme der Bürger ausgerichteten Demokratiekonzeptes soll unter Berücksichtigung der theoretischen Einordnung wie der empirischen Sachlage geklärt werden, unter welchen Bedingungen erweiterte Partizipationsformen wünschens- und erstrebenswert sind.

## 2. Partizipationsanspruch und Legitimitätsglaube

Schon bevor der Protest gegen das Projekt Stuttgart 21 eine Debatte über Fragen zu mehr direkter Demokratie auslöste und der Begriff „Wutbürger“ mediale Karriere machte, führten die Implementation direktdemokratischer Elemente auf Länderebene, die zunehmende Anzahl an Bürgerinitiativen und die medial vielbeachteten Formen politischen Protests zu einer Infragestellung der kritischen These von einer „Selbstbedienungsdemokratie“ (Buchstein, 1996, S. 296), die in den 90ern prominent vertreten wurde. Was sich in den letzten Jahrzehnten in der Bundesrepublik sukzessive verändert hat, ist das Partizipationsverständnis. Seit den 50er Jahren hat die durchschnittliche Zahl der politischen Proteste kontinuierlich zugenommen (Rucht, 2003). Politische Partizipation oder Protest sind heute nicht mehr Ausdruck einer tiefen ideologischen Überzeugung wie beispielsweise die Studentenproteste der späten 60er Jahre, kein dramatisches oder außergewöhnliches Element des politisch-gesellschaftlichen Prozesses, sondern eine in Form, Zielsetzung und Inhalt flexible Methode, die prinzipiell von allen Gruppen – auch den etablierten wie Verbänden und Parteien – genutzt wird (Rucht, 2003, S. 9).

Laut ALLBUS 2008 sind rund ein Drittel aller Bundesbürger bereit, sich an einer Bürgerinitiative zu beteiligen oder an einer genehmigten Demonstration teilzunehmen, um in einer politischen Sachfrage, die ihnen wichtig ist, Einfluss zu nehmen und den eigenen Standpunkt zur Geltung zu bringen. Zwei Drittel würden sich an einer Unterschriftenaktion beteiligen. Nur 14,5% hingegen wären bereit, dafür in einer Partei mitzuarbeiten. Die tatsächliche Aktionsrealisierung ist jedoch deutlich schwächer ausgeprägt: Bis 2008 haben sich 11,4 % an einer Bürgerinitiative und 22,6 % an einer genehmigten Demonstration beteiligt. Allerdings gaben mit nur 5 % noch sehr viel weniger Befragte an, sich bereits einmal in einer Partei aktiv engagiert zu haben (GESIS, 2009, S. 19-31).

Die Stabilität und Legitimität eines politischen Systems hängt grundlegend vom Vorhandensein zwischenmenschlichen Vertrauens ab (Putnam, 1993). Vertrauen in politische Repräsentanten und das politische System insgesamt ist die wichtigste Res-



source demokratischer Legitimität. Generalisiertes Vertrauen und langlebige Loyalität in Parteien waren bis in die 70er Jahre Fundamente des Parteienstaates. Wenn diese jedoch erodieren, birgt dies die heikle Problematik der Inkompatibilität von alten Systemstrukturen und neuem Staatsbürgerverständnis. Die „Partizipatorische Revolution“ (Kaase, 1984) geht seit Mitte der 80er Jahre zu Lasten der konventionellen Beteiligung, also der Beteiligung an Wahlen und dem Engagement in Parteien. Damit entsteht eine Legitimationskonkurrenz zwischen repräsentativer Demokratie und plebiszitären Instrumenten. Die neuen Partizipationsformen und die verbreitete Bereitschaft sie zu nutzen, scheint nicht mehr recht zum „alten“ politischen System zu passen.

Eine niedrige oder sinkende Wahlbeteiligung wird überwiegend als Anzeichen einer sinkenden Legitimität in Bezug auf die repräsentative Demokratieform gewertet, ebenso eine erhöhte Inanspruchnahme unkonventioneller Partizipationsformen. Legitimität erfordert das Bestehen von allgemein akzeptierten Grundnormen und konstitutiven Verfahren der Entscheidungsbildung, gekoppelt mit der Anerkennung der Bürger, dass diese Verfahren zur Verwirklichung dieser Normen geeignet sind und entsprechend angewendet werden. Der Legitimationsbegriff bezieht sich also immer auf Verfahren und Institutionen einerseits und die politische Kultur, als Summe der Legitimitätsüberzeugungen der Bürger und ihrer Akzeptanz der politischen Ordnung, ausgedrückt und messbar anhand von Meinungen, Einstellungen und Werten, andererseits.

Eine erhöhte unkonventionelle Partizipationsrate korreliert tatsächlich mit einer gesunkenen Akzeptanz des politischen Systems und gilt damit als Anzeichen für schwindende Legitimation oder „Delegitimierung der repräsentativen Demokratie“ (Dettling, 2011, S. 194). Nur knapp die Hälfte aller ALLBUS-Befragten ist sehr oder ziemlich zufrieden, ein Viertel „etwas zufrieden“ und der Rest „etwas“, „ziemlich“ beziehungsweise „sehr“ unzufrieden mit der Demokratie (GESIS, 2009, S. 58).

Eine Teilhabe an politischer Entscheidungsbildung, die der verfassten, also der institutionalisierten und als Affirmation der politischen Elite deutbaren Partizipation gegenübersteht – als Ausdruck politischen Protests, deutet entsprechend auf eine Abnahme des Legitimitätsglaubens hin und senkt damit die Legitimität, zunächst die spezifische, dann langfristig auch die diffuse aufgrund eines Misstrauens gegenüber dem Problemlösungspotenzial der politischen Akteure sowie gegenüber der Funktionalität der Entscheidungsfindungsverfahren. Das heißt, wenn die herkömmlichen, rein repräsentativen Verfahren der politischen Entscheidungsfindung von einem hohen Anteil<sup>3</sup> der Bevölkerung als nicht ausreichend für die Problemlösung angesehen werden, bröckelt bereits die elementare Legitimation. Offensichtlich sind die Deutschen genau aus diesem Unbehagen gegenüber dem Output repräsentativer Verfahren heraus engagementbereiter geworden. Diese Aktionsbereitschaft ist aus demo-

<sup>3</sup> Fraglich bleiben und mit dem kritischen Hinweis auf Diskussionsbedarf versehen werden muss an dieser Stelle die Operationalisierung des "hohen Anteils".

kratischer Perspektive zunächst einmal zu begrüßen. Demokratietheoretisch bedeutet mehr Partizipation, jedoch nicht zwangsläufig auch eine höhere Qualität der Demokratie oder mehr Legitimität. Wenngleich Partizipation als Verwirklichung des in verschiedenen Definitionen von Demokratie als zentral postulierten Selbstregierungsprinzips angesehen werden kann, gilt doch die Bürgerbeteiligung zumeist nicht als der entscheidende Qualitätsindikator für Demokratie.

Nach welchen Kriterien der Stellenwert von Bürgerbeteiligung gesetzt wird, soll im Folgenden durch den Vergleich der unterschiedlichen theoretischen Einordnungen und den mit ihnen verbundenen Vorstellungen von dem Bürger aufgezeigt werden.

### 3. Legitimität und Partizipation in der Demokratietheorie

Über die fundamentale Definition hinausgehend unterscheiden sich die theoretischen Vorstellungen und Wertmaßstäbe für Legitimität nach ihrer normativen Konzeptualisierung von Demokratie, dem Stellenwert von Input und Output und damit auch dem der Partizipation. Legitimitätsauffassungen sind außerdem veränderlich, weil der Legitimitätsglaube als zentrales Element von Legitimität von der Identität der jeweiligen Gesellschaft und ihren Subjekten abhängt.<sup>4</sup>

Innerhalb der Demokratietheorie bilden die gegensätzlichen Pole in der Bewertung des Inputs die Realistische Demokratietheorie<sup>5</sup> nach Joseph Schumpeter, die die Funktion des Demos auf die Wahlbeteiligung reduziert, auf der einen Seite und die Partizipatorische Demokratietheorie auf der anderen Seite, die den Bürger als zentralen Vetospieler einordnet. Diese fundamentale Konfliktlinie lässt sich auch als Differenzierung zwischen substanzieller oder materieller Demokratiekonzeption (Qualität nach materiellem Ergebnis für das Volk) und einer prozeduralistischen Demokratievorstellung (Qualität nach Verfahren der Partizipation) verstehen. Oder noch anders: Outputorientierte Demokratietheorien stellen die Zufriedenheit der Bürgerinnen mit den Ergebnissen des demokratischen Prozesses in den Mittelpunkt; die Legitimität des Regimes resultiert aus der Akzeptanz des Outputs des demokratischen Prozesses. Inputorientierte Demokratietheorien stellen die Beteiligung der Bürger in den Mittelpunkt und weisen ihr einen intrinsischen Wert zu; die Demokratie legitimiert sich über ihren Input-Prozess. Für die liberalen Klassiker, die zwischen diesen beiden Polen zu verorten sind, sind Entscheidungen legitim, die auf bestimmten Verfahren beruhen und eine bestimmte Qualität haben, nämlich die Anerkennungswürdigkeit und Vernunftbasis. Aufschlussreich ist die jeweilige Vorstellung von der Kompetenz und Position des Bürgers im System, denn aus ihr wird die Legitimitätskonzeption abgeleitet.

---

<sup>4</sup> Historisch gesehen ist dies als Lernprozess von den Ursprungsmythen über Naturrechtstheorien bis zum formalen Prinzip der Vernunft und dem "prozeduralen Legitimitätstypus der Neuzeit" deutbar (Habermas, 1976, S. 43f.).

<sup>5</sup> Synonym verwendet: Empirische oder Elitistische Demokratietheorie

Die Empirische Demokratietheorie bezieht Legitimation rein auf die Autorisierung der Entscheidungsträger und die Möglichkeit, diese wieder abzurufen. Die Rolle des Bürgers beschränkt sich aufs Wählen, um die politischen Eliten zu bestimmen. Einen intrinsischen Wert von Partizipation gibt es demnach nicht; die Demokratie gilt als Nebenprodukt des politischen Wettbewerbs um Ämter (Sartori, 1997, S. 161). Joseph Schumpeter (1950) geht davon aus, dass das Volk wenig von Politik verstehe oder wissen wolle, entsprechend über keine Urteilskraft verfüge, was seinen Einfluss auf die Entscheidung, wer regiere und wie lange, beschränke. Diese politische Apathie sei durchaus funktional, indem sie zur Systemstabilität beitrage.

Während die Vertreter der Realistischen Demokratietheorie die Vernunftfähigkeit der Bürger pessimistisch einschätzen und daher den politischen Eliten ein hohes Maß an Autonomie zuschreiben, sehen Benjamin Barber (2003) oder Carole Pateman (1970) innerhalb ihrer Partizipatorischen Demokratietheorie die Fähigkeit, die Bürger zur aktiven politischen Teilhabe zu motivieren, als entscheidendes Qualitätskriterium für ein demokratisches Regime an. Sie betonen entsprechend die Bedeutung der über die aktive Teilnahme an Wahlen hinausgehenden Beteiligung an der politischen Willensbildung und fordern die Maximierung der Beteiligungsoptionen.<sup>6</sup> Ihr Zweck geht über die individuelle Selbstbestimmung hinaus. Ziel ist ebenso eine „gute Politik“ als am Gemeinwohl orientierter, vernunftbasierter Output. Über verschiedene Verfahren sollen die Präferenzen so transformiert werden, dass sie miteinander sowie mit gemeinwohl- und vernunftorientierten Politikzielen harmonieren. Nach John Dewey wird das Individuum dabei selbst verändert und gelangt zu höherer politischer Beteiligungskompetenz (Dewey, 1968). Dieser Annahme folgt Pateman, die davon ausgeht, dass die Partizipation die Lebensqualität der Bürger erhöht, das moralische Wachstum ermöglicht und das Ideal der politischen Gleichheit fördert (Pateman 1970). Dieser Demokratiekonzeption liegt ein positives Menschenbild von einem Zoon Politikon zugrunde. Eine geringe Partizipationsbereitschaft liegt aus der Sicht der Partizipatorischen Demokratietheorie entsprechend an den institutionellen Schranken der liberalen Demokratie (vgl. Zittel, 2004, S. 57-58).

Für die Autoren der vielfach diskutierten deliberativen Variante<sup>7</sup> gelten allein Regeln und Kommunikationsvoraussetzungen, die zu einer Vereinbarung unter Freien und Gleichen führen als legitim (Habermas, 1976, S. 46). Deliberative Verfahren erfordern von den beteiligten Bürgern eine hohe Kompetenz und Partizipationsbereitschaft. Entscheidungen sind anerkennungswürdig unter der Bedingung der Vernunftvermutung im Diskursverfahren (vgl. Abromeit, 2002, S. 148-149). Neben der Selbstgesetzgebung ist Zweck der Demokratie in diesem Sinne „die normativ zufriedenstellende Qualität der Politik“ (Abromeit, 2002, S. 114).

---

<sup>6</sup> Über die Bewertung der Höhe des Anteils an Bürgern, die partizipieren - an Wahlen oder anderen Instrumenten - gibt es in der Demokratietheorie insgesamt wenig Anhaltspunkte.

<sup>7</sup> Ob die Deliberative Demokratie zu den partizipatorischen Modellen gezählt werden kann, darf bezweifelt werden, geht es hier doch weniger um die Inklusion möglichst vieler Bürger an der Entscheidungsfindung, sondern mehr um die Präsenz möglichst aller Argumente (vgl. Abromeit 2002, S. 101f.).

In der Liberalen Demokratie dient Partizipation als Abwehr von Paternalismus. Nach John S. Mill ist jeder Einzelne in der Lage, das für ihn Beste zu erkennen. Individuelle Rechte und Freiheiten sind zentraler Faktor der Demokratie und kommen dann zur Geltung, wenn das Individuum selbst für sie einstehen kann. Mittels Wettbewerb entsteht ein Gleichgewicht der gesellschaftlichen, divergierenden Interessen. Das Ergebnis ergibt sich aus dem Mechanismus der ‚unsichtbaren Hand‘ des Wettbewerbs und impliziert jede einzelne Präferenz, so dass ihm jedes Mitglied der Gesellschaft zustimmen kann. So werden die demokratischen Grundsätze von Freiheit und Gleichheit verwirklicht. Auch Robert Dahl geht von der Annahme aus, dass jeder Bürger in der Lage ist, über sein eigenes Interesse am besten entscheiden zu können (Dahl, 1989, S. 99-100). Dabei müsse nicht jede Frage vom Demos entscheidbar sein. Vorausgesetzt wird lediglich, dass die Bürger entscheiden können, was kollektiv verbindliche Entscheidung erfordert, welche davon vom Demos selbst zu treffen sind und wie Autorität delegiert wird (Dahl, 1989, S. 114). Dahl geht also nicht vom idealen Zoon Politikon, sondern vom ausreichend aufgeklärten Bürger aus.

Die angeführten theoretischen Demokratiekonzepte zeigen: Die Funktion von Partizipation wird – wenngleich eine Schlüsselkategorie für die Demokratie – demokratietheoretisch unterschiedlich eingeordnet, und zwar jeweils basierend auf den Kompetenzen, die den Menschen, die nicht zur politisch verantwortlichen Elite gehören, zugetraut werden. Entsprechend erfährt die Legitimationsfunktion des Outputs ihre Bewertung.

Neben den oben genannten Komponenten Legitimitätsglauben, demokratische Grundsätze und Gemeinwohlorientierung werden nun für die Einordnung der Legitimität direkter Partizipation die in den Demokratietheorien zentralen Kriterien berücksichtigt: Kompetenzen, Effizienz und Outputqualität.

## 4. Legitimationspotenziale und -probleme direkter Partizipation

### 4.1 Legitimitätsglaube

Für direkte Beteiligung spricht in legitimationstheoretischer und systemstabilisierender Sicht kurz gesagt eine Stärkung der Volkssouveränität und damit des Demokratiepostulats, die Nutzung des sozialen Kapitals des Gemeinwesens, die erhöhte Transparenz politischer Prozesse, eine höhere Akzeptanz der Entscheidungen, der Abbau der Politikverdrossenheit und eine Abkehr von elitärer Demokratie.

Entscheidend ist jedoch nicht die Erwartung dieser positiven Effekte, sondern die Anpassung der Partizipationsoptionen an den vorherrschenden Legitimitätsglauben, um diesen aufrecht zu erhalten beziehungsweise zu stabilisieren. Der in der Realistischen Demokratietheorie postulierte Grundsatz, der Bürger habe nur zu entscheiden, wer entscheidet ohne weitere inhaltliche Mitsprachemöglichkeit, reicht als Legitima-

tionsverfahren nicht mehr aus, zumal angesichts der weitreichenden Politisierung aller Lebensbereiche. Das mehrheitliche Partizipationsverständnis geht eindeutig über einfaches Wählen hinaus und beinhaltet ein individuelles Bedürfnis nach spezifischerer Interessenartikulation.

#### 4.2 Kompetenzen: Erziehung zur Demokratie?

Die Empirie zeigt weder eine überwiegend politisch desinteressierte und zu politischem Handeln unfähige oder unwillige Bevölkerung, wie die Realistische Demokratietheorie annimmt, noch kann sie die idealistischen Annahmen der Partizipatorischen Demokratietheorien bestätigen. Claus Offe meint zur klassischen, theoretischen Annahme der „intellektuellen und moralischen Selbstvervollkommnung des Bürgers“: „Zu diesem kühnen Theorem fehlt uns heute jedes soziologisch ernstzunehmende (d.h. nicht nur pädagogisch gemeinte) Äquivalent“ (Offe, 2003, S. 77-78). Ob eine Erziehung zur Demokratie durch Beteiligung erfolgt, wird nicht nur von ihm skeptisch gesehen. Was wäre außerdem mit denen, die diese höheren Kompetenzstufen nicht erreichen? Sie von den Beteiligungsverfahren auszuschließen kann keine legitime Option sein.

Neben tatsächlichen Kompetenzdefiziten ist ein mangelndes Political-Efficacy-Bewusstsein<sup>8</sup> ein erhebliches Hindernis für die Teilnahme am politischen Entscheidungsprozess und es besteht eine gegenseitige Verstärkung von Efficacygrad und Partizipationsmotivation (Hadjar & Becker, 2006). Das bedeutet jedoch auch, dass auf eine Erhöhung des Political-Efficacy-Bewusstseins durch Inklusion mit gewisser Wahrscheinlichkeit gehofft werden darf, denn: „Erfolgreiche Partizipation steigert das Political Efficacy-Bewusstsein. Political Efficacy [...] steigert die Input-Legitimation des politischen Systems und bewirkt gleichzeitig eine erhöhte Beteiligungsbereitschaft.“ (Kersting, 2008, S. 14). Je stärker der Einzelne davon ausgeht, dass seine Teilnahme an einer Unterschriftenaktion, einer Bürgerinitiative, einer öffentlichen Diskussion, einer Demonstration oder einem deliberativen Entscheidungsfindungsverfahren tatsächlich etwas bewirkt, desto geringer ist seine Aktivierungsschwelle.

#### 4.3 Outputqualität und Effizienz

Folgt man der Deutung der inputorientierten Theorien, erhöht sich mit dem Grad der Inklusion und Partizipation auch die Outputqualität. Eine hohe Qualität der politischen Entscheidungen aus der Quantität der Beteiligung zu schlussfolgern, ist jedoch problematisch, denn die Lösungsoptionen für kollektiv zu entscheidende Sachprobleme lassen sich nicht eindeutig in richtig und falsch kategorisieren, sondern werden meist von Experten wie von Betroffenen diffus bewertet. Die Bestimmbarkeit des

---

<sup>8</sup> Political Efficacy meint das subjektive Vertrauen in die Möglichkeit der Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse.

Gemeinwohls ist höchst fraglich angesichts der Divergenz gewünschter Output-Leistungen. Anders als Rousseau, der von einem kognitiv erfassbaren, wahren Gemeinwohl ausging, ist für die Vertreter der zeitgenössischen Demokratietheorie nicht klar, dass die Mehrheit unweigerlich den Gemeinwillen ausdrückt. Der Einzelwille geht nach liberalem Verständnis eben nicht (unbedingt) im Gesamtwillen auf (vgl. Abromeit, 2002, S. 123-124).

Die Erhöhung der Outputqualität kann daher nur bedeuten, weitestgehend akzeptierte Lösungen durch Verhandlung und Präferenzfeststellung durch Input-Partizipation herzustellen (vgl. Abromeit, 2002, S. 18-19).

Eine weitere Hürde tut sich auf: Partizipation ist von Seite der politischen Akteure aufgrund befürchteter Effizienzverluste nicht per se erwünscht. Nicht nur aus Sicht der politischen Entscheidungsträger stehen andere Beteiligungsformen neben dem Wählen dem Postulat effizienten Regierens im Weg. Demokratische Verfahren sind immer komplex und damit gemessen an ihren Kosten relativ ineffizient (vgl. Zolo, 1992). Mit der Ausweitung demokratischer Verfahren handelt man sich entsprechend ein Problem der Behinderung des effizienten Regierens ein, wenn Entscheidungen nach verfassten Verfahren mit den Resultaten unkonventioneller Partizipation wie Demonstrationen, Protesten oder auch deliberativer Verfahren konkurrieren: Die Partizipation betroffener Bürger kann gar die Implementation der nach repräsentativ-demokratischen Verfahren entschiedenen policy-Präferenzen verhindern.

#### 4.4 Gleichheitsdimension

Um das Legitimationspotenzial der verstärkten Partizipation für die Verbesserung der demokratischen Performanz und den Engagementwillen der Bürger für den Output zu nutzen, muss die Art der Beteiligung die Anforderungen der drei demokratischen Dimensionen Gleichheit, Freiheit und Kontrolle erfüllen.<sup>9</sup> Diese Voraussetzung ist jedoch insbesondere bezüglich der Dimension der Gleichheit nicht erfüllt. Sie wird in einem teilweise heiklen Ausmaß verletzt.

Die Millsche Annahme, aus dem Wettbewerb der Präferenzen ergebe sich eine richtige Lösung, ist überholt. Vielmehr als die These der einen Wahrheit gilt heute der Relativismus der wettstreitenden Auffassungen und Werte. Die explizite Anerkennung von Werte-Heterogenität und Werte-Dissens ist als demokratischer Fortschritt wertbar. Voraussetzung ist unabdingbar die politische Gleichheit, damit jeder dieselbe Chance hat, seine Interessen zu artikulieren: „Gleichheit bedeutet nun nicht, dass [...] die Wirkung ihrer Partizipation stets gleich ist“, sondern die gleiche Chance auf Durchsetzung politischer Ziele (Lauth, 2004, S. 35). Die spezifische Verletzung der Gleichheit besteht in der signifikant messbaren Elitenpartizipation. Effektive Partizi-

<sup>9</sup> Die drei Dimensionen Gleichheit, Freiheit und Kontrolle sind konstitutive Merkmale sowie notwendige und hinreichende Elemente der Demokratie (Lauth, 2004, S. 32-101).

pationsverfahren begünstigen vor allem höhere Bildungs- und Einkommensschichten. Vereinfacht ausgedrückt: je mehr Ressourcen, desto höher die Beteiligungswahrscheinlichkeit (Hadjar & Becker, 2006). Das Problem liegt nicht allein in einem durchschnittlichen Defizit demokratischer Kompetenzen, sondern schwerwiegender in einer „nach Klassen- und Schichtzugehörigkeit *scharf ungleich* verteilte[n] Entscheidungskompetenz“ (Offe, 2003, S. 78). Eine unterschiedliche Ressourcenausstattung in Bezug auf Bildung und Einkommen bewirkt eine unterschiedliche Wahrscheinlichkeit, sich politisch beteiligen zu können und damit eine geringere Berücksichtigung der politischen Präferenzen. Es ist zwar nach Lauth weder möglich noch sinnvoll, absolute Mindestniveaus der Partizipation anzugeben. Allein die Existenz diverser Partizipationsmöglichkeiten unter fairen und gleichen Bedingungen zählt für die Bestimmung von Demokratie, nicht ihre tatsächliche Wahrnehmung (Lauth, 2004, S. 75). Desinteresse an der Politik und Nichtpartizipation sind in einer stabilen Demokratie – bis zu einem schwer bestimmbar Maß – durchaus aushaltbar. Stark heterogene partizipationsrelevante Ressourcen bedeuten hingegen eine Verletzung der Voraussetzung der Chancengleichheit und nähren die Befürchtung der Dominanz von Partikularinteressen statt Gemeinwohlorientierung. Für die Präzisierung der formalen politischen Gleichheit spielen soziale Faktoren keine Rolle, jedoch werden sie relevant, wenn sie die reale Möglichkeit einer effektiven politischen Bürgerschaft beeinträchtigen (vgl. Lauth, 2004, S. 49-50). Eine heikle Konstellation ist gegeben, wenn durch Beteiligung von ressourcenstarken Akteuren „das Mehrheitsprinzip seine eigenen Geltungsvoraussetzungen aufzehrt. Das wäre z.B. dann der Fall, wenn eine Mehrheit lediglich dadurch, daß sie einmal zur Mehrheit geworden ist, ihre Chancen verbessern kann, auch in Zukunft Mehrheiten zu gewinnen; die Mehrheit wäre demgemäß in der Lage, den Verfahrensstatus der unterlegenen Minderheit faktisch und sogar legal, relativ oder sogar absolut, zu mindern und sich auf diese Weise auf Dauer den Charakter einer Mehrheit zu verschaffen.“ (Offe, 2003, S. 75). Derartige direkte Beteiligung liefe diametral zum Ziel der demokratischen Selbstregierung. Als ein solcher Fall kann beispielsweise der Entscheid zur Hamburger Schulreform 2010 interpretiert werden: An dem Bürgerentscheid haben mehrheitlich gut situierte, bildungsprivilegierte Wähler teilgenommen (statistik-nord, 2010) und entschieden, dass Maßnahmen, die vor allem schwächere Schüler hätten fördern sollen, nicht implementiert wurden. Die Bildungsunterschiede der Schüler, die zu Partizipationsungleichheiten im Erwachsenenalter führen, wurden damit festgeschrieben.

Damit ist auch die Dimension der Freiheit betroffen: Wenn nur eine bestimmte Elite über Wahlen hinaus zugunsten ihrer gruppenspezifischen Partikularinteressen (s.u.) partizipiert, unterliegen die Nicht-Partizipanten deren Entscheidungen ohne eigene Teilhabe. Von einer Beeinträchtigung der Qualität der Demokratie ist demnach bei sehr heterogenen sozialen Bedingungen auszugehen, wenn politische und bürgerliche Rechte von spezifischen Bevölkerungsteilen nicht wahrgenommen werden.

#### 4.5 Partikularinteressen und Kurzfristigkeit

Schließlich sind die Befürchtungen über die Folgen einer Reduzierung der Perspektive der sich beteiligenden Bürger auf die persönliche Betroffenheit zu bedenken und mit den Potenzialen abzuwägen. Partizipation wird vor allem über informelle, thematisch begrenzte und selbstorganisierte Gruppen realisiert: Politisches Engagement entspringt vermehrt individuellen Motiven und endet – anders als in traditionellen Großorganisationen – mit der Übereinstimmung von individuellem Interesse und dem strategischen Politikziel der Vereinigung. Eine erhöhte Partizipation bewirkt also gerade keine Lösung der Legitimationskrise der Parteien, sondern verstärkt sie durch die Alternative zur langfristigen Bindung. Aber politisch zu entscheiden sind eben nicht nur Fragen der Mikroebene, sondern grundlegende, örtlich und zeitlich weitreichende policies. Es entsteht ein Problem der Integration in „einer politischen Gesellschaft von politisierten Individualisten, die sich jeweils nur für begrenzte Thematiken interessieren und engagieren“ (Greven, 1997, S. 248). Politisch nicht verantwortlichen Individuen wird entsprechend die Vertretung von Partikularinteressen, der Mangel an Gemeinwohlorientierung und eine hohe Risikofreudigkeit zugeschrieben (Kersting, 2008, S. 17-19). Parteien und Amtsträger hingegen sind – zumindest normativ betrachtet – nicht nur den Wünschen der Bürger gegenüber, sondern für etwas verantwortlich, insbesondere für die Garantie und Durchsetzung politischer und bürgerlicher Rechte (vgl. Lauth, 2004, S. 80).

### 5. Fazit

Aus der vorliegende Analyse resultieren im Wesentlichen drei Erkenntnisse bezüglich der Anforderungen an direkte Partizipation: Erstens lässt sich das gewachsene Partizipationsbedürfnis nicht wieder zurückdrängen und in alte Formen pressen, die dem repräsentativen Parlamentarismus entsprechen. Die Verfahren des politischen Entscheidungsprozesses sind zwar nicht selbst Gegenstand von Regierungshandeln oder alltäglicher Diskurse, jedoch auch nicht völlig frei von Kontingenz, das heißt, über Entscheidungsverfahren kann erneut entschieden werden, wenn sie den empirischen „Test ihrer eigenen Rationalität und damit Stabilität“ nicht bestehen (Offe, 2003, S. 62). Die herkömmlichen, repräsentativen Verfahren zur Herstellung von Legitimität reichen nicht mehr aus, um den Grad an Legitimität zu halten. Die sich in Mitglieder- und Wählerverlusten darstellende Parteienkrise zeigt dies deutlich. Es müssen weitere Beteiligungsverfahren zum Standard der Demokratie werden.

Zweitens ist diese Entwicklung voraussetzungsvoll. Zu den elementaren Grundvoraussetzungen für eine Orientierung der politischen Verfahren an direktdemokratischen Instrumenten mit verbindlichen Resultaten zählen eine gemeinsame Basis der Entscheidungsfindung und Einigung über kollektive Ziele, umfassende Wertorientierungen und demokratische Grundeinstellungen zur Verhinderung reiner Interessenpo-



litik sowie ein vopolitisches Bewusstsein zur Stärkung der Solidarität zwischen den Gemeinschaftsmitgliedern (vgl. Heidbrink, 2006).

Wie entscheidend die Bürgerkompetenzen beziehungsweise das Zutrauen in diese für die Ausgestaltung von Beteiligungsverfahren sind, wird bereits bei der Analyse der divergenten demokratietheoretischen Positionen deutlich. Klar herauszustellen ist das Erfordernis von spezifischen Kompetenzen, die zur Teilnahme an demokratischer Willensbildung befähigen – nicht etwa rein normativ, sondern ganz praktisch: Demokratische Partizipation bedarf der Möglichkeit der ausreichenden Information über die zu entscheidenden Sachverhalte und die Qualifikationen können als „Fundament für die Realisierung der Rechte“ angesehen werden (Buchstein, 1996, S. 296). Die erforderlichen Bürgerkompetenzen müssen dafür vermittelt, können nicht a priori vorausgesetzt werden: Die kognitive Kompetenz beinhaltet das Wissen über die politische Ordnung und funktionale Zusammenhänge sowie die Lernfähigkeit und -bereitschaft bezüglich Voraussetzungen politisch zu entscheidender Fragen. Die prozedurale Kompetenz ermöglicht, Partizipationschancen wahrzunehmen und beinhaltet Kenntnisse über Verfahren, unter anderem darüber, ob oder dass es Möglichkeiten gibt, sich an einer Wahl passiv und aktiv zu beteiligen, an Volksinitiativen, -begehren und -entscheiden teilzunehmen beziehungsweise sie zu organisieren. Durch die habituelle Kompetenz schließlich wird oben genanntes Wissen und Erkennen zu Handeln, auch wenn dies (vordergründig) nicht im ausschließlichen Eigeninteresse des Handelnden liegt (Münkler, 1997, S. 155-157). Zur breiten Vermittlung dieser Qualifikationen, die zur möglichst weitgehenden Inklusion führt, ist die entsprechende schulische Bildung erforderlich. Zwar ist das Bildungsniveau in der Bundesrepublik auf historisch höchstem Stand, aber vor allem marktorientiert – zulasten einer demokratischen Erziehung.

Von der Verbesserung der Kompetenzen durch vermehrte politische Teilhabe auszugehen, wie die Partizipatorischen Demokratietheorien, ist nicht abwegig, wurde jedoch bisher nicht klar empirisch belegt. Vielmehr müssen erst die Kompetenzen geschaffen werden, um die Teilhabe zu ermöglichen. Entscheidend für die Demokratiequalität ist nicht die Beteiligung einer sehr hohen Anzahl an Bürgern, sondern die ressourcenarme Möglichkeit und die Bedingung der Chancengleichheit der Teilnahme sowie die Motivierung zur Partizipation durch die reale Aussicht auf Umsetzung der Ergebnisse. Der Glaube an die Möglichkeit zur Einflussnahme ist entscheidend für die individuelle Bereitschaft zur Partizipation und zur Aneignung der entsprechenden Kompetenzen. Affirmative action von Seiten des Staates zur Stärkung der partizipationsrelevanten Kompetenzen ist daher – trotz einiger Einwände und Probleme – positiv für die Funktionsweise einer Demokratie zu bewerten und erforderlich. Soziale Ungleichheit ist nur zu tolerieren, solange sie nicht politische und bürgerliche Rechte verletzt (Lauth, 2004, S. 52).<sup>10</sup>

---

<sup>10</sup> Eine weitere Ungleichheit, die hier nur erwähnt werden kann, besteht im stark ausgeprägten Lobbyismus. Die Verhandlungsdemokratie bietet wenig effiziente Beteiligungschancen für Bürger, der Staat kooperiert in entscheidenden Bereichen vor allem mit ressourcenstarken Interessensgruppen.

Gemeinwohlorientierung bei politischen Entscheidungen als weitere Voraussetzung zu fordern, ist ein hohes Ziel. Zunächst kann die Beförderung sozio-ökonomischer Homogenität und die Implementation von Instrumenten politischer Bildung in einem für die Gleichheit politischer Partizipationschancen erforderlichem Maße zu einem faireren Interessensaushandeln führen.

Dazu gehört auch die dritte Konsequenz, die Berücksichtigung der begrenzten Reichweite partizipatorischer Entscheidungen. Zur Limitierung führt nicht nur der eingeschränkte Gestaltungsbereich der Demokratie – grundlegende bürgerliche und politische Individualrechte, damit der Minderheitenschutz und die demokratischen Verfahren stehen nicht zur Disposition (vgl. Lauth, 2004, S. 63). Ebenso müssen Entscheidungen ausgeklammert werden, die bestehende Ungleichheiten verstärken und die Elitenpartizipation auch für die Zukunft begünstigen. Bei einem Verzicht auf die genaue Prüfung und Begrenzung der inhaltlichen Reichweite direktdemokratischer Entscheidungen ist eine Entwicklung zur populistischen Referendumsdemokratie zu befürchten, wie Sartori sie zeichnet: Statt Berücksichtigung von Minderheitsrechten, Kompromissen und Aushandeln führe sie zur Konfliktmaximierung, denn „(w)as jeder für sich selbst wünscht, kann in der Gesamtheit zu etwas führen, das keiner wollte.“ (Sartori, 1997, S. 127-128).

Dieses Negativszenario sollte jedoch nicht zur Prädetermination der Demokratieentwicklung gedeutet werden. Schließlich bedeuten wirksame erweiterte Beteiligungsformen, die Bürger als solche ernst zu nehmen und damit der aus dem Gefühl der Bedeutungslosigkeit hervorgehenden politischen Apathie der bislang Unbeteiligten entgegenzuwirken.

## Literatur

- Abromeit, H. (2002). *Wozu braucht man Demokratie? Die postnationale Herausforderung der Demokratietheorie*. Opladen: Leske + Budrich.
- Barber, B. R. (2003). *Strong democracy. Participatory politics for a new age*. Berkeley, London: University of California Press.
- Buchstein, H. (1996). Die Zumutungen der Demokratie. Von der normativen Theorie des Bürgers zur institutionell vermittelten Präferenzkompetenz. In K. von Beyme & C. Offe (Hrsg.), *Politische Theorien in der Ära der Transformation* (S. 295-324). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Dahl, R. (1989). *Democracy and its critics*. New Haven: Yale University Press.
- Dettling, W. (2011). Engagement- und Demokratiepoltik in Deutschland: Beobachtungen vom Tage, kritische Bilanz und Ausblick. In K. Beck & J. Ziekow (Hrsg.), *Mehr Bürgerbeteiligung wagen. Wege zur Vitalisierung der Demokratie* (S. 193-200). Wiesbaden: VS Verlag.
- Dewey, J. (1968). *Democracy and education. An introduction to the philosophy of education*. New York: Free Press.

- GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2009). *Datenhandbuch ALLBUS 2008*, Studien-Nr. 4600. Köln und Mannheim.
- Greven, M. Th. (1997). Politisierung ohne Citoyens. Über die Kluft zwischen politischer Gesellschaft und gesellschaftlicher Individualisierung. In A. Klein & R. Schmalz-Bruns (Hrsg.), *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland* (S. 231-251). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Habermas, J. (1976). Legitimationsprobleme im modernen Staat. In P. G. Kielmansegg (Hrsg.), *Legitimationsprobleme politischer Systeme* (S. 39-61). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hadjar, A. & Becker, R. (2006). Politisches Interesse und politische Partizipation. In dies. (Hrsg.), *Die Bildungsexpansion. Erwartete und unerwartete Folgen* (S. 179-204). Wiesbaden: VS Verlag.
- Heidbrink, L. (2006). Verantwortung in der Zivilgesellschaft: Zur Konjunktur eines widersprüchlichen Prinzips. In L. Heidbrink & A. Hirsch (Hrsg.), *Verantwortung in der Zivilgesellschaft. Zur Konjunktur eines widersprüchlichen Prinzips* (S. 13-35). Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- Kaase, M. (1984). The challenge of the „Participatory Revolution“ in pluralist democracies. *International Political Science Review*, 5, 299-318.
- Kersting, N. (2008). Innovative Partizipation: Legitimation, Machtkontrolle und Transformation. Eine Einführung. In ders. (Hrsg.), *Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation* (S. 11-39). Wiesbaden: VS Verlag.
- Lauth, H.-J. (2004). *Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Münkler, H. (1997). Der kompetente Bürger. In A. Klein & R. Schmalz-Bruns (Hrsg.), *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland* (S. 153-172). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Offe, C. (2003). *Herausforderungen der Demokratie. Zur Integrations- und Leistungsfähigkeit politischer Institutionen*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Pateman, C. (1970). *Participation and democratic theory*. London: Cambridge University Press.
- Putnam, R. D. (1993). *Making democracy work. Civic traditions in modern Italy*. Princeton: Princeton University Press.
- Roth, R. (2010). Engagementförderung als Demokratiepolitik: Besichtigung einer Reformbaustelle. In T. Olk, A. Klein & B. Hartnuß (Hrsg.), *Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe* (S. 611-636). Wiesbaden: VS Verlag.
- Rucht, D. (2003). Zum Wandel politischen Protests in der Bundesrepublik. Verbreiterung, Professionalisierung, Trivialisierung. *vorgänge*, 4, 4-11.
- Sartori, G. (1997). *Demokratiethorie*. Darmstadt: Primus Verlag.
- Schumpeter, J. (1950). *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* (2. Aufl.). Bern: Francke.
- [www.statistik-nord.de/wahlen/wahlen-in-hamburg/volksentscheide/2010](http://www.statistik-nord.de/wahlen/wahlen-in-hamburg/volksentscheide/2010)

- Zittel, T. (2004). Partizipative Demokratie und Politische Partizipation. In A. Kaiser & T. Zittel (Hrsg.), *Demokratiethorie und Demokratieentwicklung. Festschrift für Peter Graf Kielmansegg* (S. 55-74). Wiesbaden: VS Verlag.
- Zolo, D. (1992). *Democracy and complexity. A realist approach*. Cambridge: Pennsylvania State University Press.



**Dr. Yvonne Kuhn**  
*Helmut-Schmidt-Universität*  
*Holstenhofweg 85*  
*D-22043 Hamburg*  
*ykuhn@hsu-hh.de*

*Dr. Yvonne Kuhn, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg (Universität der Bundeswehr), Institut für Politikwissenschaft. Forschungsschwerpunkte: Politische Kultur und Kommunikation, Wahlkämpfe, Partizipation. Letzte Veröffentlichung: Selbstreflexivität, Sachlichkeit, Entpolitisierung: Strategien der Bundestagswahlkämpfe 1998-2009. In: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2011: VS Verlag für Sozialwissenschaften.*

# Direkte Demokratie als Allheilmittel? Möglichkeiten und Grenzen der Volksgesetzgebung

*Christina Eder*

*GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften Mannheim*

## **Zusammenfassung**

Kann die direkte Demokratie, insbesondere die Volksgesetzgebung, in den deutschen Bundesländern wirklich als Allheilmittel eingesetzt werden, um Politikverdrossenheit zu kurieren? Um diese Frage zu beantworten, werden die Hauptargumente der Debatte für und wider die Direktdemokratie aufgegriffen und für die Länder ausgewertet. Es zeigt sich, dass das Bild weder so düster ist, wie es die Gegner der Direktdemokratie häufig zeichnen, noch so brillant, wie es die Befürworter gern darstellen.

Schlüsselbegriffe: Direkte Demokratie, Volksgesetzgebung, Bundesländer, Politikverdrossenheit

## **Direct Democracy as Universal Remedy? Promises and Limits of the Popular Initiative**

### **Abstract**

Can direct democracy, most notably the popular initiative, serve as a cure for political disenchantment in the German Länder? To answer this question, this article summarizes the main arguments usually voiced in favor and against direct democracy and tests them for the Länder. The national level cannot be taken into account as the Basic Law does not provide for the instrument. The arguments are grouped along the key words participation, competencies, minority rights, accountability and legal requirements. Each subsection ends with a short description of the situation in Germany. The summary shows that the overall picture is neither as dark as direct democracy's opponents paint it, nor as bright as its defenders suggest.

Key words: Direct democracy, popular initiative, German Länder, political disenchantment

## 1. Einleitung<sup>1</sup>

„Stuttgart 21“ – dieses Schlagwort ist mittlerweile zum Inbegriff für die Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung geworden. Passend dazu wurde der Begriff „Wutbürger“ von der deutschen Gesellschaft für Sprache zum Wort des Jahres 2010 gewählt, Medienberichte künden von einer neuen „Auflehnungsbereitschaft“<sup>2</sup>, die diesmal augenscheinlich auch von der breiten Mitte der Gesellschaft getragen wird. Damit reiht sich „Stuttgart 21“ als aktuellstes Beispiel in die seit vielen Jahren geführten Diskussionen um die Rolle der Bürger in einer modernen Demokratie ein. Angesichts der teils sehr emotional geführten Debatte stellt sich jedoch die Frage, ob die oft suggerierte Gleichung „Politikverdrossenheit + direkte Demokratie = Lösung aller Probleme“ für die deutschen Bundesländer gültig ist. Kann die direkte Demokratie als Allheilmittel wirken und die Kluft zwischen Volk und Regierung überwinden? Ist insbesondere die Volksgesetzgebung überhaupt dafür geschaffen, die angesprochenen Probleme zu lösen und die hohen Erwartungen zu erfüllen? Mit diesen Fragen beschäftigt sich der vorliegende Beitrag.

Im Folgenden bezieht sich der Begriff *direkte Demokratie* auf alle Instrumente, die es dem Wähler erlauben, auch während der Legislaturperiode und punktuell auf konkrete Sachfragen bezogen Einfluss auf den politischen Entscheidungsfindungsprozess zu nehmen. Regelmäßig stattfindende Wahlen zur Konstituierung von Parlamenten fallen nicht darunter. Die Begriffe „direkte Demokratie“, „unmittelbare Beteiligungsrechte“ und „Volksrechte“ werden synonym verwendet. Der Fokus dieses Beitrags liegt auf der *Volksgesetzgebung*, die aus der Mitte des Volkes heraus initiiert wird und deren letzte Stufe der Volksentscheid ist.

Das nächste Kapitel ist der Entwicklung und der Ausgestaltung der Volksgesetzgebung in Deutschland gewidmet, Kapitel 3 stellt die Hauptargumente der Debatten dar. Dort wird auch auf die praktischen Möglichkeiten und Grenzen der Volksgesetzgebung in den Bundesländern eingegangen. Exemplarisch werden Erkenntnisse aus der Schweiz und den USA einbezogen. Der Beitrag schließt mit einer Zusammenfassung.

## 2. Die Volksgesetzgebung

Die Volksgesetzgebung, in der Schweiz und den USA auch als Volksinitiative bekannt, ist ein direktdemokratisches Instrument, das von unten, also aus der Mitte der Bevölkerung heraus, initiiert wird. Da die Auslöskompetenz bei den Bürgern liegt, hat die Regierung keine Kontrolle über den Start eines solchen Verfahrens, ebenso wenig obliegt ihr die Formulierung des Abstimmungsgegenstandes (Smith, 1976). Seit 1996 ist die Volksgesetzgebung in allen Bundesländern vorhanden, das

---

<sup>1</sup> Ich danke den Teilnehmern und Organisatoren der Konferenz "Politisches Engagement heute - Voraussetzungen, Formen und Förderungsmöglichkeiten aus interdisziplinärer Perspektive", sowie den beiden anonymen Gutachtern der Zeitschrift für ihre Anregungen und Kommentare zu diesem Artikel.

<sup>2</sup> "Die neue Auflehnungsbereitschaft", faz.net vom 24.09.2010, Zugriff am 22.12.2010.

Grundgesetz sieht hingegen bisher neben den Artikeln 29 (Länderneugliederung) und 146 (Ratifizierung einer neuen Verfassung) keine weiteren unmittelbaren Volksrechte auf Bundesebene vor.

Die Volksgesetzgebung ist in den Bundesländern generell dreistufig und in die Phasen Einleitung, Volksbegehren und Volksentscheid gegliedert. Um einen Antrag auf Zulassung eines Verfahrens zum Volksbegehren stellen zu können, müssen die Initiatoren zunächst eine gesetzlich festgelegte Anzahl an Unterschriften sammeln. Diese sind zusammen mit dem Zulassungsantrag und einem ausformulierten Gesetzesvorschlag bei der zuständigen Landesstelle einzureichen und werden dort geprüft. Wird die Zulassung erteilt, so folgt die Phase des Volksbegehrens, in welcher eine um ein Vielfaches höhere Zahl an Unterschriften gesammelt werden muss. Im Gegensatz zur ersten Phase ist die dafür zur Verfügung stehende Sammelfrist relativ kurz. Zudem dürfen die Unterschriften in den meisten Ländern nur in Amtsräumen geleistet werden, wohingegen in der Einleitung eine freie Sammlung an Haustüren oder auf der Straße möglich ist. Bei Erreichen des vorgeschriebenen Unterschriftenquorums kommt es zum Volksentscheid und damit zur verbindlichen Abstimmung über das Anliegen der Initiatoren. Außer in Bremen kann der Landtag einen Gegenvorschlag formulieren, den er dem Volk an der Urne als Alternative vorlegt. Das Parlament hat außerdem die Möglichkeit, das Anliegen der Initiatoren im Prozess zu übernehmen und das Verfahren damit zu beenden, bevor es zur finalen Abstimmung kommt.

Thematisch ist die Nutzung der Volksgesetzgebung auf Politikbereiche beschränkt, in denen das Land Entscheidungskompetenzen hat; die meisten Verfahren wurden folglich bisher in den Feldern Staatsordnung und Bildung initiiert. In Deutschland gilt ferner ein sogenanntes „Finanztabu“, das Volksgesetzgebungsverfahren mit finanziellen Auswirkungen auf den Landeshaushalt einschränkt (vgl. Jutzi, 2003, S. 280; Landwehr, 2004, S. 162-163). Mittlerweile hat sich die Rechtsprechung in diesem Punkt jedoch leicht geändert (Neumann, 2002; Zschoch, 2003, S. 441).

### 3. Für und Wider der Direktdemokratie

Die Wurzeln unserer modernen Demokratie lassen sich bis in die Stadtstaaten des antiken Griechenlands zurückverfolgen; das Begriffsverständnis hat sich seitdem allerdings grundlegend verändert. Während die *polis* als Versammlungsdemokratie strukturiert war, basieren heutige Demokratien auf dem Repräsentationsprinzip, das auf verschiedenste Weise mit direktdemokratischen Elementen angereichert wird.

Die Debatte um das Für und Wider der Direktdemokratie wird ebenfalls seit langer Zeit geführt, in den Reihen der Befürworter und Gegner finden sich so prominente Namen wie Kant ([1795] 1983), Mill ([1861] 1977a,b), Rousseau ([1762] 2006), Schumpeter (1950) oder die Federalists ([1787/88] Ball 2003). In den nächsten Abschnitten werden die Hauptargumente der Diskussion überblicksartig dargestellt, wobei der Fokus auf dem Instrument Volksgesetzgebung liegt. Die Argumente wer-

den nach „Schlagworten“ sortiert betrachtet, jeder Punkt endet mit einer kurzen Darstellung der Situation in Deutschland.

### 3.1 Bürgerbeteiligung

Ein Argument für die Volksgesetzgebung ist die Tatsache, dass sie jedem Bürger und jeder Gruppierung offen steht, es bedarf keiner Mitgliedschaft in einer Partei oder anderen Organisation. Auch die Unterstützung des Anliegens durch eine Partei oder Vereinigung ist nicht notwendig, kann sich beim Sammeln der benötigten Unterschriften jedoch als hilfreich erweisen. Desweiteren kann das Instrument genutzt werden, um den parlamentarischen Entscheidungsprozess zu umgehen und ein Anliegen direkt vor das Volk zu bringen. Nach Smith (1998, S. 8) ist dieser Weg insbesondere dann für Bürger und Interessensgruppen attraktiv, wenn das Parlament ein Anliegen ignoriert oder durch parteipolitische Machtkämpfe in seiner Entscheidungsfähigkeit blockiert ist. Bisher ungehörten oder unterrepräsentierten Gruppen eröffnet sich ferner die Möglichkeit, ihre Interessen zu artikulieren und auf die Tagesordnung zu setzen; das Instrument stattet die Initiatoren in diesem Fall mit Agenda-Setting-Power aus (Magleby, 1994). Gelangen neue und innovative Ideen in die Diskussion, kann es zudem als „Gaspedal“ wirken und Entwicklungen beschleunigen (Freitag, Vatter & Müller, 2003). Insgesamt besticht die Volksgesetzgebung laut ihren Befürwortern also durch die zusätzliche Einflussmöglichkeit auf den politischen Entscheidungsprozess. Der Bürger erhält auch während der Legislaturperiode die Möglichkeit, sich zu bestimmten Themen zu äußern; die wahrgenommene eigene politische Efficacy kann durch diese Erweiterung des Handlungsportfolios entscheidend gesteigert werden.

Die Initiation eines Verfahrens ist allerdings alles andere als trivial. Da es sich bei der Volksgesetzgebung um ein Gesetzgebungsverfahren handelt, verlangt die Nutzung des Instruments von den Initiatoren ein hohes Maß an politischem und juristischem Vorwissen. Es ist also möglich, dass weniger gebildete und politisch weniger interessierte Personen oder Gruppen das Instrument nicht nutzen, weil sie von seiner Komplexität abgeschreckt werden. Für Volksgesetzgebungsverfahren könnte somit das Gleiche zutreffen wie für reguläre Wahlen auch: sie sind „systematically biased in favor of privileged citizens (those with better education, higher incomes, and greater wealth) and ... biased against less privileged citizens“ (Lijphart, 1998, S. 1-2).

Ein weiteres Gegenargument ist die Missbrauchsgefahr. Volksgesetzgebungsverfahren umgehen das Parlament und damit eine Arena der Verhandlung. Während das Parlament mit seinen Ausschüssen und Expertenanhörungen allen beteiligten Gruppen die Möglichkeit bietet, sich zu einem Thema zu äußern, gibt es in der öffentlichen Debatte keine vergleichbaren Strukturen. Damit besteht das Risiko, dass einige Stimmen lauter gehört werden als andere und dass manche komplett ignoriert werden. Interessengruppen können zudem versuchen, die Verfahren zu nutzen, um Partikularinteressen durchzusetzen. In den USA, wo enorme Summen auf beiden Seiten einer Kampagne ausgegeben werden und sich in einigen Staaten eine regelrechte „Stim-



mensammelindustrie“ entwickelt hat, fällt der Macht des Geldes in den Diskussionen eine zentrale Rolle zu (Ellis, 2003; Lupia & Matsusaka, 2004; Tolbert & Smith, 2006). Es ist auch noch nicht abschließend geklärt, ob die Volksgesetzgebung Regierungen in diesen Situationen „more responsive to the public“ oder eher „more responsive to special interests“ macht (Matsusaka, 2004, S. 2).

Desweiteren wird der Volksgesetzgebung vorgeworfen, dass sie als „Bremse“ im politischen Prozess wirke, denn gerade in der Schweiz wird sie für den so genannten „Konkordanzzwang“ (Neidhart, 1970) verantwortlich gemacht: Die starke Stellung der Volksrechte verlange die Inklusion von „referendumsfähigen Gruppen“ in die parlamentarische Entscheidungsfindung, um nachträglichen Revisionen durch das Volk vorzubeugen (Linder, 2005, S. 246). Somit bestünde das Risiko einer deutlichen Verlangsamung des Gesetzgebungsprozesses durch das Einbeziehen zusätzlicher Veto-Spieler.

In den Bundesländern lassen sich Beispiele für die Bremse- und die Gaspedal-These finden. Eine Beschleunigung des politischen Prozesses wurde unter anderem durch den Nichtraucher-Volksentscheid in Bayern erwirkt, denn die Einführung solch strikter Regelungen war von der Landesregierung zu diesem Zeitpunkt nicht vorgesehen. Gleiches gilt für die Volksentscheide zur Absenkung direktdemokratischer Hürden bzw. zur Einführung kommunaler Direktdemokratie in Bayern und Hamburg. Als Bremse kann der Volksentscheid gegen die Schulreform in Hamburg gewertet werden, der eine vom repräsentativen System getroffene Entscheidung wieder revidierte.

Da die Unterschriften in Deutschland zumeist in Amtsräumen zu leisten sind, ist eine professionelle Sammlung von Unterschriften nicht beobachtet worden. Über die finanziellen Einsätze der Initiatoren und Gegner wurde in den Bundesländern bis dato kaum geforscht.

### 3.2 Bürgerkompetenzen

Die Befürworter der unmittelbaren Volksrechte gehen davon aus, dass durch die aktive Teilnahme am politischen Prozess ein Lerneffekt entsteht: Wenn die Bürger die ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, lernen sie nicht nur, wie viel politische Macht sie besitzen, sie verstehen außerdem den politischen Entscheidungsfindungsprozess viel besser. Als Konsequenz daraus sind sie besser informiert und somit fähig, bessere Entscheidungen zu fällen (Benz & Stutzer, 2004). Eine informierte und politisch gebildete Gesellschaft kann dann „mit den Komplexitäten der Politik umgehen und ihre eigenen politischen Entscheidungen treffen“ (Dalton, 2004, S. 9).

Die Gegner der direkten Demokratie betrachten die politischen Fähigkeiten des Durchschnittsbürgers dagegen eher skeptisch (Kriesi, 2005; Schumpeter, 1950; Tolbert, McNeal & Smith, 2003). In ihren Augen mangelt es den Bürgern sowohl am nötigen Interesse, als auch an der notwendigen politischen Bildung, um informierte Entscheidungen über komplexe Sachfragen treffen zu können. Stattdessen fordern sie,

diese Entscheidungen den Eliten zu überlassen. Der Einfluss des einzelnen Wählers auf die Politik sollte folglich auf den Wahltag und die Auswahl von Repräsentanten beschränkt bleiben, die fortan in seinem Sinne handeln. Zusätzliche Mitbestimmungsmöglichkeiten wie die Volksgesetzgebung werden abgelehnt, da sie unter anderem die Gefahr bergen, dass das Volk von Partikularinteressen instrumentalisiert wird.

Eine politische Entscheidung, die mittels Volksentscheid getroffen wird, verlangt desweiteren den Wählern einiges ab (Smith, 1998, S. 15). Parlamentarier können auf ein engmaschiges Netz aus Experten, Berichten und Parteiempfehlungen zurückgreifen, wenn sie über einen Antrag abstimmen sollen, von den Bürgern wird hingegen erwartet, dass sie sich ihre Informationen größtenteils selbst beschaffen. Befürworter und Gegner eines Anliegens nutzen im Regelfall die Medien, um ihre Ansichten zu verbreiten. Hier werden jedoch häufig komplizierte Argumente in eingängige Slogans verwandelt (Benz & Stutzer, 2004, S. 56), was die Gefahr unvollständiger oder falscher Informationen mit sich bringt. Ob dieses Problem beispielsweise durch das Konsultieren mehrerer Informationsquellen oder die Nutzung von Heuristiken abgemildert werden kann, hängt vom einzelnen Wähler und seinen individuellen Fähigkeiten ab (Kriesi, 2005; Lupia & Matsusaka, 2004).

Wie sieht nun die Situation in Deutschland aus? Betrachtet man das durchschnittliche Bildungsniveau der Bevölkerung näher, so zeigt der internationale Vergleich, dass „der Anteil der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren mit mindestens einem Abschluss des Sekundarbereichs II (Abitur, Lehrabschluss oder Berufsfachschulabschluss, Fachhochschul- oder Hochschulabschluss) seit 2004 kontinuierlich“ ansteigt.<sup>3</sup> Deutschland erreichte 2008 einen Wert von 85 Prozent und liegt damit deutlich über dem OECD-Durchschnitt.

Das große Angebot an Zeitungen, Fernseh- und Radionachrichten und vor allem das Internet ermöglichen es dem interessierten Bürger, auf eine Vielzahl an Informationen aus unterschiedlichen Quellen zurückzugreifen. Gelangt ein Verfahren bis an die Urne, so starten Unterstützer und Gegner zudem im Regelfall Abstimmungskampagnen, in manchen Bundesländern erhalten die stimmberechtigten Haushalte auch Broschüren des Landes, in dem der zur Abstimmung stehende Gegenstand sowie die unterschiedlichen Positionen erläutert werden. Theoretisch stehen dem Wähler damit die notwendigen Informationen zur Verfügung, es liegt allerdings in der Hand des Einzelnen, ob er sie auch wirklich nutzt.

Ein hohes Bildungsniveau und ein breites Angebot an Information sind jedoch nicht gleichzusetzen mit politischem Wissen und politischem Interesse. Hoch gebildete Personen, die die Fähigkeit besitzen, sich die notwendigen Informationen für politische Entscheidungen zu beschaffen, können gleichzeitig politisch völlig desinteressiert sein und umgekehrt. Im Politbarometer<sup>4</sup> findet sich eine Frage nach dem politi-

<sup>3</sup> Pressemitteilung Nr. 313 des Statistischen Bundesamts vom 08.09.2010.

<sup>4</sup> Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim: Politbarometer 1977-2007 (partielle Kumulation). GESIS Datenarchiv, Köln, Deutschland, ZA2391, Version 1.0.0, doi:10.4232/1.2391. Variablen V21 und V4. Das kumulierte Politbarometer enthält keine Wissensfragen.

schen Interesse der Teilnehmer. Zwischen 1992 und 2007 gaben jeweils über 40 Prozent der Befragten an, dass sie sich stark oder sehr stark für Politik interessierten. Überhaupt nicht für Politik begeistern konnten sich jeweils nur rund 5 Prozent. Aus dem Querschnitt der GLES 2009<sup>5</sup> lässt sich ablesen, dass knapp mehr als die Hälfte der Befragten korrekt angeben konnten, welche der beiden Stimmen bei der Bundestagswahl die für die Sitzverteilung entscheidende ist, 37 Prozent antworteten falsch. Exakt 67 Prozent konnten die Frage richtig beantworten, ab wie viel Prozent der Stimmen eine Partei auf jeden Fall Abgeordnete in den Bundestag entsenden kann. Insgesamt können 44 Prozent der Probanden beide Fragen korrekt beantworten, weitere 32 Prozent immerhin eine.

Zusammenfassend lässt sich somit festhalten, dass die deutschen Wähler hinsichtlich Bildung, Informationsstand und politischem Interesse deutlich besser abschneiden als von den Gegnern der Volksgesetzgebung angenommen. Über die von Benz und Stutzer (2004) aufgedeckten positiven Effekte der Direktdemokratie auf die politische Informiertheit kann aufgrund fehlender Daten für die Bundesländer keine gesicherte Aussage getroffen werden. Erste Ergebnisse einer Untersuchung zum bayerischen Nichtrauchervolksentscheid 2010 (Schoen, Glantz & Teusch 2011) zeichnen ein eher negatives Bild, es handelt sich hierbei aber nur um die Untersuchung einer einzelnen Abstimmung. So wichtig diese Studie als erste ihrer Art ist, sind weitere Analysen auf breiter Datenbasis von Nöten, bevor geschlossen werden kann, dass die Bundesbürger trotz Volksgesetzgebung wenig informiert oder gar politisch desinteressiert sind.

### 3.3 Minderheitenrechte

Die Eigenschaft der Volksgesetzgebung, den politischen Prozess für bisher wenig oder gar nicht gehörte und unterrepräsentierte Gruppen zu öffnen, wird insbesondere im Bezug auf Minderheiten immer wieder positiv hervorgehoben. Minderheiten können dabei ethnische, religiöse oder sprachliche Gruppen sein oder schlicht Gruppen, die die Minderheitenmeinung vertreten. Die Volksgesetzgebung wird, je nach geltender Rechtslage, sogar als „power-sharing“-Instrument bezeichnet, da Minderheiten durch sie nicht nur die Chance haben, ihr Anliegen auf die Tagesordnung zu bringen, sondern auch die Möglichkeit erhalten, ihr Veto gegen eine Entscheidung einzulegen (Vatter, 2002, S. 311).

Wie oben bereits ausgeführt, beinhaltet gerade der freie direktdemokratische Diskurs außerhalb des Parlaments für Minderheiten auch Risiken. Das Hauptcharakteristikum der Demokratie ist der Mehrheitsentscheid, der immer die Gefahr einer „Tyrannei der Mehrheit“ in sich birgt (Tocqueville [1835/40] 1985, S. 139). Dem parlamentarischen Entscheidungsprozess wird die Fähigkeit zugesprochen, zwischen verschiede-

---

<sup>5</sup> Rattinger, Roßteutscher, Schmitt-Beck, Weißels: German Longitudinal Election Study - Nachwahl-Querschnitt, 28.09.-23.11.2009. GESIS, Köln: ZA5301, Version 3.0.0, doi: 10.4232/1.10352. Variablen vn125 und vn126.

nen Interessen zu vermitteln. Volksgesetzgebungsverfahren und Referenda stellen hingegen verschiedene Interessen gegeneinander, anstatt sie auszubalancieren, was in einer totalen Niederlage der Minderheit enden kann. Kompromisse sind, im Gegensatz zum parlamentarischen Prozess, in der Regel nicht möglich.

Während der Schutz von ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten bei Abstimmungen in der Schweiz und in den USA immer wieder ein großes Thema ist (Tolbert & Smith, 2006, S. 29-32)<sup>6</sup>, spielte dieser Aspekt für Deutschland bisher keine Rolle, denn es wurde noch kein Zulassungsantrag für ein Volksbegehren gestellt, das den Anschein hatte, die Rechte dieser Gruppen zu tangieren. Die in den meisten Bundesländern üblichen Zustimmung- und Beteiligungsquoten stellen zudem sicher, dass Minderheiten, egal welcher Art, an der Urne nicht einfach übergangen werden können.

### 3.4 Verantwortlichkeit

Legt man einem demokratischen System, das repräsentative und direktdemokratische Elemente verbindet, das Prinzipal-Agenten-Modell (Meinhövel, 1998) zu Grunde, so kann die Volksgesetzgebung als „gun behind the door“ genutzt werden, um Repräsentanten, die sich zu weit von der Meinung ihrer Wähler entfernt haben, gewissermaßen „einzufangen“ (Bowler & Glazer, 2008, S. 4) und somit die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Wähler verstärken. Der Wähler als Prinzipal setzt das Instrument in diesem Fall als Korrektiv oder auch Drohpotential ein, um den politischen Agenten, seinen Repräsentanten, an dessen Auftrag zu erinnern (Eder, 2010, S. 45-47).

Die unmittelbare Bürgerbeteiligung ermutige die Menschen ferner dazu, sich zu engagieren und einzumischen und so „spezielle Interessen“ auszuschließen, die unrechtmäßigen Einfluss auf die Volksvertreter gewonnen haben (Smith, 1998, S. 15). Da der parlamentarische Entscheidungsprozess mit seinen Komitees, Expertenanhörungen und Lobbyaktivitäten umgangen wird, wird argumentiert, ein Volksentscheid sei purer und näher am wahren Willen der Wähler und wird daher als „nichtkorrupte Alternative zur Repräsentativdemokratie gesehen“ (Smith, 1998, S. 159). Einer direkt vom Volk getroffenen Entscheidung wird auch eine höhere Legitimation zugerechnet als einer parlamentarischen (Dalton, Bürklin & Drummond, 2001, S. 149-150).

Die Gegner der Volksgesetzgebung sehen diese Möglichkeiten weit kritischer, vor allem, sobald Interessensgruppen als Initiatoren eines Verfahrens auftreten. Wenn diese nicht mehr nur als Experten oder Betroffene gehört werden, sondern als mit potentieller Vetomacht ausgestattete Akteure an politischen Entscheidungen mitwirken, stellt sich einerseits ultimativ die Frage nach der Rolle des Parlaments, das in einer solchen Situation klar an Macht verlöre und andererseits nach der Verantwortlichkeit

---

<sup>6</sup> Siehe exemplarisch Bolliger (2007) und Gamble (1997) sowie Haider-Markel et al. (2007) für eine Übersicht über verschiedene Studien zu diesem Thema.

der Regierenden. Wen sollen die Wähler hier für die Folgen eines Gesetzes zur Rechenschaft ziehen? Zudem greift eines der Hauptargumente der Gegner: In der eben beschriebenen Situation besteht die Gefahr, dass nur noch von Tag zu Tag und von Entscheidung zu Entscheidung regiert wird. Das große Ganze wird zu Gunsten des Klein-Kleins aus den Augen verloren, individuelle Interessen werden wichtiger als das Wohl der Gesellschaft.

Die Auswirkung der Direktdemokratie auf die praktische Tagespolitik ist häufiger Gegenstand der internationalen Forschung. Diverse Untersuchungen beschäftigen sich mit den Auswirkungen von Finanzreferenden auf die finanzielle und wirtschaftliche Performanz der betroffenen Gemeinwesen und kommen zu positiven Ergebnissen (Feld & Matsusaka, 2003; Freitag & Vatter, 2000; Kirchgässner, Feld & Savioz, 1999). In den Bundesländern konnte dieser Zusammenhang aufgrund des geltenden Finanztabus bisher nicht überprüft werden. Ebenso wenig gibt es bisher Studien zum Einfluss von Interessengruppen auf die Volksgesetzgebung und die Rolle finanzieller Ressourcen.

### 3.5 Rechtliche Ausgestaltung

Entscheidend für die Frage, ob die Volksgesetzgebung tatsächlich genutzt wird und genutzt werden kann, ist deren rechtliche Ausgestaltung (Eder, Vatter & Freitag, 2009, S. 619). Für die deutschen Bundesländer ist die zweite Stufe, das Volksbegehren, die entscheidende Phase im Verfahrensablauf. Der Antrag hat die formale und rechtliche Prüfung durch die zuständige Landesstelle bestanden, nun gilt es für die Initiatoren, die notwendige Anzahl an Unterschriften in der dafür zur Verfügung stehenden Zeit zu sammeln, um das Anliegen für den abschließenden Volksentscheid zu qualifizieren. Je nachdem, wie viele Unterschriften von wahlberechtigten Einwohnern des Bundeslandes gefordert sind und wie lang die dafür vorgesehene Zeitspanne ist, desto höher oder niedriger sind die gesetzlichen Hürden, die die Initiatoren zu bewältigen haben. Diese Hürden haben wiederum einen direkten Effekt auf die Kosten, die durch das Verfahren auf Initiatorenmenseite entstehen: Müssen viele Unterschriften in kurzer Zeit zusammengetragen werden, so wird das Verfahren teurer, das Risiko eines Fehlschlags steigt und folglich sinkt der Anreiz, das Instrument zu nutzen (Barankay, Sciarini & Trechsel, 2003).

Tabelle 1 stellt das Unterschriftenquorum in Prozent der Stimmberechtigten bei der letzten Landtagswahl, die Sammelfrist in Tagen sowie die Verfahrenszahl absolut und relativ, also pro Jahr<sup>7</sup> dar. Betrachtet wird der Zeitraum 1990-2010 beziehungsweise die Jahre, in denen die Volksgesetzgebung in dieser Zeit im jeweiligen Bundesland

---

<sup>7</sup> Die Verfahren pro Jahr errechnen sich als absolute Verfahrenszahl dividiert durch die Verfügbarkeit des Instruments in Jahren. Falls die Einführung vor 1990 lag wird ab Beginn des Untersuchungszeitraums, also dem Jahr der Wiedervereinigung, gerechnet. Auf diese Weise wird erreicht, dass die Anwendungshäufigkeit über die Länder hinweg verglichen werden kann, auch wenn sich die Einführungszeitpunkte stark voneinander unterscheiden.

**Tabelle 1:**  
Die Volksgesetzgebung in den deutschen Bundesländern 1990-2010:  
Regelungen und Verfahrenszahlen

Bundesland	Unterschriften- quorum (in %)	Sammel- frist (Tage)	Mobilisierungs- Koeffizient	Verfahren absolut	Verfahren relativ
BW	16,7	14,0	1,19	1	0,05
BY	10,0	14,0	0,71	17	0,81
BE	8,9	81,4	0,13	8	0,57
BB	3,8	120,0	0,03	20	1,11
HB	11,4	75,5	0,36	9	0,43
HH	6,7	24,7	0,35	16	1,07
HE	20,0	14,0	1,43	0	0,00
MV	9,6	--	0,00	15	0,88
NI	10,0	180,0	0,06	8	0,47
NW	14,9	32,0	0,88	7	0,33
RP	14,7	38,1	0,77	1	0,05
SL	20,0	14,0	1,43	2	0,10
SN	12,7	240,0	0,05	10	0,56
ST	11,0	180,0	0,06	5	0,29
SH	5,0	180,0	0,03	13	0,81
TH	10,0	120,0	0,08	7	0,41

*Anmerkungen:* Durchschnittswerte über den Untersuchungszeitraum für einfache Gesetze. Die Vorschriften gehen nach der Dauer ihrer Gültigkeit in Jahren ein. In Thüringen können die Initiatoren zwischen der Unterschriftensammlung in Amtsräumen und der freien Sammlung wählen. Die Angaben beziehen sich auf die freie Sammlung. Die Quoren in Rheinland-Pfalz, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sind in der jeweiligen Landesverfassung als Absolutwert festgelegt. Bis 2005 eigene Umrechnung auf der Grundlage von [www.election.de](http://www.election.de) (22. Januar 2007), danach auf Basis der Wahlberechtigten bei der letzten Landtagswahl (jeweiliges Landesstatistikamt, 12. Januar 2011). Die absolute Verfahrenszahl umfasst alle Volksgesetzgebungsverfahren, für die mindestens ein Zulassungsantrag gestellt wurde. Relative Verfahrenszahl berechnet als Absolutwert dividiert durch die Verfügbarkeit des Instruments im Untersuchungszeitraum in Jahren. Untersuchungszeitraum 1990-2010. Gerundete Werte.

*Quelle:* Bis 2005 DFG-Projekt "Demokratiemuster in den deutschen Bundesländern und ihre politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Auswirkungen", Universität Konstanz. Eigene Ergänzungen für die Jahre 2006-2010, eigene Berechnung des Mobilisierungskoeffizienten nach Moser (1985).

zur Verfügung stand. Etwaige Veränderungen in den Vorschriften gehen mit der Dauer ihrer Gültigkeit in Jahren in die Berechnungen ein. Der Mobilisierungskoeffizient nach Moser (1985) ist der Quotient aus Unterschriftenquorum und Sammelfrist. Je größer dieser Wert ist, desto mehr Unterschriften müssen pro Tag gesammelt werden, desto höher sind also die institutionellen Hürden und desto teurer wird das Verfahren.

Die Tabelle zeigt, dass es bei den rechtlichen Regelungen deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern gibt. So variiert das Quorum beispielsweise zwischen 3,8 Prozent und 20 Prozent, die Sammelfrist liegt zwischen 14 und 240 Tagen. Dementsprechend weit ist auch der Bereich des Mobilisierungskoeffizienten: Er reicht von 0,03 in Brandenburg und Schleswig-Holstein bis 1,43 in Hessen und dem Saarland. Eine Ausnahme stellt Mecklenburg-Vorpommern dar, da dort keine Frist vorgesehen ist. Der Wert für den Mobilisierungskoeffizienten wurde in diesem Fall auf 0,00 festgelegt, den rechnerisch kleinsten möglichen Wert.

Die letzten beiden Spalten spiegeln die absolute und relative Anwendungshäufigkeit des Instruments wieder. Aufgenommen wurden alle Volksgesetzgebungsverfahren, für die mindestens ein Zulassungsantrag gestellt wurde, denn da mit dem Antrag die offizielle Registrierung des Verfahrens bei den zuständigen Stellen erfolgt, liegen erst ab diesem Stadium verlässliche Angaben der Länder vor. Insgesamt wurde zwischen 1990 und 2010 für 137 Volksgesetzgebungsverfahren ein Zulassungsantrag gestellt, von diesen gelangten sechzehn Verfahren bis zur Volksentscheid. Die meisten Verfahren kann Brandenburg verzeichnen, gefolgt von Bayern und Hamburg. In Hessen wurde das Instrument bisher nie genutzt. Ein Vergleich über die Spalten erweckt den Anschein, als würde es den angenommenen negativen Zusammenhang zwischen rechtlichen Regelungen und Nutzung tatsächlich geben. Pearson-Korrelationen zwischen der relativen Verfahrenszahl und dem Mobilisierungskoeffizienten führen zu einem hochsignifikanten  $r$  von  $-0.67$  ( $p=0.00$ ).<sup>8</sup> Graphische und statistische Tests zeigen, dass das Ergebnis gegenüber einflussreichen Fällen robust ist, zudem reiht es sich in die bisherige Forschung ein (Eder, 2010; Kampwirth, 2003; Rehmet, 2002; Weixner, 2002). Somit lässt sich festhalten, dass die institutionellen Rahmenbedingungen in Gestalt des Unterschriftenquorums und der Sammelfrist in den deutschen Bundesländern einen deutlich negativen Einfluss auf die Nutzung des Instruments Volksgesetzgebung haben und potentielle Initiatoren vom Start eines Verfahrens abhalten können.

Insgesamt lässt sich für die Bundesländer also ein eher gemischtes Bild zeichnen. Im Bereich der Bürgerbeteiligung können Befürworter und Gegner punkten: Die Befürworter mit ihrer Feststellung, dass die Volksgesetzgebung den politischen Prozess für alle öffnen und erheblich beschleunigen kann, sowie mit den positiven Effekten, die sie hinsichtlich der Legitimation der Entscheidungen und der Wahrnehmung des individuellen Einflusses erwarten; die Gegner mit der Argumentation, das Instrument stelle hohe Anforderungen an die Initiatoren und könne als Blockademittel genutzt werden. Bei den Kompetenzen der Bürger lässt sich das eher düstere Bild der ungebildeten, desinteressierten und uninformierten Bürger nicht bestätigen, die Bevölkerung scheint, an den Kennzahlen gemessen, reif für die Volksgesetzgebung. Der Schutz von Minderheitenrechten ist aufgrund der geltenden rechtlichen Regelungen als unproblematisch anzusehen. Bei der Frage nach der Verantwortlichkeit für per Abstimmung getroffene Entscheidungen können wieder beide Seiten überzeugende

<sup>8</sup> Der Einfluss des Unterschriftenquorum allein ist mit  $r=-0.84$  ( $p=0.00$ ) sogar noch stärker.

Argumente vorbringen. Das in Deutschland geltende Finanztabu macht die Überprüfung der in der Schweiz und den USA festgestellten positiven Effekte auf Wirtschaft und Finanzen derzeit unmöglich. Das stärkste Hemmnis für die freie Nutzung stellen weiterhin jedoch die rechtlichen Rahmenbedingungen dar.

#### 4. Schlussbetrachtung

Gilt die Gleichung „Politikverdrossenheit + direkte Demokratie = Lösung aller Probleme“ für die deutschen Bundesländer? Vor dem Hintergrund dieser in der öffentlichen Debatte um die Volksgesetzgebung mal mehr, mal weniger explizit aufgestellten Lösung war es das Ziel des Beitrags, Möglichkeiten und Grenzen der Volksgesetzgebung aus theoretischer und praktischer Warte heraus zu beleuchten.

Die Analyse zeigte, dass oftmals die theoretischen Argumente von Befürwortern und Gegnern gleichermaßen begründet sind. Die Praxis offenbart jedoch, dass das Instrument Volksgesetzgebung in den Bundesländern nur selten genutzt wird, allerdings wohl nicht aus politischem Desinteresse oder Überforderung. Die aktuellen Debatten über die Rolle der Bürger in einer modernen Demokratie, über neue Partizipationsformen und mehr Mitspracherechte verdeutlichen, dass der Wille zur Beteiligung und das Wissen um die Macht des Volkes bei den Wählern durchaus vorhanden sind. Bei den „Wutbürgern“ scheint das Gefühl verbreitet, eine Stärkung der unmittelbaren Volksrechte auf allen Staatsebenen könne die persönlichen Handlungsmöglichkeiten erweitern und damit die individuelle political efficacy steigern. Diese und ältere Untersuchungen lassen daher vermuten, dass die hohen institutionellen Hürden der wirkliche Hinderungsgrund für die aktive Nutzung des Instruments Volksgesetzgebung sind. Ein Blick in die Schweiz, das Mutterland der modernen Direkt-demokratie, offenbart, dass die rechtlichen Hürden in allen Kantonen niedriger sind als in den Bundesländern, mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern, gleiches gilt für 17 der 24 US-Bundesstaaten mit popular initiative.<sup>9</sup> Daraus lässt sich ableiten, dass die Länder-Volksgesetzgebung in der momentanen Situation ihr ganzes Potential gar nicht ausschöpfen kann. Die Schweizer und US-Praxis weist jedoch auch darauf hin, dass sie selbst mit niedrigen Hürden nicht als Allheilmittel geeignet ist und wie die meisten Medikamente auch Nebenwirkungen haben kann. Sie ist ein Instrument, das es dem Volk erlaubt, auch während der Legislaturperiode Einfluss auf den politischen Entscheidungsfindungsprozess zu nehmen und ist damit ein Teil des Gesetzgebungsprozesses mit all seinen Vor- und Nachteilen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

<sup>9</sup> Betrachtet wurde der Mobilisierungskoeffizient nach Moser (1985).



## Literatur

- Ball, T. (Hrsg.) (2003). *The Federalists with letters of "Brutus"*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Barankay, I., Sciarini, P. & Trechsel, A. (2003). Institutional openness and the use of referendums and popular initiatives. Evidence From Swiss Cantons. *Swiss Political Science Review*, 9, 169-199.
- Benz, M. & Stutzer, A. (2004). Are voters better informed when they have a larger say in politics? *Public Choice*, 119, 31-59.
- Bolliger, C. (2007). Minderheiten in der direkten Demokratie. Die Medallie hat auch eine Vorderseite. In M. Freitag & U. Wagschal (Hrsg.), *Direkte Demokratie. Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich* (S. 419-446). Münster: LIT-Verlag.
- Bowler, S. & Glazer, A. (2008). Hybrid democracy and its consequences. In S. Bowler & A. Glazer (Hrsg.), *Direct democracy's impact on American political institutions* (S. 1-19). New York: Palgrave.
- Dalton, R. J. (2004). *Democratic challenges, democratic choices. The erosion of political support in advanced industrial democracies*. Oxford: Oxford University Press.
- Dalton, R. J., Bürklin, W. & Drummond, A. (2001). Public opinion and direct democracy. *Journal of Democracy*, 12, 141-153.
- Eder, C. (2010). *Direkte Demokratie auf subnationaler Ebene. Eine vergleichende Analyse der unmittelbaren Volksrechte in den deutschen Bundesländern, den Schweizer Kantonen und den US-Bundesstaaten*. Baden-Baden: Nomos.
- Eder, C., Vatter, A. & Freitag, M. (2009). Institutional design and the use of direct democracy. Evidence from the German Länder. *West European Politics*, 32, 611-633.
- Ellis, R. J. (2003). Signature gathering in the initiative process. How democratic is it? *Montana Law Review*, 64, 35-97.
- Feld, L. & Matsusaka, J. G. (2003). Budget reforms and government spending. Evidence from the Swiss Cantons. *Journal of Political Economics*, 87, 2703-2724.
- Freitag, M. & Vatter, A. (2000). Direkte Demokratie, Konkordanz und Wirtschaftsleistung: Ein Vergleich der Schweizer Kantone. *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, 136, 579-606.
- Freitag, M., Vatter, A. & Müller, C. (2003). Bremse oder Gaspedal? Eine empirische Untersuchung zur Wirkung der direkten Demokratie auf den Steuerstaat. *Politische Vierteljahresschrift*, 44, 1-22.
- Gamble, B. (1997). Putting civil rights to a popular vote. *American Journal of Political Science*, 41, 245-269.
- Jutzi, S. (2003). Volksgesetzgebung und Verfassungsrechtssprechung. Zu verfassungsrechtlich und verfassungsgerichtlich bestimmten Grenzen der Volksgesetzgebung. *Zeitschrift für Gesetzgebung*, 18, 273-292.

- Kampwirth, R. (2003). Der ernüchterte Souverän. Bilanz und Perspektiven der direkten Demokratie in den 16 Bundesländern und auf Bundesebene. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 34, 657-671.
- Kant, I. (1983). Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik. Zum Ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. In W. Weischedel (Hrsg.), *Immanuel Kant. Werke in sechs Bänden. Band IV* (S. 191-252). Wiesbaden: Insel Verlag.
- Kirchgässner, G., Feld, L. P. & Savioz, M. (1999). *Die direkte Demokratie. Modern, erfolgreich, entwicklungs- und exportfähig*. Basel: Helbing & Lichtenhahn.
- Kriesi, H. (2005). Vers une théorie réaliste de la démocratie directe. In E. Widmer, D. Royer, B. Bürgermeier & F. Schultheis (Hrsg.), *Théorie et pratique de la démocratie* (S. 103-122). Paris: Economica.
- Landwehr, S. (2004). *Die finanzwirksame Volksgesetzgebung im Volksgesetzgebungsverfahren der Länder. Eine verfassungsrechtliche Untersuchung der Finanzausschlussklauseln unter Berücksichtigung der landesverfassungsrechtlichen Rechtsprechung*. Hamburg: Kovac.
- Lijphart, A. (1998). *The problem of low and unequal voter turnout - and what we can do about it*. Wien: Institut für Höhere Studien.
- Linder, W. (2005). *Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven*. Bern: Haupt.
- Lupia, A. & Matsusaka, J. G. (2004). Direct democracy: New approaches to old questions. *Annual Review of Political Science*, 7, 463-482.
- Magleby, D. B. (1994). Direct legislation in the American states. In D. Butler & A. Ranney (Eds.), *Referendums around the world: The growing use of direct democracy* (pp. 218-257). Washington D.C.: AEI Press.
- Matsusaka, J. G. (2004). *For the many or the few. The initiative, public policy, and American democracy*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Meinhövel, H. (1998). *Defizite der Principal-Agenten-Theorie*. Lohmar: Josef Eul Verlag.
- Mill, J. S. (1977a,b). *Essays on politics and society I und II. 19 und 19, Collected works*. Toronto: University of Toronto Press.
- Moser, C. (1985). *Institutionen und Verfahren der Rechtsetzung in den Kantonen*. Bern: Forschungszentrum für Schweizerische Politik.
- Neidhart, L. (1970). *Plebiszit und pluralitäre Demokratie. Eine Analyse der Funktion des schweizerischen Gesetzesreferendums*. Bern: Francke.
- Neumann, P. (2002). Eine Jahrhundertentscheidung: Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen setzt neue Maßstäbe beim Finanzvorbehalt (Rechtsprechung des Sächsischen Verfassungsgerichtshofs zum Volksbegehren „Zukunft braucht Schule“). *Zeitschrift für Direkte Demokratie*, 26f.
- Rehmet, F. (2002). Direkte Demokratie in den deutschen Bundesländern. In T. Schiller & V. Mittendorf (Hrsg.), *Direkte Demokratie. Forschung und Perspektiven* (S. 102-114). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Rousseau, J. J. (2006). *Der Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts*. Wiesbaden: Matrix Verlag.

- Schoen, H., Glantz, A. & Teusch, P. (2011). Abstimmungskampf, Informationsvermittlung und Stimmenentscheidung beim Volksentscheid über den Nichtraucherschutz in Bayern. In L. P. Feld, P. M. Huber, O. Jung, C. Welzel & F. Wittreck (Hrsg.), *Jahrbuch für direkte Demokratie 2010* (S. 295-320). Baden-Baden: Nomos.
- Schumpeter, J. A. (1950). *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. Bern: Francke Verlag
- Smith, D. A. (1998). *Tax crusaders and the politics of direct democracy*. New York: Routledge.
- Smith, G. (1976). The functional properties of the referendum. *European Journal of Political Research*, 4, 1-23.
- Tolbert, C. J., McNeal, R. S. & Smith, D. A. (2003). Enhancing civic engagement. The effect of direct democracy on political participation and knowledge. *State Politics and Policy Quarterly*, 3, 23-41.
- Tolbert, C. J. & Smith, D. A. (2006). Representation and direct democracy in the United States. *Representation*, 42, 25-44.
- Vatter, A. (2002). *Kantonale Demokratien im Vergleich. Entstehungsgründe, Interaktionen und Wirkungen politischer Institutionen in den Schweizer Kantonen*. Opladen: Leske + Budrich.
- Weixner, B. (2002). *Direkte Demokratie in den Bundesländern. Verfassungsrechtlicher und empirischer Befund aus politikwissenschaftlicher Sicht*. Opladen: Leske + Budrich.
- Zschoch, D. (2003). Volksgesetzgebung und Haushaltsvorbehalt. *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht*, 438-442.

**Dr. Christina Eder**

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Postfach 12 21 55

D-68072 Mannheim

Christina.Eder@gesis.org

*Dr. Christina Eder, Leiterin Forschungsdatenzentrum „Wahlen“ bei GESIS. Forschungsschwerpunkte: Politische Partizipation und politisches Verhalten, insbesondere direkte Demokratie; politische Institutionen, insbesondere Wahlsysteme.*

# Deliberative Governance Arenen als Operationalisierungsvariante politischer Partizipation und Kognition

*Mathias König & Wolfgang König*

*Universität Koblenz-Landau*

## **Zusammenfassung**

Spätestens seit „Stuttgart 21“ ist deutlich geworden, dass politische Entscheidungen verstärkt unter Legitimationsproblemen „leiden“. Dies liegt an einem immer größer werdenden Partizipationsanspruch der Bürger. Sie verbinden mit „Demokratie“ vor allem „mehr“ direkte Mitsprache, während die gewählten Volksvertreter das Repräsentationsprinzip betonen. Deshalb bleiben trotz aufkeimender Mitsprachewünsche der Bürger die Institutionen des politischen Systems nahezu konstant. Um beide Standpunkte überbrücken zu können, wurde ein neuer Handlungs- und Analyseansatz theoretisch erarbeitet und empirisch getestet: die „Deliberative Governance Arena“ (DGA). Sie wurde im Rahmen der Bürgerbeteiligung bei der Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz entwickelt und mit dem Generationengerechtigkeitspreis 2010 ausgezeichnet.

Schlagworte: Governance, Deliberation, Kognition, Partizipation

## **Deliberative Governance Arenas. A new governance approach of political participation and cognition**

### **Abstract**

Since the protests against the under construction railway project “Stuttgart 21” in Germany it has become evident that political decisions face problems of legitimation. One reason for this is that the citizens expect to be more involved in the decision-making process. For the citizens, more participation is linked to democracy, while the elected representatives act according to the representation principle. Therefore, the institutions of the political system remain almost constant. In order to be able to bridge the two positions, we suggested a new theoretical approach and tested it empirically: the Deliberative Governance arena (DGA). It was distinguished with the Fifth Intergenerational Justice Award and developed in the context of the citizens’ participation with the local and administrative reform in the federal state of Rhineland-

Palatinate. The key question is how to institutionalize new forms of the politics policy and discursive citizens' participation.

Key words: governance, deliberation, cognition, participation

## 1. Problemstellung

Alle westlichen Demokratien leiden spätestens seit den 1990er-Jahren unter Krisensymptomen, die insbesondere auf den Kern der repräsentativen Demokratie zielen: das Vertrauen in die Repräsentationseliten. Der Vertrauensverlust der Bevölkerung gegenüber ihren Eliten basiert dabei hauptsächlich auf enttäuschten Erwartungen (Kaina, 2002), d.h. der Nichtvalidierung von Wirklichkeitskonstruktionen (Schmidt, 1992). Die Leitfrage lautet demnach: Wie können die Bürger in den politischen Prozess besser integriert werden, damit sowohl Bürger als auch politische Eliten die Sinnhaftigkeit breiter politischer Partizipation positiv validieren? Das Ziel des Beitrages ist es, am konkreten Beispiel des DGA-Ansatzes der Bürgerbeteiligung im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz herauszuarbeiten, wie Bürgerbeteiligung in einem solch komplexen Verfahren gelingen kann. Schließlich gelten Kommunal- und Verwaltungsreformen als „Elitenprojekte“ der Raumordnung und treffen meist in der Umsetzungsphase auf massiven Widerstand seitens der Bürger, weil diese andere Reformvorstellungen haben.

Zuerst wird in diesem Beitrag der DGA-Ansatz vorgestellt und dann das Fallbeispiel Rheinland-Pfalz analysiert. Hierfür können die Evaluationsergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung genutzt werden, die sowohl aus qualitativen und quantitativen Daten der Aktionsforschung, einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage sowie einer repräsentativen Elitenbefragung bestehen. Im Fazit werden die Schlussfolgerungen dargestellt, inwieweit der DGA-Ansatz im Zusammenhang mit der Bürgerbeteiligung im Rahmen der Reform dazu geeignet ist, neue Formen der politischen Partizipation erfolgreich zu operationalisieren.

## 2. Deliberative Governance Arenen (DGA)

Moderne Gesellschaften werden immer mehr mit einer Zunahme an Komplexität konfrontiert, die sie bewältigen müssen. Deshalb wird davon ausgegangen, dass im politischen System eine Zunahme an Komplexität stattfinden muss, die im Endeffekt nur durch ein mehr an Demokratie bewältigt werden kann (Hellmann & Fischer, 2003, S.13). „Demokratie“ bezieht sich aber „nur“ auf ein strukturelles – rechtsstaatlich verfasstes – Arrangement des politischen Systems (Czerwick, 2008, S. 134) und bleibt als Analysebegriff gegenüber tatsächlich ablaufenden und vielschichtigen Regelungsprozessen unscharf. Der qualitative Wandel in der menschlichen Erfahrung mit Veränderungsprozessen macht einen „demokratischen Experimentalismus“ not-

wendig, für den es im Lösungsvorrat der traditionellen Strukturen keine befriedigenden Antworten gibt (Keupp, 2003, S. 17). Um diese Analyseproblematik zu überwinden, wurde der DGA-Ansatz entwickelt.

## 2.1 Grundannahmen

Politische Eliten dürfen in Kenntnis der Spielarten bzw. Vorstellungen von Demokratie nicht „vergessen“, dass die Verfahren im demokratischen Verfassungsstaat zwar durch die Verfassung festgelegt werden, aber die Verfassung die Vorstellung bzw. mögliche Konstruktivismen von Demokratie keinesfalls reduziert. Schließlich ist die Verfassung durch politische Eliten veränderbar. Wird dieser Zusammenhang „vergessen“ oder bewusst auf die aktuellen Einschränkungen in der Verfassung reduziert, verringert sich zwar die Komplexität der Demokratie, aber in einer immer komplexeren Gesellschaft ist das kontraproduktiv – gerade auch für politische Eliten. Politiker sind nämlich mehr als nur Repräsentanten für das Volk. Sie stehen auch für die bestehende „verfasste Wirklichkeitskonstruktion der Demokratie“. Entsprechend entlädt sich an ihnen der Frust der Bürger, deren Wirklichkeitskonstruktion von Demokratie nicht auf formal verfasste Kriterien begrenzt ist. Das Verhältnis von Politikern und Bürgern wird so zum „Stellvertreterkrieg“ für die Nichtvalidierung der Wirklichkeitskonstruktion des politischen Systems – auch als „latenter Verfassungskonflikt“ (Patzelt, 1998, S. 725) bezeichnet. Schließlich sind Bürger von der Art und Weise der demokratischen Wirklichkeit enttäuscht, die sich nicht mit ihren „Wirklichkeitskonstruktionen“ deckt. Es geht folglich nicht um „die“ Realität, sondern um die Grundannahme des psychologischen Ansatzes des deutschen „sozialen Konstruktivismus“, der zwei konstruktivistische Theorien vereinen will (Baecker, Borg-Laufs, Duda & Matthies, 1992, S. 119):

- Der „social constructivism“ (Berger & Luckmann, 1984) beschreibt konstruktivistische Prozesse als interpsychische Prozesse, d.h. Verfahren, Formen und Inhalte.
- Der „radical constructivism“ (Glaserfeld, 1996) sieht hingegen Wirklichkeitskonstruktionen primär als intrapsychische Prozesse, d.h. Kognitionen im weitesten Sinne.

Der deutsche „soziale Konstruktivismus“ nimmt an, dass die individuellen Wirklichkeitskonstruktionen von Menschen zu einem großen Teil im gesellschaftlichen Diskurs hergestellt, also kulturelle Wirklichkeit sind, wobei die Individuen diese Wirklichkeit aber auch umdefinieren können. Gerade „die Politik“ gilt als Ort der Dynamik der Veränderung wirksamer gesellschaftlicher Wirklichkeitskonstruktionen (Baecker et al., 1992, S. 128). Ob sich eine Wirklichkeitskonstruktion durchsetzt, kann durch die folgenden „Wirklichkeitsprüfungen“ erfahren werden (Janisch, 1992, S. 30ff):

- a) *Verfahrens-Design-Komponente*, in der Individuen Handlungen nach Zwecken konstruieren. Die Politik strukturiert diese Regelungsräume vor.
- b) *Sinnkomponente*, die auf die „Zufriedenheit mit der Demokratie“ als Kognition zur Aufrechterhaltung der Demokratie als Lebensform des Politischen zielt.

Im Analysefokus steht dadurch die „Grammatik der Politik“ (Fach, 1997), d.h. die Art und Weise der Regelung gesellschaftlicher Probleme. Die Governance-Theorie bzw. Perspektive ermöglicht eine „Totalität der Perspektive“ (Kooiman, 2003, S. 154) und damit Analysen, um gesellschaftliche Regelungsprozesse auch jenseits der verfassten Wirklichkeit erfassen zu können. Die Governance-Perspektive beschreibt, neben Koordinationen kollektiven Handelns, Mechanismen bzw. Prozessverläufe von Ursache und Wirkung, um die Koordination herbeizuführen (Benz, Lütz, Schimank & Simonis, 2007, S. 14). Ausgangspunkte sind die Betonung von Systemregeln und Systemeigenschaften, die durch neue Verfahren soziopolitische Interaktion schaffen, mit dem Ziel, die Legitimität und Effektivität zu erhöhen (Kooiman, 2006, S. 149). Spiegelt man die Annahmen der Governance-Theorie zurück zu den konstruktivistischen Grundannahmen, so wird deutlich, dass sie die beschriebenen „Wirklichkeitsprüfungen“ anspricht. Für politische Eliten ist dies essentiell, denn durch dieses Verständnis von Konstruktivismus und Governance kann ein Handlungsansatz abgeleitet werden.

## 2.2 DGA-Ansatz

Deliberative Governance Arenen sind „Ermöglichungsräume von Regelungsprozessen“ deliberativer Kommunikation, die im Rahmen von Governanceprozessen geschaffen werden und das Ziel haben, bestimmte Zielgruppen zu involvieren bzw. zu integrieren. Es geht um die Einbindung der Bürger in eine Regelungskette. Notwendigkeit und Sinn müssen dabei aktiv kommuniziert werden, genauso wie die transparente Ergebnisverwertung. Als Arena wird ein durch institutionelle Regeln definierter Kontext bezeichnet, in dem Akteure zusammenwirken. Sie sind damit die Regelungszonen von Verhandlungen zwischen divergierenden Partikularinteressen. Es geht aber nicht um den Dezisionsmodus von (politischen) Entscheidungen, sondern um die Bedingungen, die notwendig sind, um hoch komplexe Probleme überhaupt regeln zu können. Eine DGA kann dabei ganz unterschiedlich geschaffen werden, sei es durch die kommunikativen Wirkungen direkter Demokratie oder durch unterschiedliche Beteiligungsmethoden (König & König, 2011). Die Reichweite bzw. der Analysefokus bezogen auf Regelungsstrukturen und deren Wirkungsbereich kann in einer DGA dabei von punktueller Chancenerzeugung über dauerhafte Institutionalisierung bis hin zur Metaebene des Handelns (durch Leitbilder) selbst reichen (vgl. Abbildung 1).

**Abbildung 1:**

Perspektive(n) Deliberativer Governance Arenen (Quelle: König & König 2011)

### 3. Politische Partizipation jenseits der Konventionen durch eine „Deliberative Governance Arena“ in Rheinland-Pfalz

#### 3.1 Kommunal- und Verwaltungsreform als Kommunikations- und Beteiligungsherausforderung

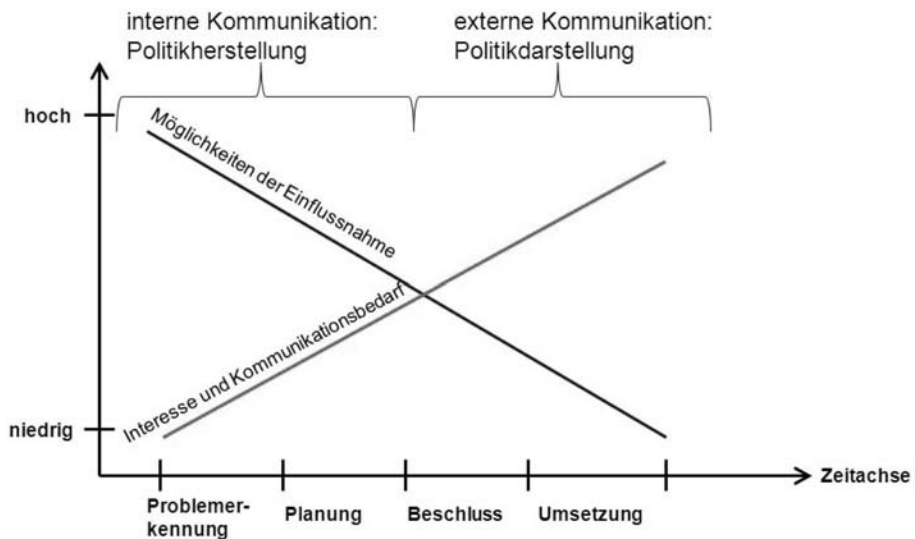
Die letzte Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz liegt über 40 Jahre zurück. Sie war ein Elitenprojekt von CDU und SPD und führte zu massivem Widerstand auf Seiten der Bürger. Streitpunkt waren damals u.a. die neu gegründeten Verbandsgemeinden, also eine Gebietsreform als Element der Raumordnung. Diese wurden geschaffen, damit die sehr kleinen Ortsgemeinden in Rheinland-Pfalz selbstverwaltet bleiben konnten. Mehrere Ortsgemeinden wurden als Verbandsgemeinden mit einer professionellen Verwaltung zusammengefasst. Dabei gab es erheblichen Widerstand seitens der Bürger, weil in den neuen Verbandsgemeinden teilweise Ortsgemeinden zusammengefasst wurden, die historisch-kulturell nicht miteinander „konnten“. Der aktuelle „Reformknackpunkt“ besteht wieder im Raumordnungsinstrument Gebietsreform, nämlich darin, wie die Verbandsgemeinden bei schrumpfenden Bevölkerungszahlen erhalten bleiben können, oder ob Verbandsgemeinden „fusionieren“ müssen? Bei Fusionen können sich das neue Gemeindegebiet und die



darin vorhandenen Ressourcen, die politischen Mehrheiten und die Entfernung zur eigenen Verwaltung ändern. Betroffen von der Reform können theoretisch alle Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz sein, teilweise aber auch Landkreise und kreisfreie Städte. Durch die kleinteilige Prägung von Rheinland-Pfalz ist die überwiegende Mehrheit der Bürger von der Reform betroffen.

In Deutschland gab es schon zahlreiche Kommunal- und Verwaltungsreformen und die Erfahrungen zeigen, dass Kommunal- und Verwaltungsreformen grundsätzlich schwer kommunizierbare, komplexe Verfahren sind. Gerade in der Problemerkennungs- und Planungsphase werden mögliche Konsequenzen und Inhalte medial kaum aufbereitet, da der Nachrichtenwert der Reformen zu dieser Zeit gering ist. Der Nachrichtenwert ist erst dann besonders hoch, wenn die Reformen beschlossen sind und gegen den Widerstand von Betroffenen umgesetzt werden sollen. Zur Lösung dieses Paradoxons muss die politische Öffentlichkeit in einem Prozess immer wieder hergestellt werden (Sarcinelli, König & König, 2008, S. 587). Abbildung 2 verdeutlicht diesen Zusammenhang zwischen Kommunikation und Beteiligung.

Das Beteiligungsparadoxon verweist damit auf die Verfahrens-Design-Komponente der DGA. Die Sinnkomponente hingegen muss durch Schaffung und Verarbeitung eines erweiterten Konstruktivismus hergestellt werden. Hier geht es darum, wie die DGA (kognitiv) verarbeitet wird bzw. wie diese wirkt.



**Abbildung 2:**

Kommunikationsformen im Beteiligungsparadoxon (Quelle: König & König, 2010, S. 131)

### 3.2 DGA-Design und Wirkung(en)

Der Einsatz einer DGA im Rahmen der Bürgerbeteiligung ist bundesweit einmalig und ein Beitrag zur Modernisierung von Demokratie durch Partizipationsformen jenseits der Konventionen. „Auch mit Blick auf den kontinuierlichen Rückgang des Aktivitätsniveaus bei konventionellen Formen politischer Beteiligung (z.B. bei Wahlen etc.) sind die Zweifel verbreitet, ob sich Bürgerinnen und Bürger tatsächlich für die mit höheren sozialen Kosten verbundenen Formen und Prozesse problemzentrierter Politikberatung gewinnen und integrieren lassen“ (Sarcinelli & König, 2010, S. 3). Die Bürgerbeteiligung startete schon zu Beginn der Reformplanung und nicht erst gegen Ende des Reformprozesses als nachträglich legitimierende Maßnahme. Dies war eine politische Vorgabe des Ministerpräsidenten und das politische Fundament für die DGA.

Partizipation kann in Form einer DGA als ein Element politischer Kommunikation betrachtet werden, denn durch Partizipation findet Wissensvermittlung sowohl von Seiten der Politik an die Bürger als auch von Seiten der Bürger an die Politik statt. Partizipation kann sich aber auch als Politikberatungsinstrument erweisen, da politische Vorhaben einem Rationalitätstest bzw. einer Wirklichkeitsprüfung durch die Bürger unterzogen werden. So können „blinde Flecken“ in der Planung entdeckt werden. Durch Partizipation entsteht eine diskursive Auseinandersetzung mit einem Problemgegenstand, da alle relevanten Argumente gehört und abgewogen werden. Dies gelingt, weil Kommunikation mit Betroffenen stattfindet, die die Argumente der Politik bewerten und ggf. eigene Argumente aufstellen. Dadurch entsteht Beratung durch die Betroffenen selbst (König & König, 2010, S. 132). Konstruktivistisch ausgedrückt kommt es nämlich auf die Menge von Individuen an, die ähnliche Wirklichkeitskonstruktionen ausbilden (Hejl, 1992: 191). Nachfolgend wird das DGA-Design beschrieben sowie die Wirkungen der einzelnen Arenen als Räume für Wirklichkeitsprüfungen (Sarcinelli, König & König, 2009):

- Neun Regionalkonferenzen (Oktober bis November 2007): In Worms, Mainz, Ludwigshafen, Speyer, Koblenz, Neuwied, Pirmasens, Trier und Kaiserslautern fanden Regionalkonferenzen statt. Insgesamt nahmen mehr als 2500 Personen an den Regionalkonferenzen teil. Die Kommunal- und Verwaltungsreform wurde in das öffentliche Bewusstsein gerückt. Zielgruppe waren vor allem kommunale Mandats- und Funktionsträger (Vetospiele, Fachpublikum), die mit dem Innenminister (ca. 2 bis 3 Stunden pro Konferenz) über die Reform diskutierten. Nach dem Ende jeder Konferenz wurden zwei bis drei Teilnehmer mit Hilfe eines leitfadengestützten Fragebogens qualitativ befragt. Die Befragten waren überwiegend der Ansicht, dass die Regionalkonferenzen sowie die gesamte Bürgerbeteiligung im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform notwendig und sinnvoll sind. Allerdings wurde kritisiert, dass von politischer Seite keine konkreten Vorschläge vorgestellt wurden, anhand deren die Teilnehmer hätten diskutieren können. In einer schriftlichen Nachbefragung wurden die Regionalkonferenzen im Durchschnitt mit der Schulnote 4 bewertet (Rücklaufquote ca. 48 Prozent).

- Fünf Bürgerkongresse: Im Frühjahr 2008 fanden in Bingen, Ludwigshafen, Kaiserslautern, Trier und Lahnstein so genannte Bürgerkongresse (Moderationsmethode der Zukunftskonferenz) statt. Diese wurden unter dem Slogan „Meine Meinung zählt!“ beworben und jeder sollte teilnehmen können. In einer breit angelegten Medienkampagne wurden deshalb die Bürger sowohl postalisch, als auch über Radiowerbung und Plakate eingeladen. Rund 1,2 Millionen Flyer wurden per Postwurfsendung im Land verteilt. In Radiospots und mit Plakaten warb die Landesregierung ebenfalls für eine Teilnahme. Pro Kongress berieten zwischen 150 und 250 Bürger (meist ehrenamtlich politisch Engagierte) in Achtergruppen gemeinsam über Verbesserungsmöglichkeiten von Verwaltung sowie über Kriterien einer Gebietsreform. Die Bürgerkongresse wurden von den Teilnehmern in einer standardisierten Nachbefragung im direkten Anschluss an die jeweiligen Kongresse im Durchschnitt mit der Note 2,4 bewertet (Rücklaufquote ca. 70 Prozent). Die Notwendigkeit einer Gebietsreform wurde differenziert betrachtet. Man wolle zukunftsfähige, transparente Strukturen, aber dies müsse im Einvernehmen der Beteiligten geschehen. Außerdem forderten die Teilnehmer bis in die Umsetzungsphase der Reform hinein beteiligt zu werden.
- Sechs Planungszellen (Juni 2008): Nach den Bürgerkongressen wurden im Juni 2008 insgesamt sechs so genannte „Planungszellen“ an den Standorten Vallendar, Pirmasens und Prüm eingesetzt. Stellvertretend für den „städtischen“ Raum wurde die kreisfreie Stadt Pirmasens zusammen mit der Verbandsgemeinde Pirmasens-Land ausgewählt. Für den „verstädterten“ Raum waren dies die Verbandsgemeinde Vallendar zusammen mit der Stadt Bendorf und für den „ländlichen“ Raum die Verbandsgemeinde Prüm zusammen mit der Verbandsgemeinde Arzfeld. Die Planungszelle wurde von Peter C. Dienel in den siebziger Jahren entwickelt und ist inzwischen international auch unter dem Label „Citizens‘ Jury“ bekannt. In jeder „Planungszelle“ arbeiteten vier Tage lang 25-30 Personen, die durch eine Stichprobe per Zufallsverfahren ausgewählt wurden. Die statistischen Verzerrungen der Bürgerkongresse bei der Teilnehmerzusammensetzung der Bürgerkongresse konnten dadurch vermindert werden. Ziel war es, vertiefte Ideen und Lösungsvorschläge von Teilnehmern aus verschiedenen Regionen bzw. strukturell unterschiedlichen Räumen des Landes zu erfassen. Die Teilnehmer der Planungszellen wurden zu Beginn und am Ende schriftlich befragt. Die Anzahl der Teilnehmer, die das Beteiligungsverfahren für notwendig hielt, stieg im Verlauf der Planungszellen von rund 61 Prozent auf rund 81 Prozent. Die Anzahl der Teilnehmer, die glaubten, dass die Landesregierung die Ergebnisse ernst nimmt, stieg im Verlauf der Planungszellen von rund 34 Prozent auf rund 44 Prozent. Am Ende wurde die Planungszelle im Durchschnitt mit der Note 1,8 bewertet. Auch hier forderten die Bürger weiter am Reformprozess beteiligt zu werden. Zu den Aufgaben der Verwaltung sowie zu einer Gebietsreform wurden unterschiedliche Lösungsvorschläge in einem Bürgergutachten erarbeitet. Diese wurden am 12. September 2008 dem Ministerpräsidenten übergeben, der versicherte, die Ergebnisse ernst zu nehmen.

- Die Ergebnisse der Bürgerkongresse und Planungszellen wurden vom Innenministerium zusammengefasst und thematisch gegliedert. Zwischen dem 23. März und 5. Juni 2009 wurden auf dieser Grundlage die Meinungen der Bürger in einer landesweiten repräsentativen Bevölkerungsbefragung mittels 10.000 Telefoninterviews (Dauer: ca. 30 Minuten) der erwachsenen Wohnbevölkerung vom Meinungsforschungsinstitut „Polis+Sinus“ erfragt. Die Ergebnisse der Repräsentativbefragung zeigen, dass die Bürgerbeteiligung unter kognitionalen Aspekten einen Effekt hatte, denn die Mehrheit der rheinland-pfälzischen Bevölkerung (60 Prozent) wusste im Frühjahr 2009, dass die Landesregierung an einer Kommunal- und Verwaltungsreform arbeitet. Die Hälfte derjenigen, die von der Reform gehört hatten, fühlten sich ausreichend informiert, die andere Hälfte hätte gerne mehr Informationen gehabt. Mehr als 80 Prozent fanden es gut, dass die Bürger bei der Planung der Reform so intensiv beteiligt wurden. Die Befragten waren grundsätzlich nicht gegen eine Gebietsreform. 44 Prozent wollten bei Fusionen von Verbandsgemeinden aber wissen, „wer da zusammengelegt wird“ bevor sie ihr Einverständnis oder Nichtverständnis erklären (polis+sinus, 2009).

Im Herbst 2010 schuf dann die Landesregierung mit der so genannten „Freiwilligkeitsphase“ die Möglichkeit, dass Kommunen selbst nach Fusionspartnern „suchen“ können. Dadurch wurde den Forderungen der Bürger nach weiterer Beteiligung am Reformprozess nachgekommen, wobei ein erheblicher Teil der konflikthaltigen Komplexität nach unten in die Kommunen abgegeben wurde. Es wird dort auf die zu schaffenden Regelungsräume ankommen. Deshalb wurden 14 von der Reform „vordringlich“ betroffene Verbandsgemeinden mit unterschiedlichen Problemlagen für eine Elitenbefragung ausgewählt. Die Umfrage ist in Bezug auf die kommunalpolitischen Parteien CDU und SPD bzw. Wählergruppen und die FDP repräsentativ. Nur „Bündnis90/Die Grünen“ sind unterrepräsentiert, während die Gruppe der „parteiloosen kommunalpolitischen Mandatsträger“ im Landesvergleich überrepräsentiert ist. Insgesamt konnten 155 Mandatsträger befragt werden. Eine sehr deutliche Mehrheit der Befragten (83,8 Prozent) befürwortet die Freiwilligkeitsphase für ihre Gebietskörperschaft. Die überwiegende Mehrheit der Befragten (77,7 Prozent) hält Bürgerbeteiligung für ein Werkzeug effizienten Regierens und befürwortet, dass die Bürger bei der Planung der Reform beteiligt werden (88,8 Prozent). So möchte denn auch die Mehrheit der Befragten (59,6 Prozent) die Bürger bei der Freiwilligkeitsphase vor Ort beteiligen. Die überwiegende Mehrheit der Befragten hält finanzielle Unterstützung, die Bereitstellung von Sachverstand und Unterstützung bei Beteiligungsprozessen für Erfolgsfaktoren der Freiwilligkeitsphase, wobei Unterstützung bei Beteiligungsprozessen mit knapp 90 Prozent am meisten von den Befragten angefordert wird (Sarcinelli, König & König 2011). In den qualitativen Untersuchungsabschnitten wiesen die befragten Eliten teilweise auf eine „Überforderung“ hin, da komplexe Bürgerbeteiligung jenseits der bisherigen gesetzlichen Regelungen – also jenseits der Konventionen – nicht zum Aufgabenbereich und Verwaltungsalltag der Befragten gehörte (Sarcinelli, König & König, 2010, S. 20).

#### 4. Fazit und Ausblick

Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitforschung ließ sich feststellen, dass mit der Intensität der Beteiligungsmethode die Zufriedenheit der Bürger mit der geschaffenen DGA stieg. Die Partizipationsbereitschaft der Bürger war hoch und die Bürger zeigten sich an weiterer Beteiligung im Reformprozess interessiert (Sarcinelli et al., 2009, S. 2). Das Verfahrens-Design der DGA und die dadurch strukturierten Regelungsräume können als erfolgreiche Operationalisierung eines „erweiterten Konstruktivismus“ bezeichnet werden, weil es gelungen ist, die Bürger für das komplexe Thema Raumordnung zu gewinnen. Das Dilemma der Raumordnung liegt nämlich darin, dass die Sinnkomponente jenseits von Experten normalerweise nicht von den Bürgern institutionell validiert wird (Blotevogel, 2006, S. 462). Neben den punktuellen Arenen zur Problembearbeitung wurden mit der aktuellen Änderung der Gemeindeordnung die Quoren für Bürgerbegehren und -entscheide gesenkt und eine „Experimentierklausel“ geschaffen, damit die Bürger auf neuer gesetzlicher Grundlage leichter beteiligt werden können. „Vermarktet“ wird dieser Partizipationsanspruch unter dem Regierungleitbild „Bürgergesellschaft“ (Beck, 2011).

Zusammenfassend deuten die empirischen Ergebnisse darauf hin, dass sowohl die Bürger als auch die politischen Eliten die DGA und ihre Ergebnisse positiv validieren. Das weitere Design von DGAs scheint zudem im weiteren Reformverlauf zur zentralen Herausforderung vor Ort in den Kommunen zu werden. Eine erfolgreiche Operationalisierung wird aber davon abhängen, ob die kommunalpolitischen Eliten bei diesem neuen Komplexitätsmanagement unterstützt werden. Es handelt sich um einen nach wie vor experimentellen Legitimations- und Regelungsmodus. Hier kommt es neben dem politischen Willen insbesondere auf die Umsetzungsfähigkeit durch die Verwaltungen an, die bisher mit solchen „Experimenten“ nicht konfrontiert waren und – nach eigenem Bekunden – teilweise überfordert scheinen. Kommunen, die nicht auf DGAs bzw. partizipative Einbindung der Bürger setzen, könnten bei komplexen und konfliktreichen Verhandlungen im Elitendiskurs „straucheln“, weil die Bürger letztendlich wieder nur mit feststehenden Ergebnissen konfrontiert werden. Die „Verlockung“ für opportunistisches Verhalten ist dann für diejenigen Eliten groß, die beim Elitendiskurs auf der Verliererseite standen. Diese könnten – wie Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen – versuchen, dann teilweise mit Hilfe von eigens organisiertem Bürgerprotest die Verhandlungen zu torpedieren.

#### Literatur

- Baecker, J., Borg-Laufs, M., Duda, L. & Matthies, E. (1992). Sozialer Konstruktivismus -eine neue Perspektive in der Psychologie. In S. J. Schmidt (Hrsg.), *Kognition und Gesellschaft. Der Diskurs des radikalen Konstruktivismus 2* (S. 116-145). Frankfurt/Main: Suhrkamp.

- Benz, A., Lütz, S., Schimank, U. & Simonis, G. (2007). Einleitung. In A. Benz, S. Lütz, U. Schimank & G. Simonis (Hrsg.), *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder* (1. Aufl., S. 9-25). Wiesbaden: VS Verlag.
- Beck, K. (2011). *Politik geerdet. Ein Essay*. Berlin: Vorwärts-Buch.
- Berger, P. L. & Luckmann, T. (1984). *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt/Main: Fischer.
- Blotevogel, H. H. (2006). Neuorientierung der Raumordnungspolitik. Die neuen „Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland“ in der Diskussion. *Raumforschung und Raumordnung*, 64, 460-472.
- Czerwick, E. (2008). *Systemtheorie der Demokratie. Begriffe und Strukturen im Werk Luhmanns* (1. Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag.
- Decker, F. (2005). Die Systemverträglichkeit der direkten Demokratie. Dargestellt an der Diskussion um die Einführung von plebiszitären Elementen in das Grundgesetz. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 15, 1103-1147.
- Fach, W. (1997). Die letzte Reform. Über den neuen „öffentlichen“ Dienst. In E. Grande & B. Eberlein (Hrsg.), *Modernisierung des Staates?* (1. Aufl., S. 163-176). Baden-Baden: Nomos.
- Glaserfeld, E. (1996). *Radikaler Konstruktivismus. Ideen, Ergebnisse, Probleme*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Hejl, P. M. (1992). Die zwei Seiten der Eigengesetzlichkeit. Zur Konstruktion natürlicher Sozialsysteme und zum Problem ihrer Regelung. In S. J. Schmidt (Hrsg.), *Kognition und Gesellschaft. Der Diskurs des radikalen Konstruktivismus 2* (S. 167-213). Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Hellmann, K.-U. & Fischer, K. (2003). Niklas Luhmanns politische Theorie in der politikwissenschaftlichen Diskussion. In K.-U. Hellmann, K. Fischer & H. Bluhm (Hrsg.), *Das System der Politik: Niklas Luhmanns politische Theorie* (1. Aufl., S. 9-16). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Janisch, P. (1992). Die methodische Ordnung von Konstruktionen. Der Radikale Konstruktivismus aus Sicht des Erlanger Konstruktivismus. In S. J. Schmidt (Hrsg.), *Kognition und Gesellschaft. Der Diskurs des radikalen Konstruktivismus 2* (S. 24 - 41). Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Kaina, V. (2002). *Elitenvertrauen und Demokratie. Zur Akzeptanz gesellschaftlicher Führungskräfte im vereinten Deutschland* (1. Aufl.). Wiesbaden: Westdt. Verl.
- Keupp, H. (2003). Lokale Einrichtungen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements: Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros u.ä. - Chancen und Restriktionen. In Deutschland. Enquete-Kommission Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements (Hrsg.), *Bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen* (S. 13-51). Opladen: Leske + Budrich.
- König, M. & König, W. (2010). Politische Kommunikation durch regierungsinitierte Bürgerpartizipation? Die politische Kommunikation im Kontext der Bürgerbeteiligung im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz. In K. Mok & M. Stahl (Hrsg.),

- Düsseldorfer Forum Politische Kommunikation. Beiträge des 5. Düsseldorfer Forums Politische Kommunikation* (1. Aufl., S. 129-148). Berlin: Frank & Timme.
- König, M. & König, W. (2011). Deliberative Governancearenen. Die Überwindung kooperativer Problemlösungen in der deutschen Parteiendemokratie. *Journal für Generationengerechtigkeit*, im Erscheinen.
- Kooiman, J. (2003). *Governing as governance*. London [u.a.]: SAGE.
- Kooiman, J. (2006). Governing as Governance. In G. F. Schuppert (Hrsg.), *Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien* (2. Aufl., S. 149-172). Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges.
- Patzelt, W. J. (1998). Ein latenter Verfassungskonflikt? Die Deutschen und ihr parlamentarisches Regierungssystem. *Politische Vierteljahrszeitschrift*, 4, 725-757.
- polis+sinus (2009). *Repräsentativbefragung im Rahmen der Bürgerbeteiligung zur Kommunal- und Verwaltungsreform. Ergebnisdokumentation*. München: polis + sinus.
- ProDialog (2009). *Nichtwähler in Deutschland. Panelbefragung zur Bundestagswahl 2009*. Berlin: ProDialog.
- Sarcinelli, U. & König, M. (2010). Die Chancen von Politikberatung durch Bürgerbeteiligung – Das Beispiel der Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz. *Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 6/2010 vom 01.04.2010*, 1-6.
- Sarcinelli, U., König, M. & König, W. (2008). Bürgerbeteiligung als Politikberatung? Ein „Werkstattbericht“ im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz. *Zeitschrift für Politikberatung ZPB*, 3-4, 586-594.
- Sarcinelli, U., König, M. & König, W. (2009). *Bürgerbeteiligung im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz. Gutachten zur ersten und zweiten Stufe der Bürgerbeteiligung Oktober 2007 – September 2009*. Mainz/Landau: Staatskanzlei und Ministerium des Inneren und Für Sport Rheinland-Pfalz.
- Sarcinelli, U., König, M. & König, W. (2010). Bürgerbeteiligung im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz. Gutachten zur Bürgerbeteiligung in der Freiwilligkeitsphase. Leitfaden für kommunale Gebietskörperschaften. (Zugriff am 25.4.2011) [http://www.ism.rlp.de/fileadmin/ism/downloads/moderne\\_verwaltung/kommunal-\\_und\\_verwaltungsreform/LeitfadenUniKoLaB%25C3%25BCrgerbeteiligung.pdf&ct=ga&cad=:s7:f2:v0:d1:i1:ld:e1:p0:t1284913869:&cd=Xbm1u5S-4Ys&usg=AFQjCNFZovWy8skoH1hN1CeujdAvrJEjiQ](http://www.ism.rlp.de/fileadmin/ism/downloads/moderne_verwaltung/kommunal-_und_verwaltungsreform/LeitfadenUniKoLaB%25C3%25BCrgerbeteiligung.pdf&ct=ga&cad=:s7:f2:v0:d1:i1:ld:e1:p0:t1284913869:&cd=Xbm1u5S-4Ys&usg=AFQjCNFZovWy8skoH1hN1CeujdAvrJEjiQ)
- Sarcinelli, U., König, M. & König, W. (2011). Bürgerbeteiligung in der Kommunal- und Verwaltungsreform. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 7-8.
- Schmidt, S. J. (1992). Medien, Kultur: Medienkultur. Ein konstruktivistisches Gesprächsangebot. In S. J. Schmidt (Hrsg.), *Kognition und Gesellschaft. Der Diskurs des radikalen Konstruktivismus 2* (S. 425-450). Frankfurt/Main: Suhrkamp.



**Dipl. Sozialwiss. Mathias König**

Universität Koblenz-Landau  
Campus Landau  
Kaufhausgasse 9  
D-76829 Landau  
koenig-mathias@uni-landau.de

*Mathias König ist Diplom-Sozialwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung Politik der Universität Koblenz-Landau, Campus Landau sowie am Institut für Kommunikationspsychologie, Medienpädagogik und Sprechwissenschaft (IKMS). Er arbeitete u.a. im Forschungsprojekt "Wissenschaftliche Begleitung der Bürgerbeteiligung im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform des Landes Rheinland-Pfalz" unter Leitung von Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli sowie aktuell im Forschungsprojekt "Zeitung lesen macht Azubis fit" (Langzeitleseprojekt zur Förderung der individuellen Medien- und Informationskompetenz von Auszubildenden) unter Leitung von Prof. Dr. Jürgen Maier und Prof. Dr. Michaela Maier. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der politischen Kommunikations-, Partizipations- und Governanceforschung.*



**Dipl. Sozialwiss. Wolfgang König**

Universität Koblenz-Landau  
Campus Landau  
Kaufhausgasse 9  
D-76829 Landau  
koenig-wolfgang@uni-landau.de

*Wolfgang König ist Diplom-Sozialwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung Politik der Universität Koblenz-Landau, Campus Landau sowie am Institut für Kommunikationspsychologie, Medienpädagogik und Sprechwissenschaft (IKMS). Er arbeitete u.a. im Forschungsprojekt "Wissenschaftliche Begleitung der Bürgerbeteiligung im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform des Landes Rheinland-Pfalz" unter Leitung von Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli sowie aktuell im Forschungsprojekt "Zeitung lesen macht Azubis fit" (Langzeitleseprojekt zur Förderung der individuellen Medien- und Informationskompetenz von Auszubildenden) unter Leitung von Prof. Dr. Jürgen Maier und Prof. Dr. Michaela Maier. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der politischen Kommunikations-, Partizipations- und Governanceforschung.*



# Richtlinien zur Manuskriptgestaltung – Zeitschrift *Politische Psychologie*

(Stand: 17. Mai 2011; in Anlehnung an: Hogrefe Verlag (2008). *Allgemeine Hinweise zur Manuskriptgestaltung*. Göttingen: Hogrefe. )

**1. Zeitschriftenprofil.** Die *Politische Psychologie* (PP) ist eine Fachzeitschrift mit Peer-Review-Verfahren und wird im Jahr 2011 erstmals mit einer Ausgabe in gedruckter Form erscheinen. Sie wird herausgegeben vom Vorstand der Sektion Politische Psychologie des Berufsverbands Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP).

Die Zeitschrift ist interdisziplinär angelegt. Das heißt, Erkenntnisse unterschiedlicher Disziplinen (z.B. der Psychologie, der Politikwissenschaft, der Soziologie, der Pädagogik) sollen zu einem erweiterten Verständnis der Politischen Psychologie beitragen. Ein Anliegen der Zeitschrift ist es, die Verbindung zwischen Theorie und Praxis zu stärken und neue, innovative Themen, Methoden und Forschungsvorhaben zu unterstützen.

**2. Arten von Beiträgen.** Die Zeitschrift umfasst verschiedene Kategorien von Beiträgen:

- Artikel und Analysen: Hierzu zählen theoretische Beiträge, empirische Analysen sowie Übersichtsartikel und Sammelreferate
- Projekt- und Praxisberichte: Hierzu zählen Berichte über laufende oder abgeschlossene Forschungs- und Projektvorhaben, mit besonderem Focus auf Praxiserfahrungen
- Mitteilungen und Buchrezensionen

**3. Formale Gestaltung der Beiträge.** Die Manuskripte sind in Anlehnung an die Richtlinien der DGPs zur Manuskriptgestaltung anzufertigen (Deutsche Gesellschaft für Psychologie [2007]. *Richtlinien zur Manuskriptgestaltung*. Göttingen: Hogrefe). Insbesondere die folgenden Punkte sind dabei zu beachten:

**3.1 Äußere Gestaltung.** Der Seitenabstand von allen Papierrändern beträgt mindestens 3 cm. Zwischen allen aufeinander folgenden Zeilen des Manuskripts ist ein 1,5-zeiliger Abstand einzuhalten. Die Obergrenze beträgt für Artikel und Analysen 50.000 Zeichen. Projekt- und Praxisberichte dürfen maximal 37.500 Zeichen lang sein, Mitteilungen und Buchrezensionen 5.000 Zeichen. Die angegebene Zeichenzahl

versteht sich incl. Leerzeichen, Fußnoten und Literaturverzeichnis. Tabellen und Abbildungen werden bei der Berechnung des Gesamtumfangs berücksichtigt. Reduzieren Sie daher die maximale Anzahl der Zeichen entsprechend der Größe der Tabelle/Abbildung um folgende Werte. Größe von 1/4-Druckseite: 625 Zeichen, Größe von 1/2-Druckseite: 1250 Zeichen, Größe von 3/4-Druckseite: 1875 Zeichen, Größe von 1 Druckseite: 2500 Zeichen.

**3.2 Manuskriptstruktur.** Die Blätter des Manuskripts sind in der folgenden Abfolge anzuordnen: 1. Titelseite, 2. Zusammenfassung, 3. Text, 4. Literaturverzeichnis, 5. Anhänge, 6. Tabellen inklusive Tabellentitel, 7. Abbildungen inklusive Abbildungstitel.

Die Gliederung eines Beitrags darf maximal zwei Gliederungsebenen umfassen und folgt dem Schema: 1.; 1.1; 1.2; 2. etc. Bitte benutzen Sie den Schrifttyp *Times New Roman* mit linksbündigem Satz.

**3.3 Titelseite.** Die Titelseite enthält den Beitragstitel, den Autorennamen (Vorname ausgeschreiben) und die institutionelle Zugehörigkeit (Name und Ort der Institution, in der die Arbeit durchgeführt wurde). Mehrere Autorennamen werden durch Komma getrennt; vor dem letzten Autorennamen wird ein „und“ gesetzt. Die Adresse des (Erst-) Autors wird unter die Autorenliste gesetzt (mit E-Mail-Adresse).

**3.4 Zusammenfassung.** Es sind Zusammenfassungen in deutscher und englischer Sprache erforderlich: Die Obergrenze für die Zusammenfassungen beträgt jeweils 100 Wörter.

**3.5 Tabellen und Abbildungen.** Tabellen und Abbildungen werden jeweils fortlaufend nummeriert. Für jede Tab./Abb. wird ein eigenes Blatt verwendet. Im Text wird die gewünschte Position mit dem Vermerk „Tabelle/Abbildung X hier einfügen“ gekennzeichnet. Jede Tabelle weist eine Tabellenummer und eine Überschrift auf. Die Tabellenlegende ist unter der Tabelle zu platzieren. „Tabelle“ wird kursiv und ausgeschrieben, nach der Tabellenummer kommt ein Punkt (Beispiel: *Tabelle 1.* Text). Wird für den Tabellentitel mehr als eine Zeile benötigt, so wird der Tabellentitel eingerückt bis zum Textbeginn. Es folgt kein abschließender Punkt. Die Tabellen

Beispiel:

*Tabelle 1.* Verteilung der Big Five 2009

	Gesamt	West	Ost
Gewissenhaftigkeit	0,67	0,68	0,66
Extraversion	0,58	0,63	0,51
Emotionale Stabilität	0,46	0,46	0,45
Offenheit	0,58	0,60	0,51
Verträglichkeit	0,65	0,66	0,61

Quelle: ZA 4307.

dürfen keine vertikalen Linien enthalten. Dezimaltrennzeichen ist das Komma. Bei Prozentwerten wird „%“ verwendet und ohne Leerzeichen hinter dem entsprechenden Wert eingefügt (Beispiel: 34,3%).

Wie bei Tabellen auch, wird im Text auf Abbildungen verwiesen. Jede Abbildung weist eine Abbildungsnummer und eine Überschrift auf. „Abbildung“ wird kursiv gesetzt und ausgeschrieben. Nach der Abbildungsnummer kommt ein Punkt (Beispiel: *Abbildung 1*. Text). Wird für den Abbildungstitel mehr als eine Zeile benötigt, so muss linksbündig unter dem Wort „Abbildung“ begonnen werden. Es folgt kein abschließender Punkt. Abbildungen sollten möglichst einfach gehalten sein und keine Farben außer schwarz, weiß und Grauschattierungen enthalten. Unter Tabellen und Abbildungen ist jeweils die Quelle der Daten anzuführen.

**3.6 Art der Zitierung im Text.** Für wörtliche Zitate sind deutsche Anführungszeichen („...“) zu verwenden. Die Quellenangabe erfolgt durch Anführen des Familiennamens des Autors und des Erscheinungsjahres des Werks. Zwischen Autorenname und Erscheinungsjahr wird ein Komma eingefügt. Namen erscheinen immer in Groß- und Kleinbuchstaben, sie werden nicht unterstrichen. Beispiele: „Schmitt (2007) schreibt, ...“. „Dies wurde hervorgehoben (Davidov, 2008).“ „Sidanius und Pratto (2008) zeigen, ...“. „Wie Klandermans (im Druck) erklärt, ...“.

Im Text werden bis zu drei Autoren namentlich genannt. Bei mehr als drei Autoren darf nach dem dritten Autoren die Aufzählung mit einem et al. abgekürzt werden. Beispiele: „Mehrere Autoren (Jost, Müller, Meier et al., 2006; Simon & Klandermans, 2001; Müller, Möller & Schulze 2011) betonen ...“.

Werden mehrere Veröffentlichungen einer Autorin oder eines Autors aus demselben Jahr zitiert, so wird die Jahreszahl um die Aufzählung „a, b, c, etc.“ erweitert. Die Aufzählung erfolgt in der Reihenfolge der Nennung im Beitrag.

Werden an einer Stelle mehrere Literaturverweise eingefügt, werden diese durch Semikolon voneinander getrennt. Mehrere Veröffentlichungen eines Autors werden durch Komma getrennt.

Werden Seitenangaben gemacht, so sind diese mit einem Komma hinter der Jahreszahl einzufügen. Der Seitenzahl bzw. den Seitenzahlen wird „S.“ vorangestellt. Bezieht sich der Literaturverweis auf mehrere Seiten, so sind die Seiten genau anzugeben, „f.“ und „ff.“ sind nicht erlaubt. Beispiele: „Dalbert (2006, S. 15) stellt dar ...“. „Müller (2011, S. 13-16) zeigt ...“. Meier (2010, S. 13-14, 78-83) weist wiederholt nach ...“.

**3.7 Literaturverzeichnis.** Jede Quellenangabe im Text und in den Fußnoten muss im Literaturverzeichnis aufgeführt sein. Das Literaturverzeichnis am Ende des Manuskripts wird alphabetisch nach den Nachnamen der Autorinnen und Autoren sowie bei gleichem Autor/gleicher Autorin chronologisch nach dem Erscheinungsjahr geordnet. Vornamen werden nicht ausgeschrieben, sondern durch Initialen abgekürzt. Zwei oder mehr Autoren werden durch Komma voneinander getrennt. Zwischen vorletztem und letztem Namen wird statt eines Kommas ein „&“ eingefügt.

Das „et al.“ darf im Literaturverzeichnis erst nach dem achten Autor die Aufzählung beenden. Sollten allerdings zwei Quellenangaben auf diese Weise zur gleichen Zitierung verkürzt werden, so sind so viele Autoren anzuführen, bis die Eindeutigkeit der Unterscheidung erreicht ist.

Folgende Formen von Arbeiten können im Text zitiert und ins Literaturverzeichnis aufgenommen werden: publizierte, sowie in Vorbereitung stehende Arbeiten (Monographien, Sammelbände, Beiträge in Sammelbänden, Zeitschriftenartikel, Zeitungsartikel), nicht publizierte Vorträge, bei Fachzeitschriften eingereichte, aber noch nicht zum Druck angenommene Manuskripte und Internetquellen. Jede Literaturangabe enthält folgende Angaben: Autor(en) und Autorin(nen), Erscheinungsjahr, Titel, Erscheinungsangaben (bei *Zeitschriften*: Name der Zeitschrift [ausgeschrieben], Jahrgang, Seitenangaben; bei *Büchern*: Verlagsort, Verleger).

#### **Beispiel für Literaturangaben von Zeitschriften:**

Caprara, G. V., Schwartz, S., Capanna, C., Vecchione, M. & Barbaranelli, C. (2006). Personality and politics: Values, traits and political choice. *Political Psychology*, 27, S. 1-28.

#### **Beispiele für Literaturangaben von Monographien, Sammelbänden und Beiträgen in Sammelbänden:**

Bierhoff, H.-W. (2006). *Sozialpsychologie: Ein Lehrbuch* (6., überarb. Aufl.). Stuttgart: Kohlhammer.

Moser, H. (Hrsg.). (1989). *L'éclat c'est moi. Zur Faszination unserer Skandale*. Weinheim: Deutscher Studienverlag.

Feldman, S. (2003). Values, Ideology, and the Structure of Political Attitudes. In D. O. Sears, L. Huddy & R. Jervis (Hrsg.), *Oxford Handbook of Political Psychology* (S. 477-508). New York: Oxford University Press.

Jäger, R. S. (1982). Diagnostische Urteilsbildung. In K. J. Groffmann & L. Michel (Hrsg.), *Grundlagen psychologischer Diagnostik* (Enzyklopädie der Psychologie, Serie Psychologische Diagnostik, Bd. 1, S. 295-375). Göttingen: Hogrefe.

#### **Beispiel für Literaturangaben von Dissertationen und Forschungsberichten:**

Meyer, J. (1951). *Zur Frage der Duplizität*. Unveröffentlichte Dissertation. Kiel: Christian-Albrecht-Universität Kiel.

#### **Beispiel für Literaturangabe von unveröffentlichten Arbeiten:**

Depret, E. F. & Fiske, S. T. (1993). *Perceiving the powerful: Intriguing individuals versus threatening groups*. Unveröffentlichtes Manuskript, University of Massachusetts at Amherst.

#### **Beispiel für Literaturangabe von Beiträgen bei Tagungen:**

Preiser, S. (2006). Qualitätskriterien für Programme zur Gewaltprävention und Gewaltverminderung. In I. Hertzstell, S. Blaschke, I. Loisch & C. Hanckel (Hrsg.), *Vom Nürnberger Trichter zum Laptop?. Schule zwischen kognitivem und sozial-emo-*

tionalem Lernen. *Kongressbericht der 16. Bundeskonferenz 2004 in Nürnberg* (S. 487–494). Bonn: Deutscher Psychologen Verlag.

#### **Artikel aus Internetzeitschriften:**

Wilson, M. (2003). On choosing a model for measuring. *Methods of Psychological Research – Online*, 8, 1–22. Zugriff am 19.10.2010. Verfügbar unter <http://www.mpr-online.de>.

**3.8 Rechtschreibung.** Rechtschreibung und Zeichensetzung folgen den Vorgaben des Duden in seiner neuesten Auflage, d.h. neue Rechtschreibung. Bitte richten Sie sich nach der 25. Auflage des Dudens (2009).

**3.9 Fußnoten.** Fußnoten werden in der Regel nur für Anmerkungen genutzt. Sie sollten sparsam eingesetzt werden und finden sich immer am Ende der jeweiligen Seite. Endnoten sind nicht erlaubt. Die Fußnotennummer erscheint im Text als hochgestellte, arabische Zahl und steht in der Regel nach dem Satzzeichen.

**3.10 Hervorhebungen.** Hervorhebungen im Text werden ausschließlich kursiv vorgenommen. Finden sich Hervorhebungen in Zitaten, ist in der Quellenangabe darauf hinzuweisen, von wem die Hervorhebung ist.

**3.11 Englischsprachige Beiträge.** Die *Politische Psychologie* nimmt auch englischsprachige Beiträge an. Vor Einreichung sollte ein sorgfältiges *Proof-reading* erfolgt sein.

**4. Originalitätserklärung.** Mit dem Manuskript ist die folgende Erklärung über den Originalitätscharakter des Manuskriptes einzureichen: „Ich versichere, über die vollständigen urheberrechtlichen Nutzungsrechte an meinem Beitrag einschließl. zugehöriger Bildvorlagen, Fotos, Zeichnungen/Grafiken und Tabellen zu verfügen. Rechte Dritter werden durch den Beitrag nicht verletzt.“ Sofern Teile des Manuskriptes in anderen Publikationen enthalten sind, sind die entsprechenden Quellen zu erwähnen. Ansonsten ist der Originalitätserklärung noch der folgende Satz hinzuzufügen: „Weder das ganze Manuskript noch Teile davon sind bisher in deutscher Sprache publiziert worden.“

**5. Einreichen von Beiträgen.** Manuskripte in elektronischer Form senden Sie bitte an die folgende E-Mail-Adresse: [politische.psychologie@gmx.de](mailto:politische.psychologie@gmx.de). Der Beitrag muss in einem der folgenden Dateiformate abgespeichert sein: .doc, .docx, .odt.

**6. Redaktion der Fachzeitschrift.** Die Kontaktadresse der Redaktion lautet: Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP), Redaktion Politische Psychologie, z.H. Herrn Prof. Dr. Siegfried Preiser, Am Köllnischen Park 2, 10179 Berlin. E-Mail-Adresse der Redaktion: [politische.psychologie@gmx.de](mailto:politische.psychologie@gmx.de).

Lars Gerhold

# Umgang mit makrosozialer Unsicherheit

*Zur individuellen Wahrnehmung und Bewältigung gesellschaftlich-politischer Phänomene*



**288 Seiten**  
**ISBN 978-3-89967-557-3**  
**Preis: 25,- €**



PABST SCIENCE PUBLISHERS  
Eichengrund 28  
D-49525 Lengerich  
Tel. ++ 49 (0) 5484-308  
Fax ++ 49 (0) 5484-550  
pabst.publishers@t-online.de  
www.psychologie-aktuell.com  
www.pabst-publishers.de

Terrorismus, Finanzkrise oder der Verlust sozialer Absicherungen sind nur einige gesellschaftlich-politische Themenfelder, die unsere Zeit in beeindruckender Weise beeinflussen und in Zukunft mitbestimmen werden. Obwohl derartige Themen zunächst heterogen erscheinen, haben sie dennoch etwas gemeinsam: Wir können sie nicht beeinflussen, wissen nicht, wie sie sich weiterentwickeln werden und sind dennoch aufgefordert uns in irgendeiner Weise mit ihnen auseinander zu setzen.

Aber wie nehmen Menschen derartige makrosoziale Unsicherheiten für sich selbst wahr? Und welche Strategien entwickeln Menschen, um mit diesen (zukünftigen) Anforderungen zurechtzukommen?

Das Buch beleuchtet aus psychologischer und soziologischer Perspektive den Umgang mit makrosozialen Unsicherheiten und beruft sich dabei auf theoretische Konzepte von Risiko- und Stressforschung. Anhand von interindividuell und interthematisch angelegten Fragebogenstudien sowie individuellen Berichten qualitativer Interviews wird aus Sicht des Einzelnen aufgezeigt, was den Umgang mit Unsicherheit kennzeichnet: Wie wirken sich makrosoziale Ereignisse auf den Alltag aus, z. B. im Vergleich zu persönlichen Themen wie Arbeit, Gesundheit und Familie? Wie unterscheiden sich Menschen in ihren aktiven, passiven und intrapsychischen Bewältigungsweisen? Welche Rolle spielen individuelle und soziale Ressourcen im Umgang mit makrosozialer Unsicherheit?

Lars Gerhold studierte Psychologie, Soziologie und Politikwissenschaften an der Universität Kassel. Er forscht und lehrt als sozialwissenschaftlicher Zukunftsforscher an der Freien Universität Berlin.

Fachhochschule  
der Diakonie

## Deutschland morgen *Visionen unserer Zukunft*



herausgegeben von  
Tim Hagemann

PABST

**280 Seiten, Preis: 25,- Euro**  
**ISBN 978-3-89967-629-7**

*Tim Hagemann (Hrsg.)*

## Deutschland morgen *Visionen unserer Zukunft*

Täglich lesen wir über ausufernde Sozialkosten, Finanz- und Wirtschaftskrise, Werteverluste, Erderwärmung, Pflegenotstand und demographischen Wandel. Zahlreiche Menschen haben inzwischen das Gefühl, den Eigendynamiken einer Welt ausgeliefert zu sein, in der uns die Behebung der von uns selbst erzeugten Probleme schlicht überfordert.

Doch unsere Zukunft ist offen, unsere Entwicklung war weder bisher vorherbestimmt, noch wird sie dies zukünftig sein. Attraktive Visionen, getragen von einer breiten Mehrheit, können Ressourcen mobilisieren, um notwendige Reformen und Veränderungen anzugehen. Nicht unsere gegenwärtigen Schwierigkeiten, sondern deren Lösungen müssen stärker in den Fokus unserer Aufmerksamkeit rücken.

Für das vorliegende Buch haben u.a. Katrin Göring-Eckardt, Edelgard Bulmahn, Kurt Beck, Guido Westerwelle, Renate Schmidt, Jürgen Rüttgers, Heiner Geißler, Ursula von der Leyen, Dieter Althaus, Susanne Kastner sowie viele andere sozial engagierte Mitmenschen ihre Visionen geschildert. Einige dieser Visionen sind bereits Realität geworden, andere sind bisher nur "innere Bilder" und warten auf ihre Umsetzung.

*Mit Beiträgen von: Dieter Althaus, Silke Baer, Kurt Beck, Axel Berg, Elvira Berndt, Anette Borgstedt, Ralf Brauksiepe, Edelgard Bulmahn, Das "UZ"-Team, Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Michael Dreiucker, Dominik Esch, Peter Friedrich, Kai Gehring, Heiner Geißler, Katrin Göring-Eckardt, Katharina Göbel-Groß, Christiane Görres, Mandy Hering, Jürgen Herrmann, Ruth Holzheimer, Mathias Kaps, Susanne Kastner, Rolf Keicher, Hans-Ulrich Klose, Ute Koczy, Nicolette Kressel, Christian Lange, Michael Meister, Hildegard Müller-Kohlenberg, Steffen Reiche, René Röspe, Jürgen Rüttgers, Gerhard Schick, Christian Schmidt, Renate Schmidt, Nina Schomborg, Grietje Staffelt, Dierk Starnitzke, Lena Strothmann, Roswitha Strüber, Studierende der FHdD, Harald Terpe, Katja Urbatsch, Henrik van Gellekom, Susanne Vaudt, Ursula von der Leyen, Harald Weilnböck, Guido Westerwelle, Margrit Wetzel, Peer Wiechmann, Christine Wimberger, Josef Winkler, Engelbert Wistuba*



**PABST SCIENCE PUBLISHERS**  
Eichengrund 28  
D-49525 Lengerich  
Tel. ++ 49 (0) 5484-308  
Fax ++ 49 (0) 5484-550  
pabst.publishers@t-online.de  
www.psychologie-aktuell.com  
www.pabst-publishers.de



*Erich H. Witte (Hrsg.)*

# Sozialpsychologie politischer Prozesse

- *S. Preiser, P. Krause*: Politisches Engagement, Selbstkonzept und elterliche Erziehungsstile – ein Beitrag zur latenten politischen Sozialisation
- *W. Frindte, D. Wammetsberger, S. Wettig*: Antisemitische Einstellungen deutscher Jugendlicher
- *M. Schmitt, J. Maes, M. Gollwitzer*: Längsschnittliche Effekte relativer Deprivation und relativer Privilegierung auf Fremdenfeindlichkeit im wiedervereinigten Deutschland
- *E.H. Witte*: Wirtschaftspsychologische Ursachen politischer Prozesse: Empirische Belege und ein theoretisches Konzept
- *A. Zick, H. Jörges*: Zuwanderung und Fremdenfeindlichkeit in Europa – eine theoretische und empirische Studie des Europäischen Vorurteils
- *J. Stellmacher, G. Sommer, J. Imbeck*: Psychologische Ansätze zu einer positiven Menschenrechtserziehung – Determinanten der Einsatzbereitschaft für die Einhaltung von Menschenrechten
- *D. Fuß, K. Boehnke*: Die Friedensbewegung und ihre Folgen für das politische Engagement zur Jahrtausendwende?
- *P. Fischer, V. Graupmann, E. Jonas, T. Greitemeyer, D. Frey, S. Schulz-Hardt*: Konfirmatorische Informationssuche und Parteipräferenz: Sind Menschen nicht bereit, die Argumente der politischen Gegenseite zu hören?
- *D. Beck, R. Fisch*: Ein Entscheidungsdesign für den Umgang mit politisch-administrativen Aufgabenstellungen
- *E. Schwanenberg*: Wahrscheinlichkeitswelt und Bedeutungswelt und ihre wechselnden Anteile in der politisch-medialen Informationsverarbeitung
- *H.-D. König*: Männlichkeitsrituale in Filmen der 90er Jahre – Psychoanalytische Sozialpsychologie als Methode politpsychologischer Forschung
- *U. Wagner, O. Christ, R. van Dick*: Die empirische Evaluation von Präventionsprogrammen gegen Fremdenfeindlichkeit

**288 Seiten, ISBN 978-3-89967-031-8, Preis: 20,- Euro**



**PABST SCIENCE PUBLISHERS**

Eichengrund 28, D-49525 Lengerich, Tel. ++ 49 (0) 5484-308, Fax ++ 49 (0) 5484-550,  
E-mail: [pabst.publishers@t-online.de](mailto:pabst.publishers@t-online.de) – Internet: [www.pabst-publishers.de](http://www.pabst-publishers.de)